

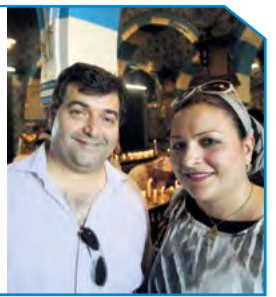


**Vor 10 Jahren:
Islamischer Terror in
Mumbai**
Bei der Anschlagserie
wurden gezielt jüdische
Einrichtungen angegriffen
SEITE 6

**Brasilien verlegt die
Botschaft nach
Jerusalem**
Der neue Präsident
Bolsonaro ist ein
Freund Israels
SEITE 15



**Tunisiens jüdischer
Minister**
René Trabelsi ist das einzige
jüdische Regierungsmitglied
in der gesamten
arabischen Welt
SEITE 40



KOLUMNE DES
HERAUSGEBERS
DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser,

Zeit ist ein ganz besonders subjektives Phänomen. Aber dennoch werden ganz sicher nicht wenige von Ihnen meine ganz persönliche Empfindung teilen. Das weltliche Kalenderjahr 2018 ist an uns vorbeigerast. Unsere Redaktion und ich präsentieren Ihnen bereits die Dezember-Ausgabe 2018 und freuen uns über Ihr großes und wohlwollendes Interesse an unseren Beiträgen.

Es sind vor allem Sie, die uns mit Ihrem Zuspruch, Ihren konstruktiven Zuschriften und Ihrem von Ausgabe zu Ausgabe wachsenden Interesse an unseren Beiträgen das für uns unverzichtbare Gefühl geben, mit der Herausgabe und der Ausrichtung unserer Publikation einen guten Schritt getan zu haben für den Erhalt unserer westlich-demokratischen Werte und für eine Welt ohne Antisemitismus und Israel-Delegitimierung.

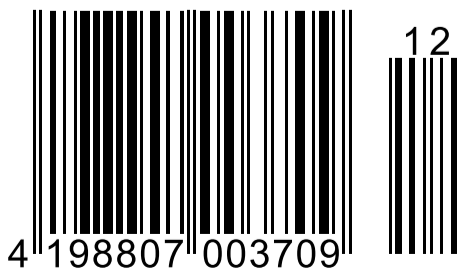
Die Treue unserer bisherigen, und die stetig steigende Zahl neuer Leser, machen uns Mut und sind für uns Belohnung und Herausforderung zugleich. Unseren Dank an unsere Leser verbinden wir mit dem Versprechen auch weiterhin dem in uns gesetzten Anspruch zu entsprechen.

Die beiden großen Familien- und Lichterfeste des Christentums und des Judentums, das Weihnachtsfest und das Chanukka-Fest, machen weltweit den bevorstehenden Monat Dezember wie jedes Jahr zu einem Monat des familiären Miteinanders sowie der Besinnung auf das jüdisch-christliche kulturelle und religiöse Erbe der westlichen Hemisphäre, und leiten gleichzeitig den Wechsel des weltlichen Kalenderjahres ein.

Jahresend-Zeiten eignen sich hervorragend für gute Vorsätze, einige Vorausblicke und natürlich auch für den obligaten Rückblick auf das hinter uns liegende Jahr.

Fortsetzung Seite 2 ►►

Österreich 3,70 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF;
Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,50 €;
Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN



Fest des Lichts für Juden und Christen

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Wenn wir Anfang Dezember das Chanukka-Fest feiern, werden wir vor dem Kerzen-Anzünden einige Segensprüche sagen. Ein Segenspruch lautet „...der unseren Vätern Wunder geschehen ließ, in jenen Tagen, zu dieser Zeit“.

Besondere Wunderwerke?

Interessanterweise wird dieser Segenspruch nur zu Chanukka und Purim gesagt, aber nicht an den anderen Feiertagen (wie Pessach oder Schawuot), obwohl auch damals viele große Wunder geschehen waren. Deshalb kann man annehmen, dass die Wunder von Chanukka und Purim etwas Besonders an sich haben, von denen wir etwas lernen können. Doch was ist eigentlich ein Wunder? Muss es unbedingt etwas Übernatürliches sein? Haben auch wir die Chance ein Wunder zu erleben?

Die Wunder in der Heiligen Schrift

In der Thora finden wir viele von G'tt gemachte Wunder, sowohl für Einzelpersonen als auch für ganze Völker. Manche davon sind sehr bekannt: die Spaltung des Rotes Meeres, das himmlische Brot „Manna“, das vom Himmel fällt, oder die Geburt von Jizhak, als Avraham schon 100 Jahre alt und Sarah 90 Jahre alt war.

Bei manchen Erzählungen der Thora muss man jedoch genauer hinschauen, um das Ungewöhnliche zu entdecken.

Am besten ist dies anhand des spannenden Lebens von Josef zu erkennen, der mit vielen Problemen und Gefahren konfrontiert war.

Als seine Brüder sich Josefs „entledigen“ wollten, warfen sie ihn in eine Grube, die „...war leer, und es war kein Wasser drin“. Dazu bemerken unsere Weisen: „Wasser war nicht darin, aber Schlangen und Skorpione waren darin (verborgen, und nur Gott rettete ihn)“. Gleich danach, als die Brüder Josef verkaufen wollten, passiert noch etwas Spannendes: „...da kam eine Karawane von Ismaelitern vom Gebirge Gilead daher, deren Kamele trugen Tragant, Balsam und Ladanum, und zogen hinab nach Ägypten“. Auch hier bemerken unsere Weisen, dass es um etwas Besonders geht: „Warum spricht der Vers über den Inhalt ihrer Last? Um uns den Lohn der Frommen zu zeigen; denn die Araber pflegten sonst nur Naphtha und Erdöl, die schlecht riechen, zu führen; ihm aber führten sich Gewürze, so dass er (Josef) durch den schlechten Geruch keinen Schaden erleide“.

Jedoch erlebte auch Josef Wunder, als er zuerst von einem einfachen Sklaven zum Hausverwalter von Potifar aufstieg, und später aus dem Gefängnis heraus, nachdem er die Träume des Pharaos gedeutet hatte, sogar zum Vize-König aufstieg.



Aus all diesen Beispielen ist ersichtlich, dass es genau genommen zwei Arten von G'ttlichen Mirakeln gibt: „natürliche“ Wunder, die innerhalb der Naturgesetze passieren, und „übernatürliche“ Wunder, die die Gesetze der Natur sprengen.

Das Purim-Wunder und das Chanukka-Wunder

Wenn wir die Wunder unserer beiden beliebten Feiertage miteinander vergleichen, so sehen wir sofort, dass es sich um verschiedene Arten von Wundern handelt. Während der Purim-Geschichte lief alles auf „natürlichem“ Wege ab: eine Palast-Intrige, die typisch für den antiken Orient war, führte auf Umwegen zur Rettung des jüdischen Volkes.

Zu Chanukka hingegen geschah ein übernatürliches Wunder: Olivenöl, das gerade für einen Tag reichen sollte, und stattdessen acht Tage gebrannt hat, sprengt klar die Naturgesetze dieser Welt.

Doch wie unsere Weisen an vielen Stellen betonen, ist G'tt mit den „großen“ Wundern sehr sparsam und lässt sie nur unter besonderen Umständen zu. Warum gab es jedoch dieses Öl-Wunderwerk? War es tatsächlich nötig? Denn auch nach der Zurrückeroberung des Tempels und dem Mirakel mit der Menora dauerte der Krieg mit den Griechen noch mehrere Jahre, bis der jüdische Staat vollständig befreit wurde.

Ein Zeichen des Himmels

Und da erinnern wir uns an Josef und die Karawane mit dem wohlriechenden Balsam und Ladanum. Auch damals war dieses kleine Wunder für Josef nicht bitter nötig – er hätte ja auch dann überlebt, wenn die Karawane schlechtriendendes Erdöl transportiert hätte. Jedoch war es ein Zeichen von G'tt an Josef: „Ich bin mit dir, hab keine Angst, es wird schon“. Das hat ihn auch enorm gestärkt. Das gleiche Ziel verfolgte das Geschehnis mit dem Olivenöl und der Menora. Auch ohne dieses Wunder hätten Juden Grund zu feiern. Jedoch beinhaltete dieses Wunder gleich mehrere wichtige Botschaften.

Auch wenn es rein technische Gründe gibt, warum es acht Tage gedauert hat, bis neues reines Öl für die Menora hergestellt wurde, so ist die Zahl „acht“ in diesem Kontext nicht zufällig. Die Zahl „sieben“ steht im Judentum für Normalität, für die natürlichen Abläufe in dieser Welt: sieben Tage der Woche, sieben Noten in der Musik usw. Die Zahl „acht“ symbolisiert im Judentum das Übernatürliche, steht für etwas, das über die Naturgesetze dieser Welt hinausgeht. Außerdem symbolisiert die „Acht“ das Handeln, dass nicht auf der Logik und Berechnungen basiert.

Fortsetzung auf Seite 2 ►►

◀ Fortsetzung von Seite 1

Fest des Lichts für Juden und Christen

Die verschiedenen Arten von Wundern in der Chanukka-Geschichte und wozu sie nötig waren

Der Aufstand gegen die griechische Herrschaft begann bekanntlich in der Stadt Modi'in, als die Juden von griechischen Soldaten gezwungen wurden, ein Schwein als Opfer zu schlachten. Alle ansässigen Juden haben sich geweigert diese schändliche Tat auszuführen, nur ein hellenisierte Jude, der mit einem Soldaten aus der Hauptstadt gekommen war, wagte es. Das war für den betagten Priester Matisjahu zuviel: er griff ein, tötete den schamlosen Opferer, seine Söhne töteten den griechischen Soldaten und die Chanukka-Geschichte nahm ihren Lauf.

Hatte Matisjahu damals geglaubt, dass sein Aufstand Erfolg haben wird? Natürlich nicht, weil das absolut unmöglich schien. Jedoch war die Entweihung von G'ttes Name so erheblich, dass es keinen Platz mehr für Logik und lange Abwägungen

der Erfolgchancen gab. Deshalb war die Nachricht der genau acht Tage brennenden Menora klar: das Handeln der Makkabeim, die gegen jede Logik und objektive Voraussetzungen ihren Aufstand begannen, war richtig und von G'tt auch mit Wohlwollen begleitet.

Auch der Gegenstand des Wunders war mit dem Olivenöl in dieser Geschichte nicht zufällig gewählt. Die griechischen Besatzer hatten bekanntlich nichts gegen den Juden selbst, sie wollten keine „Endlösung“ wie es der Bösewicht Haman in der Purim-Geschichte anstrebte. Den Griechen störte nur die jüdische Tradition und ihr Auserwählt-Sein. „Ihr habt einen G'tt? Sehr schön, wir haben auch Götter, sehr viele sogar, kein Problem. Aber sagt bitte nicht, dass Euer G'tt der Einzige ist und Ihr Juden auf dieser Welt dessen Macht und

Moral repräsentieren!“ – das war die Nachricht der Besatzer. Und so kam der Hinweis mit dem Öl: so wie Öl sich mit anderen Flüssigkeiten nicht vermischt, so darf auch das jüdische Volk nicht assimiliert werden und muss als auserwähltes Volk seine Aufgabe in dieser Welt erfüllen.

Und genau deshalb war dieses ganze Wunder mit der Menora nötig: wenn der Befreiungskrieg auch weiterhin tobte, so haben die Juden schon einmal eine kleine Botschaft vom Himmel bekommen, „ihr seid auf dem richtigen Weg und Ich bin mit euch“!

Das kann man auch im Weihnachtsfest unserer christlichen Mitbürger gut erkennen, das oft gleichzeitig mit Chanukka gefeiert wird: man möchte ein kleines Wunder erleben, ein schönes Zeichen, ein Wintermärchen. Und deshalb haben auch

die Kerzen, die Christen an ihrem Fest anzünden, etwas Gemeinsames mit uns: wir alle freuen uns in diesen dunklen langen Nächten auf Beistand vom Himmel und auf eine schöne Zukunft in Freude und Frieden.

Ab und zu passieren solche Sachen auch uns: in schweren Zeiten, wenn wir mit vielen Problemen konfrontiert sind und kein Ende des Ärgers in Sicht ist, passiert uns plötzlich etwas Unerwartetes, Schönes und Angenehmes. Das könnte ein Zeichen von G'tt sein, dass Er in diesen Zeiten mit uns ist und am Ende alles gut wird. Wir müssen nur unsere Augen öffnen und ganz genau hinschauen, um solche kleinen Wunder nicht zu verpassen. Denn so ein Zeichen ist mehr wert als große Siege.

◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Unser guter Vorsatz ist vor allem, uns selbst und Ihrem berechtigten Anspruch an uns treu zu bleiben. Wir werden auch weiterhin ohne Vorbehalt oder auferlegten Maulkorb all die Themen aufgreifen, die uns in diesen nicht wirklich harmonischen Zeiten am Herzen liegen. Die Themen, die uns mit Sorge erfüllen und uns Kummer bereiten, beim Namen zu nennen, sind wir Ihnen, unseren Lesern, schuldig und daran werden wir zu messen sein.

Es bedarf leider nicht wirklich seherischer Fähigkeiten, um vorauszu sehen, dass die gegenwärtige Situation und die politischen Entwicklungen in der islamischen Welt, besonders aber auch in Deutschland, in Westeuropa und in anderen Teilen der Welt, gerade für jüdische Menschen viel Potential zu großer Besorgnis enthalten. Dazu kommen gerade jetzt wieder von mehreren Seiten vorsätzlich angeheizte Eskalationen des im Osten Europas auf ehemaligem Gebiet der untergegangenen Sowjetunion schwelenden Grenzkonflikts.

Nicht zu übersehen ist auch die Rädelführerschaft der hauptsächlich von der Wähler-fernen deutschen GroKo-Regierung, Frankreich und den BeNeLux-Staaten bevormundeten und dominierten Europäischen Union als Vorreiter eines massiven, vor allem mit der erfolgreichen Politik des Präsidenten Trump wachsenden Anti-Amerikanismus, einer hysterisierenden Klimareligion und der massiven Delegitimierung des demokratischen Staates Israel.

Europäische Armee

Dabei nehmen – wie etwa der vollkommen irrzeitige Merkel/Macron-Ruf nach einer europäischen Armee als Gegenpol zu der US-Führerschaft in der Nato beweist – die Vernunft-Verlassenheit, die ideologische Agonie, die Angriffe auf unsere freiheitlich-westliche Lebensart durch unsere Politik und die massive Difamierung der immer lauter werdenden Kritiker dieser Politik mit jedem Prozent sinkender Akzeptanz noch trotzig und unbelehrbar zu.

Nichts zu ändern vermag daran wohl auch der bereits eingeleitete, durch die Erfolge der neuen Opposition erzwungene, längst überfällige politische Abtritt der für den größten Rechtsruck in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands, den Messerkrieg auf unseren Straßen und die wachsende Verunmöglichung jüdischen Lebens in der Bundesrepublik maßgeblich verantwortlich zeichnenden Destruktions- und Spaltungs-Kanzlerin unseres Landes.

Jedenfalls vermögen die bereits in allzu deutlicher persönlicher Motivation um die neue Macht kämpfenden Diadochen mit ihren halbherzigen politischen Statements keinerlei Hoffnung zu erwecken auf eine wirkliche Abkehr von der bisherigen Politik des suizidalen Islam-Appeasements samt ihrer von jedem gesunden Menschenverstand verlassenem gefährlichen Islam-affinen Migrationspakt-Unsinnigkeiten und der Nicht-Abschiebe-Praxis für gewalttätige und häufig massiv antisemitische vor allem islamische Straftäter.

In atavistischer Dummheit verharrende, rückschrittliche und zersetzende, auf unsere freiheitliche, hochtechnologisierte Lebensweise des Informations- und Internet-Zeitalters und besonders auf die Juden zielende Gewalt gibt es zurzeit nicht nur in Deutschland, sondern an vielen Orten der Welt. Sie hat die letzten Jahre zu dem ihren gemacht. Von Paris über Irak, Syrien, Jerusalem, Tel Aviv, wieder Paris, Brüssel, die europäischen Staatengrenzen und, und, und...um nur einige ihrer Herrschaftsorte zu nennen.

So unterschiedlich die Orte sein mögen, an denen sich diese Gewalt in polymorpher Gestalt ohne jede Rücksicht auf Humanität und Menschenleben entlädt, so leicht ist der weltweit entfesselte Krebsfraß der nur mangelhaft als Religion getarnten islamischen Weltbeherrschungsideologie als deren menschenverachtende Ursache auszumachen.

Mittelalterliche Rückschrittlichkeit

Dabei stimmt es – diese Gewalt ist aus fanatisierter Dummheit und mittelalterlichem Rückschritt geboren. Sie ist, wenn man es genau betrachtet, unseren fortschrittlichen, über hochtechnische Aufklärungs-, Verteidigungs- und Angriffssysteme verfügenden westlichen Gesellschaften nicht einmal im Ansatz gewachsen und könnte eigentlich schon längst aus unserer Welt verbannt, gemeinsam mit ihrer kranken Ideologie auf den Müllhalden unserer modernen Zivilisation verschimmeln.

Aber sie hat Verbündete in dieser Welt. Dies sind die sich als Gutmenschen tarnenden „der-Islam-ist-eine-Religion-des-Friedens“- „der Terror-hat mit-dem-Islam-nichts-zu-tun“- und „Asyl-kennt-auch-bei-Straftaten-keine-Obergrenze“- Demagogen, Terrorverstärker und Volksverdummungs-Missionare aus unserer Politik und unseren vielfach öffentlich-rechtlichen Mainstream-Medien.

Sie haben aus dem „Juden-ins-Gas“-Gegroll der hiesigen Muslime, aus den von den oftmals in den hiesigen Schlupfnestern verbildeten Islam-Anhängern in Paris, Syrien, Irak und anderswo begangenen Köpfungen und aus den Messer-Mord-Attacken nichts gelernt.

Sympathie oder auch nur Mitleid mit den unschuldigen jüdischen Opfern in Tel Aviv und Jerusalem kennen sie nicht. Gemeinsamkeiten zwischen den Opfern von Paris und Israel wollen sie nicht sehen.

Judenfeindliche Journalisten

Zur Solidarität mit Israel und den Juden im gemeinsam aufgezwungenen Kampf gegen den durch stets islamische Täter verübten blutigen Terror sind sie nicht bereit.

Haarsträubend Fakten-verdrehende Schuldzuweisungen an die jüdischen Todesopfer, Freisprechen des Islam von jeder Urheberschaft an den Mordtaten und verständnisvolles Sympathisieren mit den islamischen Judenmördern ist schon eher ihre Sache.

Zu wieviel Judenfeindschaft deutscher Mainstream-Journalismus in diesem Sinne nur gerade etwas über 70 Jahre nach dem Ende der Schoah schon wieder fähig ist, beweist er mit der Delegitimierung des jüdischen Staates Israel beinahe jeden Tag. Dabei steht ihm die Politik in nichts nach. Unter Verantwortung und mit Billigung des deutschen Außenministers fanden auch in diesem Jahr reihenweise Verurteilungen Israels in der von muslimischen Diktatoren und ihren Sympathisanten dominierten UN(nütz)Organisation statt.

Unsere Islam-Appeaser und Terror-Relativierer verbünden sich – statt sich mit dem Terror-überzogenen Israel zu solidarisieren – ohnehin viel lieber mit Pan-Islamisten wie Erdogan. Sie versorgen die iranischen Juden-Vernichtungsmullahs und Zivilisationsfeinde mit den nötigen Atombomben, sie liefern den Mördern bei uns den Lebensraum und versorgen den Hamas-Terror mit Geld und Waffen.

Sie sind unschuldig erstaunt, wenn das von ihnen zum Abschuss freigegebene Europa von Terroranschlag zu Terroranschlag taumelt. Sie werden ihre verfehlte Politik und ihr Versagen natürlich niemals einräumen. Viel eher werden sie ihre Kritiker, die unsere säkularen, westlichen, freiheitlich-demokratischen Post-Aufklärungsgesellschaften für uns und unsere Kinder erhalten wollen, verleumden, diffamieren und rechter Gesinnung bezichtigten.

Dafür sorgen sie sich hysterisch um unser Klima, verbieten unseren Kühen das Pupsen und würden am liebsten dafür sorgen, dass wir zur Vermeidung von CO2-Ausstoß nicht mehr atmen.

Aber die Geschichtsschreibung wird sie – wenn auch leider zu spät – gnadenlos enttarnen.

Sie, die Islam-Appeaser aus Politik und Medien sind die Totengräber unserer über Jahrhunderte mit vielen Opfern erkämpften freiheitlichen Lebensweise.

Sie sind erheblich mitschuldig an den Tränen und der Trauer der Mütter, Väter, Frauen, Männer und Kinder der islamischen Mordopfer. Sie vergießen Krokodilstränen bei inhaltleeren Trauerreden für die Opfer statt vor Scham über den Zustand, in den sie unsere Republik und Westeuropa gebracht haben, in den Boden zu versinken.

Parallelen zum untergegangenen Römischen Reich

Werden sie aber nicht tun, unsere Klimahysteriker – und wir, wir lassen es als Wähler immer noch geschehen. Wir sind damit ihre nur allzu willigen Erfüllungshelfer und werden wohl, wenn kein neues Wunder geschieht, wie weiland das Römische Reich mit ihnen und ihrer dekadenten Attitüde untergehen.

Auch hier können der Staat Israel und seine Menschen als Beispiel für Unverzagtheit, Lebensfreude und positives Denken angesehen werden. Das jüdische Volk hat bereits Vieles und Schreckliches überstanden und ist oft aus tiefster Bedrängnis gestärkt herausgekommen. So sehen wir auch das im Dezember – genauer am 25. Kislew – beginnende fröhliche Chanukka-Fest. Chanukka ist damit durchaus auch ein Symbol und ein Fanal für die Neuzeit.

Unsere christlichen Lesern wünschen wir etwas wehmütige Erinnerung an das zwischenzeitlich, dank arabischer Zuwendung zu diesem Teil Israels, fast Christenfreie Betlehem und ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest.

Unsere jüdischen Lesern ein wundervolles Chag Chanukah Sameach.

Allen anderen Freunden und nichtjüdischen Lesern einige fröhliche und gesunde Widmungs-neutrale Feiertage/Nichtfeiertage.

Uns allen und dem Staat Israel einen schönen Jahreswechsel und alles erdenklich Gute im hoffentlich gesunden und friedvollen Neuen Jahr 2019.

Ihr
Dr. Rafael Korenzecher

Weiblich, links, antisemitisch: Die Jungstars der US-Demokraten

Die Demokraten nehmen dieselbe unheilvolle Entwicklung wie die britische Labour-Partei

Von Thomas Eppinger

Unter dem Jubel ihrer Anhänger betont Ilhan Omar bei ihrem erstem Auftritt als gewählte Abgeordnete stolz die vielen „erste“ hinter ihrem Namen: Die erste farbige Frau, die den Bundesstaat Minnesota im Kongress repräsentiert, die erste Frau, die einen Hidschab trägt, der erste Flüchtling und eine der ersten muslimischen Frauen, die in den Kongress gewählt wurden. Omar wurde 1981 als jüngstes von acht Kindern in Somalia geboren und wanderte mit ihren Eltern 1995 in die USA ein. Auf ihrem Twitter-Account beschreibt sich die Politikwissenschaftlerin als „Mutter, Flüchtling und intersektionelle Feministin“.

Kaum weniger spektakulär ist der Aufstieg der zweiten ersten muslimischen Frau, die bei den Midterms 2018 in den Kongress gewählt wurde. Rashida Tlaib ist die Tochter von „palästinensischen“ Einwanderern aus der Gegend von Ramallah und wurde 1976 als ältestes von 14 Kindern in Detroit geboren. Sie studierte ebenfalls Politikwissenschaften und ist als Rechtsanwältin zugelassen. Den Wahlabend, der in einem Video festgehalten ist, verbrachte sie zu Tränen gerührt zusammen mit ihren Helfern an der Seite ihrer Mutter: Immer wieder betont die frisch gewählte US-Abgeordnete ihre Identität als „Palästinenserin“, ihre Mutter schwenkt die „palästinensische“ Fahne, eine Fahne von Michigan oder den Vereinigten Staaten ist nicht zu sehen.

Die antisemitischen Damen der Dems

„Zwei Muslima schreiben US-Geschichte“, jubelt man dies- und jenseits des Atlantik. Doch es gibt noch eine andere Gemeinsamkeit der beiden frisch gebakenen Abgeordneten: Ihr Hass auf Israel.

„Israel hat die Welt hypnotisiert, möge Allah die Menschen erwecken und ihnen helfen, die bösen Taten Israels zu sehen.“, twitterte Omar 2012. Im Parlament von Minnesota hielt sie 2017 eine flammende Rede gegen ein Gesetz gegen den Boykott Israels, das von beiden Parteien unterstützt wurde. Sie verglich Israel mit Südafrika und bezeichnete es als „Apartheids-Regime“. Omar forderte die Universität von Minnesota auf, sich aus einem Investment in israelische Anleihen zurückzuziehen. Erst im Laufe der Vorwahlen für ihre Kandidatur revidierte sie im August 2018 einen Teil ihrer früheren Aussagen und sprach sich für eine Zweistaatenlösung und gegen den umfassenden Boykott Israels aus. Ein Sinneswandel, der wohl eher wahl-taktisch motiviert sein dürfte.

Omars Wahlbezirk ist demokratisches Kernland. Wer die Vorwahlen der Demokraten gewinnt, hat ein sicheres Ticket nach Washington. Die tausenden jüdischen Wähler scheinen sich an fragwürdigen Positionen demokratischer Kandidaten nicht zu stören. Omars Vorgänger, Keith Ellison, wurde als erster Afro-Amerikaner in den Kongress von Minnesota gewählt und als erster Muslim überhaupt in den US-Kongress. Er war Mitglied der rassistischen „Nation of Islam“ von Louis Farrakhan und verlor 2007 die Anschläge von 9/11 mit



Die neugewählte Abgeordnete Rashida Tlaib feierte ihren Wahlsieg mit „palästinensischer“ Fahne

dem Reichstagsbrand und Präsident Bush mit Hitler. Geschadet hat ihm das alles nicht, bei den Midterms wurde er mit deutlicher Mehrheit zum Generalstaatsanwalt von Minnesota gewählt.

Auch Rashida Tlaib unterstützt massiv die BDS-Bewegung, solidarisierte sich mit der Gaza-Flottille und ist gegen jegliche Militärhilfe der USA für Israel: „Ich werde keine rassistischen Länder unterstützen, die auswählen, wer Zugang zur Justiz erhält.“ Gemeinsam mit Aktivistinnen der „Black Lives Matter“-Bewegung protestierte sie gegen die Ausweisung von Rasmea Odeh, die 1969 eine Serie von Bombenanschlägen in Jerusalem verübt hatte, bei der zwei israelische Studenten getötet und neun Menschen verletzt worden waren. 1970 in Israel zu lebenslanger Haft verurteilt, kam Odeh später im Zuge eines Gefangenenaustauschs frei und ging in die USA. Weil sie bei ihrer Einwanderung ihre Beteiligung an den Attentaten und ihre Verurteilung verschwiegen hatte, wurde ihr die amerikanische Staatsbürgerschaft entzogen und ihre Ausweisung nach Jordanien verfügt. Doch für Tlaib wiegt „palästinensische“ Solidarität schwerer als Mord.

Tlaib ist eine vehemente Verfechterin des „Rückkehrrechts“ für „Palästinenser“, das nach der Flüchtlingsdefinition der UNRWA auch sie selbst und ihre seit Jahrzehnten in den USA lebende Familie einschließen würde. Geboren und aufgewachsen in Detroit, Kongressabgeordnete in Washington – eine „palästinensische“ Flüchtlingsstory, die fast so rührend ist wie jene der Berliner Staatssekretärin Sawsan Chebli.

Auch der dritte demokratische Jungstar, Alexandria Ocasio-Cortez, die als jüngste Abgeordnete der Geschichte in den Kongress einziehen wird, hat ein

problematisches Verhältnis zu Israel. Sie spricht von einem „Massaker“ an der Grenze zu Gaza, beklagt die „Besetzung Palästinas“ und betont gleichzeitig, dass sie keine Expertin in geopolitischen Fragen sei, deshalb vielleicht nicht immer die richtigen Worte fände, und das Thema nicht jede Nacht auf ihrem Küchentisch liege. An Häme mangelt es ob solcher Aussagen nicht. „Israel ist ein kolonialistischer Besatzer Palästinas und sie weiß, dass sie nicht das Geringsste über den Konflikt weiß. Ganz genau: wer so denkt hat keine Ahnung, wovon er spricht. Wenigstens ist sie ehrlich.“, twitterte Seth Mandel von der „New York Post“. Wie Tlaib gehört Ocasio-Cortez zum „linken“ Flügel der Partei, den „Democratic Socialists of America“ (DSA). Die DSA unterstützen die BDS-Bewegung. Ocasio-Cortez hat sich bisher nicht zu BDS geäußert.

Alle drei sind gut vernetzt – untereinander und mit Linda Sarsour, einer weiteren antisemitischen Aktivistin, die es in den letzten Jahren zu internationaler Bekanntheit brachte. Alle drei gehören zum äußeren linken Rand der Demokraten, der durch die überraschende Popularität Bernie Sanders' bei den Vorwahlen gegen Hillary Clinton beflügelt wurde.

Liegt in der Identitätspolitik die Zukunft der Linken?

In der linken Identitätspolitik bestimmt die Gruppenzugehörigkeit die Legitimität des politischen Standpunkts. Unterschiedliche Interessen und Lebenswirklichkeiten innerhalb der jeweiligen Gruppe werden eingeebnet. Moralischer Anspruch und politische Wertigkeit der Gruppen messen sich daran, ob sie als Unterdrücker oder Unterdrückte wahrgenommen werden. „Alte weiße

Männer“ schneiden in diesem Modell naturgemäß deutlich schlechter ab als muslimische Frauen, für „refugee“, „woman of colour“ und „Hijab“ gibt es Bonuspunkte auf der nach oben offenen Opferskala.

Dabei ist Identitätspolitik alles andere als neu. Vor mehr als 200 Jahren wandte sich der Universalismus der Aufklärung gegen eine Identitätspolitik, die jedem Menschen seinen Platz in der Gesellschaft als Teil einer gottgewollten Ordnung zuwies. Erst das Bild vom selbstbestimmten Menschen, der befähigt und berechtigt ist, seinen Platz unabhängig von seiner Herkunft zu suchen, stellte das Individuum über Stand oder Religion. In ihrer extremsten Ausprägung mündete die Definition des Menschen über dessen Gruppenzugehörigkeit in Nationalismus und Rassismus, letztlich im Holocaust.

„Linksliberale sollten sich in Erinnerung rufen, dass die erste Bewegung, die sich in Amerika auf Identität berief, der Ku-Klux-Klan war, der bis heute existiert. Wer sich aufs Identitätsspiel einlässt, sollte sich bewusst sein, dass er dabei verlieren kann.“, warnt der Professor für Ideengeschichte Mark Lilla, und fordert die Linksliberalen auf, sich auf ihre Kernanliegen zu besinnen anstatt Interessensgruppen zu hofieren.

Für die Linke ist identitäre Politik jedoch verführerisch. Zum einen zielt sie auf dynamisch wachsende Bevölkerungsgruppen wie Einwanderer und Muslime, was mangelnden Zuspruch der Wählerschaft zu einem demographischen Phänomen schrumpfen lässt, das sich mit der Zeit von selbst löst. Zum anderen ist Gruppenzugehörigkeit leichter zu kommunizieren als politischer Inhalt. Die Medien lieben es einfach.

So wird der Hidschab in seiner identitären Vereinfachung vom Banner eines reaktionären Frauenbilds zum Zeichen für die Vielfalt in der Gesellschaft, die sich nun auch im Kongress abbildet. Die Merkmale junge Frau, Muslima und Flüchtling, die inhaltlich nicht das geringste über die jeweilige politische Position aussagen, werden zu plakativen Antipoden zum Bild vom alten weißen Mann. Das Neue steht gegen das Alte, das Unverbrauchte gegen das Mächtige. Doch der Schein trügt. Hinter der Fassade lauern alte Bekannte: Antisemitismus und Sozialismus. Ob darin die Zukunft der Linken liegt?

Zuerst erschienen auf mena-watch

Nachtrag:

Ein aufmerksamer Leser machte mich auf ein Video aufmerksam. Es zeigt Congresswoman Rashida Tlaib auf einem „Protestmarsch für Palästina“ in Detroit am 13. Juli 2014, umweht von „palästinensischen“ Fahnen. Der Herr hinter ihr, der sie am Beginn vorstellt, hat zumindest eine auffallende Ähnlichkeit mit dem Hizbollah-Unterstützer Abbas Hamideh, dem Mitbegründer der Bewegung Al-Awda, einem „Bündnis zum Palästinensischen Recht auf Rückkehr“. Alex Vanness schreibt über dieses Bündnis: „... make no mistake, this organization does not want peace. This organization is calling for the mass expulsion of Jews.“

Heiko Maas – doch kein Freund Israels

In Verantwortung des Auswärtigen Amtes stimmen deutsche Vertreter bei der UNO für israel-feindliche Anträge

Von Dr. Nikoline Hansen

Am 16. November war es wieder einmal so weit. Die UNO hatte einen bunten Strauß an Resolutionen auf ihre Tagesordnung gesetzt, um weltweit Menschenrechtsverletzungen zu verurteilen. Auf der Tagesordnung des „Entkolonialisierungskomitees“ (Special Political and Decolonization Committee), des 4. Komitees der UNO-Generalversammlung, standen zwölf Resolutionen, davon neun, deren ausschließliches Ziel die Verurteilung Israels war.

Das 4. Komitee ist dazu prädestiniert, gehört doch die Befassung mit dem israel-„palästinensischen“ Friedensprozess und dem UNO-Hilfswerk für „palästinensische“ Flüchtlinge im Nahen Osten (UNWRA) zu dessen fester Agenda. Dem Büro der 73. Sitzungsperiode gehören jeweils ein Vertreter der westafrikanischen Republik Liberia (Vorsitz) sowie als Stellvertreter Saudi-Arabien, Ungarn, Irland und als Sonderbericht-erstatte Bolivien an. Die Eröffnung der Sitzungsperiode erfolgte am 18. September – offensichtlich genug Zeit, um zu den Resolutionen zu kommen, die sich in wesentlichen Punkten auf frühere Resolutionen teils ähnlichen Inhalts beriefen und das Ziel haben, den Staat Israel zu diskreditieren und zu delegitimieren.

Den UNO-Staaten sind die Raketen der Hamas egal

Neben den neun Abstimmungen, an denen auch Deutschland beteiligt war, gab es Anfragen zu Anhörungen über Polynesien, Gibraltar, Guam, Neukaledonien, den Turks- und Caicosinseln sowie der Westsahara. Mit anderen Worten: Der Friedensprozess im Nahen Osten ist traditionell das zentrale Thema des Komitees. Und wie üblich stand in allen neun Abstimmungen einzig die USA konsequent an der Seite Israels und stimmte durchgängig mit „Nein“. Keine einzige der Resolutionen befasste sich mit den 460 Raketen, die die Hamas nur wenige Tage zuvor gegen israelische Zivilisten abgefeuert hatte.

UNRWA pleite?

Worum ging es im Einzelnen? Die Resolution, die dem Komitee offensichtlich am dringlichsten war, befasste sich mit der „Hilfe für palästinensische Flüchtlinge“. Nachdem die USA ihre Zahlungen eingestellt haben, wird also offensichtlich das Geld knapp. Antragsteller waren Bahrain, Bangladesch, Bolivien, Bosnien-Herzegowina, Brasilien, Brunei, Kuba, Zypern, Dschibuti, Indonesien, Irak, Irland, Jordanien, Libanon, Luxemburg, Malaysia, Malta, Mauretanien, Nikaragua, Norwegen, Portugal, Katar, Saudi-Arabien, Senegal, Serbien, Südafrika, Schweden, Tunesien, Venezuela, Jemen und der „Staat Palästina“. Es ging darum zu bekräftigen, dass die UNRWA mit den notwendigen Mitteln zu versorgen sei, damit sie ihre Arbeit mit den „palästinensischen Flüchtlingen“, die „mehr als sechs Dekaden unter dem Verlust ihrer Häuser, ihres Landes und ihrer Mittel zum Lebensunterhalt gelitten haben“ fortsetzen könne. Darüber hinaus wurde Katar als Mitglied der Beratungskommission der UNRWA zugelassen. Die Annahme des Antrages erfolgte mit 161:2 Stimmen bei Enthaltung der Staaten Kamerun, Kanada, Elfenbeinküste, Guatemala, Marshallinseln, Mikronesien, Palau und der Salo-



Heiko Maas bei der UNO

moninseln. Bemerkenswert aber wenig verwunderlich ist es, dass eine Reihe von EU-Mitgliedsstaaten den Antrag aktiv mit einbrachte. Es ist anzunehmen, dass sie auch diejenigen sind, die die Geldmittel nun aufstocken werden.

Der zweite Antrag

Der zweite Antrag dieser Reihe, diesmal ohne Beteiligung der EU-Mitgliedsstaaten, trug die Überschrift „Als Folge des Juni 1967 und der anschließenden Feindseligkeiten umgesiedelte Menschen (persons displaced)“. Hier wurde unter Bezug auf alte Resolutionen das Rückkehrrecht wiederholt, die Notwendigkeit einer zügigen Rückkehr dieser Personen hervorgehoben, der UNWRA die notwendige Unterstützung zur „humanitären Hilfe“ zugesagt und es erfolgte im vierten und letzten Punkt der Resolution ein Aufruf an „alle Regierungen, Organisationen und Einzelpersonen, die Agentur sowie Organisationen der provisorischen Regierung und Nichtregierungsorganisationen großzügig zu unterstützen“. Der Antrag wurde mit 155:5 angenommen bei 10 Enthaltungen. Die Gegenstimmen kamen von Kanada, Israel, den Marshallinseln, Mikronesien und den USA. Deutschland stimmte – wie auch die anderen EU-Staaten – für diesen Antrag. Es enthielten sich unter anderem Australien und Mexiko.

Der dritte Antrag

Der dritte Antrag behandelte die Tätigkeiten der UNWRA und hielt unter anderem fest, dass „in Zeiten erhöhter Konfliktsituation und Instabilität“ die Agentur eine zentrale Rolle spiele, um die „hoffnungslose Lage der palästinensischen Flüchtlinge durch die Bereitstel-

lung von unter anderem grundlegender Erziehung, Gesundheitsfürsorge, sozialen Dienstleistungen und Notfallversorgung“ zu verbessern. Bei den entsprechend zu versorgenden Empfängern handelt es sich um eine „registrierte Bevölkerung von über 5,4 Millionen Flüchtlingen in extrem prekärer Lage“. Auch wurde wieder auf die angespannte finanzielle Situation der UNWRA hingewiesen und „große Sorge“ über die „anhaltende Situation der humanitären und sozioökonomischen Lage der palästinensischen Flüchtlinge im Gazastreifen“ geäußert, „einschließlich hoher Unsicherheit bei der Versorgung mit Lebensmitteln, Armut, Umsiedlung und der Aushöhlung von Handlungskapazitäten“. Auch die Lage der „palästinensischen Flüchtlinge“ in den „besetzten palästinensischen Gebieten“ sowie Ostjerusalem habe sich aufgrund der anhaltenden militärischen Operationen Israels verschlechtert, Arbeitslosigkeit und Armut hätten sich verstärkt. Die Erklärung geht über zehn Seiten, darunter wird „die gegen internationale Gesetze verstoßende Tötung, Verletzen und die Gefangennahme von UNWRA-Mitarbeitern sowie das Töten, Verwunden und die Gefangennahme von Flüchtlingskindern und Frauen verurteilt.“

Wer sind die getöteten UNRWA-Mitarbeiter?

Die Erklärung verurteilt Israel in deutlicher Schärfe und man kann sich nur wundern, an welchen Punkten konkret Deutschland dafür gesorgt hat, dass sie nicht „noch schärfer“ ausgefallen ist, wie das Auswärtige Amt auf Nachfrage versichert hat. Das Abstimmungsergebnis lautet 158:5 bei 7 Enthaltungen. Deutschland hat mit anderen EU-Staa-

ten für die Resolution gestimmt. Um Missverständnissen vorzubeugen muss hier angemerkt werden, dass die getöteten und gefangenen Mitarbeiter der UNWRA aus israelischer Sicht „palästinensische“ Terroristen sind. Es ist in jedem Fall davon auszugehen, dass es sich bei diesen Mitarbeitern nicht um friedliche Zivilisten handelt, die darum bestrebt sind die Lage der palästinensischen Bevölkerung zu verbessern und den Friedensprozess zu einer bilateral akzeptablen Lösung zu führen.

Die nächste Resolution befasste sich mit dem Eigentum der „palästinensischen Flüchtlinge“ – auch hier war die EU an der Seite des „Staates Palästina“. Die Resolution, die sich ebenfalls wieder auf vorangegangene Resolutionen stützte, bestätigte den „Anspruch der palästinensischen Flüchtlinge auf ihr Eigentum sowie auf das daraus erzielte Einkommen“ und fordert Israel „einmal mehr“ auf, alle Möglichkeiten der Unterstützung und die entsprechende Hilfe zur Durchsetzung dieser Resolution zu garantieren. Darüber hinaus wird ein Bericht zur Durchführung dieser Resolution an die 74. Vollversammlung verlangt. Abstimmungsergebnis: 155:5 bei 10 Enthaltungen.

Bei der nächsten Erklärung ging es um die Ermittlungen des Sonderkomitees zur Untersuchung israelischer Praktiken im Hinblick auf „die Menschenrechte des palästinensischen Volkes und anderer Araber der besetzten Gebiete“. Auch hier wurde – unter Bezugnahme auf vergangene Resolutionen – festgestellt, dass „die Besetzung selbst eine grobe und schwere Verletzung der Menschenrechte“ darstellt. Diese „seit 51 Jahren währende israelische Besetzung“ müsse zu einem vollständigen Ende gebracht

werden um zu einer „friedlichen, gerechten, anhaltenden und umfassenden Lösung der Frage von Palästina“ zu kommen. Die Anschuldigungen werden auf vier Seiten wiederholt und enden mit der Forderung, den Tagesordnungspunkt „Report of the Special Committee to Investigate Israeli Practices Affecting the Human Rights of the Palestinian People and Other Arabs of the Occupied Territories“ auf die Tagesordnung der 74. Generalversammlung der UN zu setzen. Abstimmungsergebnis: 77:8 bei 79 Enthaltungen, darunter die EU-Staaten und Deutschland.

Verstößt Israel gegen die Genfer Konvention?

Bei der nächsten Resolution ging es um die Anwendung der Genfer Konventionen bezüglich des Schutzes ziviler Personen in Zeiten des Kriegs auf die „besetzten palästinensischen Gebiete, einschließlich Ostjerusalem und andere besetzte arabische Gebiete“. Die Resolution fordert Israel auf, die Genfer Konventionen einzuhalten und „begrüßt, in Übereinstimmung mit Artikel 1 der Konvention, Initiativen von Staaten, die darauf abzielen, den Respekt vor der Konvention sicherzustellen“. Wieder wird auf vorangegangene Resolutionen verwiesen und ein Bericht auf der 74. Generalversammlung verlangt. Artikel 1 der Genfer Konventionen lautet: „Die Hohen Vertragsparteien verpflichten sich, das vorliegende Abkommen unter allen Umständen einzuhalten und seine Einhaltung durchzusetzen.“ Mit anderen Worten: Da in dem vorliegenden Dokument offensichtlich davon ausgegangen wird, dass Israel schon wegen der „Besetzung“ dieser Gebiete gegen diese Konventionen verstößt, wäre im Sinne dieser Resolution dann auch eine militärische Intervention gegen Israel durch diesen Artikel gedeckt – sie wäre, im Wortlaut der Resolution, „willkommen“. Abstimmungsergebnis: 154:5 bei 8 Enthaltungen. Deutschland hat der Resolution zugestimmt. Das ist schwer zu begreifen.

Die alte Leier von der jüdischen Besiedlung Judäas als Friedenshindernis

Die nächste Erklärung behandelt die „Israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Israel und des besetzten syrischen Golans“. Die fünfseitige Resolution wiederholt die Behauptung, dass Israel mit der „Besetzung“ internationale Gesetze bricht, ruft den „extrem schädlichen Einfluss der israelischen Siedlungspolitik“ ins Gedächtnis und erklärt diese wiederum zum Friedenshindernis. Sodann verurteilt die Resolution den Plan, das „palästinensische“ Dorf Khan al-Ahmar zu zerstören (Hintergrund: es handelt sich um eine illegal im C-Gebiet erbaute Zeltstadt mit provisorischen Hütten von Beduinen, die erst kürzlich wieder dort errichtet wurde, und für die israelische Armee ein Sicherheitsrisiko darstellt, weshalb sie diese Ansiedlung gerne an einer anderen Stelle sehen würde. Der israelische Gerichtshof hat die juristischen Voraussetzungen für eine Räumung bestätigt, die Pläne der Räumung durch die israelische Armee wurden aber verschoben, nachdem die EU angedeutet hatte, dass sie eine derartige Räumung als Kriegsverbrechen einstufen würde; auch der Besuch der Bundeskanzlerin Angela Merkel in Israel im Oktober 2018 war von diesem Konflikt überschattet). Auch über die Ergebnisse dieser Resolution soll ein Bericht über die Durchführung der Resolution auf der 74. Generalversammlung erfolgen.

Abstimmungsergebnis: 153:5 bei 10 Enthaltungen.

Wie sieht es eigentlich in den Gefängnissen Saudi-Arabiens aus?

Die nächste Resolution befasst sich wieder mit den „israelischen Praktiken, die die Menschenrechte des palästinensischen Volkes in den besetzten Gebieten einschließlich Ost-Jerusalems“ betreffen. Die Resolution umfasst acht Seiten, ruft an erster Stelle die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ins Gedächtnis, bedauert sodann den 51 Jahre anhaltenden Zustand der israelischen Besetzung und die damit verbundenen negativen Folgen, ist ernsthaft besorgt über die Spannungen und Gewalt der jüngeren Vergangenheit in den „besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ost-Jerusalems und mit Bezug auf die heiligen Stätten in Jerusalem, einschließlich Haram al-Sharif“ und „beklagt den Tod unschuldiger Zivilisten“. Auch die israelische Politik der Grenzen und Checkpoints wird beklagt, die die Bewegungsfreiheit von Menschen und Waren einschränkt und „tausende von Palästinensern, einschließlich vieler Kinder und Frauen sowie gewählter Volksvertreter unter harten und unhygienischen Bedingungen in israelischen Gefängnissen und Gefangenenlagern, teilweise in Isolationshaft ohne Anklage und Prozess oder angemessene medizinische Versorgung“ hält. Ebenfalls zu tiefer Besorgnis sieht sich die Resolution veranlasst angesichts der „schlechten Behandlung, Verfolgung und aller Berichte von Folter palästinensischer Gefangener“. Auch hierüber wird ein Bericht auf der 74. Vollversammlung über die Durchführung der Resolution einschließlich der Anwendbarkeit der Genfer Konventionen verlangt. Abstimmungsergebnis: 153:6 bei 9 Enthaltungen.

Resolution zu den Golanhöhen – Deutschland stimmt erneut gegen Israel

Die letzte Resolution befasst sich mit den Golanhöhen. Einmal mehr wird – auch unter Bezugnahme auf vorangegangene Resolutionen – Israel vorgeworfen, das Gebiet unrechtmäßig besetzt zu haben und dabei gegen internationale Gesetze, einschließlich der Charta der Vereinten Nationen, verstoßen zu haben. Darüber hinaus wird Israel auch in dieser Resolution ein Verstoß gegen die Genfer Konventionen vorgeworfen, indem es den syrischen Bewohnern des Gebiets die israelische Staatsbürgerschaft aufzwingt. Abstimmungsergebnis: 151:2 bei 14 Enthaltungen – Deutschland hat sich auch hier nicht der Stimme enthalten, sondern mit den anderen EU-Staaten gestimmt.

Pro-israelischer Exil-Iraner stellt Maas zur Rede

Man sollte meinen, dass ein Außenminister, der seine Politik an Auschwitz und den Folgen der nationalsozialistischen Politik misst, nicht nur mit Worten zu Israel steht, sondern auch seine Stimme in den Ring wirft, wenn es zählt. Bedauerlicherweise war das wieder einmal nicht der Fall. Im Plenum des Bundestags hakte deshalb der Bundestagsabgeordnete und außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Bijan Djir-Sarai, am 21. November nach, denn er könne nicht verstehen, dass Deutschland und Europa Israel in den Vereinten Nationen so im Stich lassen:

„Ich verlange als Bundestagsabgeordneter, dass Sie hierzu, hier in diesem Hause, vor den Bundestagsabgeordneten eine Er-

klärung für diese Abstimmung geben, Herr Minister.“

Eine Erwiderung des Ministers erfolgte erst auf die weitere Nachfrage des Fraktionskollegen Frank Müller-Rosentritt, der auf eine Antwort bestand. In der daraufhin doch abgegebenen Erklärung wiederholte Maas alle Argumente, die das Auswärtige Amt auf Nachfragen nach derartigen Abstimmungen regelmäßig zu geben pflegt:

„Was das Thema Israel angeht, Deutschland hat in den letzten Jahren – und das ist keine aktuelle Entwicklung – bei Israelresolutionen ... immer eine Linie verfolgt. Und diese Linie bestand darin, dass wir versucht haben an den Diskussionen über entsprechende Texte bis zum Schluss dabei zu sein. Und deshalb haben wir uns bei vielen Resolutionen und auch bei denen, die angesprochen worden sind, und noch bei einigen, die kommen, nicht vorzeitig aus der Debatte zurückgezogen und gesagt wir stimmen mit nein, sondern wir haben, und das in Abstimmung mit der israelischen Vertretung, nicht immer zu deren Zufriedenheit, aber in Abstimmung mit denen uns immer darum bemüht, dass die Texte, für die es mit uns oder ohne uns bei den Vereinten Nationen in der Regel eine Mehrheit gibt, nicht so ausfallen, wie das vielleicht von dem einen oder anderen beabsichtigt war und deshalb haben unsere Interventionen immer dazu geführt, dass den Texten viele Schärfe genommen worden sind.“

Darüber gibt es viel Zustimmung von der israelischen Seite, auch wenn man sich da – das will ich gar nicht leugnen – noch mehr erwarten würde. Aber unsere Linie ist die, und das wird auch die Linie in der Zukunft sein, anstatt frühzeitig aus der Debatte rauszugehen und damit Resolutionstexte zu bekommen, die deutlich schärfer gegen Israel gerichtet sind, wollen wir an den Debatten so lange Einfluss nehmen und dafür sorgen, dass die Texte so ausfallen, dass sie nicht die Schärfe haben, sondern dass Dinge, die dort stehen, die wir nicht mittragen können, auch nicht verabschiedet werden und wenn gewisse Dinge dort aus dem Text nicht herauskommen, haben wir in der Vergangenheit auch dagegen gestimmt. Aber das ist unsere Linie, und die halte ich auch mit Blick auf Israel für eine sehr vernünftige, wir sind bis zum letzten Tag bei jedem Resolutionsentwurf, der behandelt wird, sind diejenigen, die auch für die Interessen Israels in diesen Debatten streiten. Wenn wir von vornherein nur nein sagen wird uns diese Möglichkeit genommen und dies hielte ich nicht für richtig.“

Von vornherein nein sagen? Sicher muss das nicht sein. Aber wie die kurze Zusammenfassung gezeigt hat, hat die „Entschärfung“ der Texte nicht viel dazu beigetragen, sie nicht doch zu einer Anhäufung feindseliger Anschuldigungen zu machen, ja selbst vor der Androhung eines militärischen Eingreifens erschrecken die Resolutionen nicht zurück, sondern laden dazu ein. Das scheint den deutschen Vertreter nicht gestört zu haben. Eigentlich kann man daraus nur eine Schlussfolgerung ziehen: Vielleicht wäre es besser gewesen, die Texte noch radikaler und eindeutiger zu belassen, denn dann wüsste man endlich, woran man ist: Es wird eindeutig Zeit, diesem unseligen Treiben ein Ende zu machen. Mehr Delegitimierung als mit den neuerlichen Resolutionen kann ein Staat gar nicht mehr erleiden. Die „deutsche Linie“ ist keine vernünftige, sie ist ein Armutszeugnis. Gerade wenn man bedenkt, dass es noch keinen Monat her

ist, dass Israel wieder einmal Ziel eines massiven Raketenbeschusses wurde, der ein ziviles Menschenleben kostete und der ausschließlich zivile Infrastruktur traf – wenn man von den Kosten für die Raketenabwehr mal ganz absieht –, ist dieses Verhalten skandalös. Wo bleibt der Mut, wo die Zivilcourage, wo zeigen wir Gesicht?

Nikki Haley steht fest zu Israel

Nur wenige Tage später, am 19. November befasste sich der Sicherheitsrat mit dem Gaza-Konflikt. Nikolay Mladenov erklärte, dass trotz des Waffenstillstands nach dem „heftigsten Feueraustausch“ seit 2014, ausgelöst durch eine Operation israelischer Sicherheitskräfte im Gazastreifen, die Lage angespannt bleibe. Der Vertreter aus Kuwait erklärte, dass Israel weiter unverhohlen zivile Ziele in Gaza mit exzessiver Gewalt angreife. Die Russen warnten vor einem Ende der Zweistaatenlösung, und so ging es weiter mit den einseitigen Verurteilungen, bis Nikki Haley erklärte, die Information des Koordinators sei unvollständig, da sie die Gesamtsituation im Nahen Osten nicht berücksichtige, insbesondere die international wachsenden terroristischen Aktivitäten des Irans. Aktionen wie der kürzlich in Dänemark aufgedeckte Anschlagversuch zur Ermordung eines iranischen Dissidenten in Dänemark, oder das geplante Bombenattentat in Frankreich zeigten die wahre Natur des iranischen Regimes. Auch seien die vorausgegangenen Provokationen in Gaza, die zu dem militärischen Eingreifen geführt hätten, in dem Bericht nicht erwähnt worden. Solange nicht alle Fakten auf den Tisch kämen könne es auch keinen Frieden im Nahen Osten geben, stellte sie fest.

Die deutschen Vertreter tarnen ihre Feigheit als Vernunft

So wird das Geplänkel wohl weiter seinen Lauf nehmen. Ob es vernünftig ist oder nicht, es bereitet ganz offensichtlich ohne deutschen Einspruch der Legitimierung kriegerischer Interventionen gegen Israel einen Weg. Immerhin hatte der syrische Vertreter im Entkolonialisierungskomitee nur wenige Tage zuvor Israel ganz direkt mit Krieg gedroht: Bei den Golanhöhen handele es sich um den „besetzten syrischen Golan“, und sollte Israel das Gebiet nicht an Syrien zurückgeben, wäre „allen Optionen die Tür geöffnet, einschließlich Krieg“. In den von der UNO veröffentlichten Presseberichten ist keine deutsche Stimme dagegen zitiert. Zwar verwundert die deutsche Zurückhaltung angesichts der europäischen Gemengelage nicht. Trotzdem ist die „deutsche Linie“, die der Minister für vernünftig hält, ein Schlag ins Gesicht für den Staat Israel. Vernünftig wäre es, sich auf die Seite der Demokratie und Freiheit zu schlagen, statt sich dem Mitläufertum und dem Befriedigen des schlechten Gewissens wegen vermeintlicher Verbesserungen zu ergeben, die, wie man Maas Antwort und Unsicherheit bei seiner Rede entnehmen konnte, tatsächlich nicht auf viel Gegenliebe in Israel stoßen. Ja, es stimmt, dass es für „die Texte ... mit uns oder ohne uns bei den Vereinten Nationen in der Regel eine Mehrheit gibt“, aber gerade deshalb zählt doch jede Stimme und es wäre einen Versuch wert, mal einen anderen Weg zu gehen. Es darf nicht sein, dass die UNO Israel mit Krieg droht und Deutschland sich nicht mit klaren Worten dagegen wehrt.

Alle Ergebnisse und Resolutionen sind im Wortlaut auf Englisch nachzulesen bei www.unwatch.org/2018-un-fourth-committee-resolutions-israel

Vor 10 Jahren: Islamischer Terror in Mumbai fordert 174 Tote – darunter viele Juden

Bei der Anschlagsserie in der indischen Metropole wurden 2008 gezielt jüdische Einrichtungen angegriffen.

Israelnetz

Am 26. November 2008 versetzte ein pakistanisches Terrorkommando die indische Finanzmetropole Mumbai in Angst und Schrecken. An zehn Orten kam es innerhalb kurzer Zeit zu 17 Explosionen. Unter anderen wurden das Luxushotel Taj Mahal, das Hotel Oberoi, das bei Touristen beliebte Café Leopold sowie das jüdische Chabadhaus Schauplätze des Terrors. Mehr als 170 Menschen starben, darunter auch drei Deutsche und fünf Israelis. Zu den Toten zählten der jüdische Rabbi Gavriel Noach Holtzberg und seine Frau Rivka. Ihr damals zwei Jahre alter Sohn Mosche überlebte. Zehn Jahre später ist das Chabadhaus wieder ein beliebter Treffpunkt jüdischer Touristen.

Es ist Freitagnachmittag, in weniger als zwei Stunden beginnt der jüdische Ruhetag. In der Küche des Chabadhauses in Mumbai geht es emsig zu. Der Tisch im Nachbarzimmer ist schon gedeckt. In einem weiteren Nachbarraum bereitet sich Rabbi Israel Kozlovsky auf den Abend vor. Rund 30 Gäste werden an diesem Freitag zur wöchentlichen Schabbatfeier erwartet. Es duftet nach frischem, selbstgebackenem Schabbatbrot. Auch Ralphy Jhirad kommt freitags gern hierher, um für seine Familie zwei Schabbatbrote mitzunehmen.

„Es ist einer von zwei Orten in ganz Mumbai, wo du diese Brote bekommst“, erzählt der Ingenieur. Er muss es wissen. Der Jude ist in der 20-Millionen-Metropole geboren und aufgewachsen. Er habe innerhalb der Gemeinde schon alle Funktionen gehabt, erzählt er. Doch jetzt habe er die schönste Aufgabe von allen. Seit einigen Jahren führt er Touristen aus aller Welt durch Mumbai, zeigt Ihnen die Spuren jüdischen Lebens in der Stadt. Außerdem will er ein Zentrum errichten, das an die über 2.000-jährige Geschichte der Juden in Mumbai erinnert. Heute leben etwa 3.000 Juden in der Metropole. Nach der Unabhängigkeit Indiens 1947 waren es noch rund 35.000 Juden, erzählt Ralphy.

Gedenktafel soll an Opfer erinnern

Auf dem Dach des Chabadhauses wird noch fleißig gearbeitet. Zum 10. Jahrestag der Anschläge von Mumbai soll hier eine Gedenktafel angebracht werden. „Es wird das erste Denkmal in der ganzen Stadt, das alle Namen der Opfer der Anschläge aufgelistet hat“, erzählt – darunter auch die Namen von Rabbi Gavriel Holtzberg und seiner Frau Rivka. Lediglich ihr damals zweijähriger Sohn Mosche habe überlebt. Wie das geschah, sei bis heute eines der ungelösten Rätsel, erzählt Ralphy Jhirad. Das Kind wurde am nächsten Morgen von seinem indischen Kindermädchen Sandra Samuel im ersten Stock neben den leblosen Körpern seiner Eltern gefunden. Dabei hatte das Kindermädchen den kleinen Jungen am Abend zuvor, bevor die Terroristen kamen, in sein Bett im fünften Stock gebracht.

Kaum war der kleine Junge im Bett, seien die Terroristen gekommen. Die



Das Taj Mahal-Hotel brennt

Hausangestellte konnte sich zusammen mit dem Koch verstecken. Am nächsten Morgen hörte sie den kleinen Mo-

das Gebäude unbehelligt zu verlassen. Heute lebt der Junge bei seinen Großeltern in Israel. Als im Januar 2018 Israels



Einschusslöcher in einer jüdischen Einrichtung

sche wimmern und fand ihn neben seinen Eltern. Obwohl noch rund um das Haus gekämpft wurde, gelang es ihr, zusammen mit dem Koch und dem Kind,

Premierminister Benjamin Netanjahu Mumbai besuchte, wurde er auch von dem inzwischen zwölfjährigen Mosche begleitet. Auch seine Nanny Sandra

lebt heute in Israel, sie bekam die israelische Staatsbürgerschaft. „Das war die Gnade Gottes in dieser fürchterlichen Situation“, glaubt Ralphy.

Auch im vierten Stock sind heute noch die Einschusslöcher in den Wänden zu sehen. Sie sind stumme Zeugen des stundenlangen Kampfes um das Haus, den sich die Terroristen mit Spezialeinheiten lieferten, die versuchten, das Haus aus der Luft zu stürmen. Am Ende des Raums klafft in der Wand ein riesiges Loch. Dahinter befindet sich ein Hohlraum. Offensichtlich vermuteten die Terroristen etwas in dem Hohlraum und durchlöchernten die Wand, um zu sehen, was dahinter ist, erzählt Ralphy. Der Angriff kam von oben und von unten. Dabei seien die Angreifer ebenfalls im Kugelhagel ums Leben gekommen.

Vor dem Loch in der Wand soll eine Glasscheibe errichtet werden. So können Touristen, die das Haus besuchen, hier mit Hilfe eines Audioguides und Photographien erfahren, was damals passierte und wie es sich zugetragen hat, erzählt Ralphy.

„Nie gab es irgendwelche Anfeindungen“

Hatte der Terroranschlag Folgen für die in Mumbai lebenden Juden? Nein, meint Joel Telulkar, Präsident der „Magen Chassidim“-Synagoge, eines der zentral gelegenen Gotteshäuser der Stadt. „Wir Juden leben seit 2.000 Jahren in diesem Land. Nie gab es irgendwelche Anfeindungen. Warum sollte jemand etwas gegen uns haben?“ Eine Meinung, die viele der Mumbaier Juden teilen. Es sei bei dem Anschlag nicht gegen die örtliche jüdische Gemeinde gegangen, meint Ralphy. Die Getöteten seien alle Israelis gewesen. Die jüdische Gemeinde sei zu klein, als dass sich jemand dafür interessiere.

Dennoch macht sich Ralphy Jhirad für den Gedenkort im Chabadhaus stark. „Wir vergeben, aber wir werden niemals vergessen“, lautet sein Credo.

Ehemaliger Obama-Wahlkampf helfer als mehrfacher Synagogen-Schänder ermittelt

Ein afroamerikanischer US-Demokrat beschmiert ein jüdisches Gotteshaus in New York mit antisemitischen Hass-Parolen

Von Dushan Wegner

Wenn Sie einen der folgenden Filme nicht kennen, sollten Sie auf keinen Fall nach diesem Absatz weiterlesen: Total Recall, Der Zauberer von Oz, Repo Men, Vanilla Sky (bzw. das Original „Abres los ojos“), Mulholland Drive, Shutter Island, Sucker Punch – was haben diese Filme gemeinsam, abgesehen davon, dass es richtig gute Filme sind?

Nochmal die Warnung: wenn Sie die Filme nicht kennen, hören Sie jetzt mit dem Lesen auf, denn es folgt ein „Spoiler“ (ich verrate einen wichtigen Aspekt des Endes). – Sie sind noch dabei? Gut. Hier ist die Gemeinsamkeit der genannten Titel: Die Handlung des Filmes stellt sich am Ende als nur ein Traum heraus.

Selbst innerhalb der Fantasiewelt, die jeder Film ja darstellt, ist praktisch nichts vom Berichteten real.

Das Erstaunliche und zugleich Erschreckende ist: selbst wenn wir diese Filme ein zweites Mal schauen, um die Traum-Illusion wissend, verlieren diese Filme nicht ihren Reiz! Selbst wenn wir wissen, dass alles nur ein Traum im Traum ist, erleben wir die gezeigte Handlung genauso intensiv, und genießen wohligh schauernd die vibrierende Realitätsunschärfe.

New York

Haben Sie von den neuen Hassverbrechen in New York gehört? Ausgerechnet kurz vor dem 80. Jahrestag der Reichspogromnacht, ist laut Medienberichten in New York ein offensichtlicher Antisemit in eine Synagoge eingebrochen. Er beschmierte die Wände mit Sprüchen wie „Kill all Jews“, „Hitler“, „Jews better be ready“ und „Die Jew rats we are here“ (laut cnn.com, 3. November 2018), und versuchte sieben Synagogen in Brand zu stecken.

Bild.de berichtet über die Taten mit der Überschrift „Sieben Brandanschläge auf Synagogen in New York – Tötet alle Juden-Schmiererei in Synagoge gefunden“. Der Artikel schließt so:

„Laut der ‚Anti-Defamation League‘, einem Verein gegen Antisemitismus, ist die Zahl der Angriffe auf Juden seit dem Amtsantritt von Präsident Trump um 57 Prozent gestiegen. Kritiker werfen ihm vor, mit seiner Rhetorik den Hass gegen Minderheiten insgesamt zu schüren. Trump selbst erklärte, es dürfe ‚keine Toleranz für Antisemitismus in Amerika oder für irgendeine Form von religiösem oder rassistischem Hass‘ geben.“ (bild.de, 3. November 2018)

Wenn Sie den Artikel kursorisch lesen, könnten Sie zum Schluss kommen, dass Trump irgendwie an diesen Schmierereien und dem versuchten Feuer die Schuld trage, da er „mit seiner Rhetorik den Hass gegen Minderheiten“ schüre.

Auch „Spiegel Online“ berichtet über dieselbe Tat. Bei „Bild“ wird es beiläufig im Artikel erwähnt, bei „Spiegel Online“ ist es die Überschrift, dass der Täter gefasst wurde: „Mann nach Brandanschlägen auf Synagogen festgenommen“.

Der Leser ist natürlich neugierig und man liest in den Artikel hinein, doch im Artikel steht als nähere Angabe nur (Stand 4. November 2018), dass der Mann bei der Festnahme „emotional verwirrt“ gewesen sei.

Während Informationen zum Festgenommenen auf auffällige Weise fehlen, ist dem Artikel ein zweiter Artikel angehängt, zum Anschlag auf die Synagoge in Pittsburgh zuvor. In diesem zweiten, angehängten Artikel wird nicht erwähnt, dass der Attentäter dort nicht nur Antisemit,

sondern auch Trump-Hasser war, aber es wird eine andere Pseudo-Information eingebaut.

Der Artikel über Schmierereien an einer und versuchte Brandstiftungen auf sieben New Yorker Synagogen bei „Spiegel Online“ endet (sich auf Pittsburgh beziehend!) so:

„Unter den sechs Verletzten war auch Malingers 61-jährige Tochter. Bowers soll der Verfasser einer Reihe judenfeindlicher Botschaften im Onlinenetzwerk Gab.com sein. Dieses ist bei weißen Nationalisten und Mitgliedern der rassistischen Alt-Right-Bewegung beliebt.“ („Spiegel Online“, 3. November 2018)

Wenn man beide Artikel oberflächlich überfliegt, könnte man zum Schluss gelangen, dass a) der Schmierer und versuchte Brandstifter von New York von Trumps Rhetorik motiviert wurde, und b), dass irgendwie Gab.com involviert sei, was angeblich bei Rassisten beliebt sei. Mit anderen Worten: wenn man die beiden Artikel bei „Spiegel Online“ und „Bild Online“ für sich allein nimmt und nicht präzise darauf achtet, wo das Thema dreht und wo von Bericht (X ist passiert) zu emotionalen Null-Aussagen (Kritiker werfen Y vor) gewechselt wird, und wenn man nicht nachhakt zu all den fehlenden Informationen über den Täter, wird man exakt zur linken Einheitsmeinung gelangen: „Trump motiviert böse Leute, die sich auf bösen Internet-Plattformen treffen und dann böse Dinge tun.“

Ich glaube nicht einmal, dass die Fiktion gemäß linkem Narrativ (in allen Fällen) beabsichtigt ist; es kann gut sein, dass sich diese Gewichtungen einfach so in die Redaktionsarbeit einschleichen – es ist ja hektisch dort! – doch der Effekt ist oft derselbe.

Nicht wirklich höflich

Es gibt (mittlerweile) mehr Informationen zum mutmaßlichen Täter, deutlich mehr. Dank Internet können sogar „New York Times“ und CNN die Wahrheit immer weniger ignorieren – also versuchen sie sofort den bekannten Psychische-Probleme-Spin.

Anders als der merkwürdige angehängte Artikel bei Spiegel.de es indirekt vermuten lässt, war der Festgenommene keineswegs ein „weißer Nationalist“ oder Teil der „rassistischen Alt-Right-Bewegung“ – er war schwarz.

Letztes Jahr veröffentlichte die „New York Times“ einen Text über James Polite. Man erfährt, wie er im Wahlkampf für Barack Obama aktiv war und dass er für die US-Demokratin Christine Quinn aktiv war („New York Times“, 14. Dezember 2017). Mittlerweile hat Quinn eine Stellungnahme auf Twitter veröffentlicht, wie sehr sie das alles schockiert.

Quinn hat, bis heute, auf ihrem Twitter-Feed ein Foto von sich hinter einem „Resist“-Rednerpult und einer Regenbogenflagge. Polite arbeitete als Praktikant an Anti-Hass-Projekten. Im Internet kursieren Meldungen, wonach James Polite im Internet auch unter dem Alias „Abraham Aali“ auftrat und als solcher etwa Bilder der brennenden US-Flagge postete.

Ich weiß nicht, ob Bild.de oder Spiegel.de planen, ihre Stories zu erweitern. Es kann sein, dass „Spiegel“ später, wenn die Narrativ-Bestätigung ihren Dienst getan hat, die Meldung still und leise ergänzen wird. (Man erinnere sich etwa an die Demo in Paris, wo Spiegel.de erst von festgenommenen „Identitären“ sprach, um dann fast einen Tag später, als es sich längst



James Polite (unten) nach seiner Verhaftung

verlaufen hatte, zu korrigieren und richtig anzugeben, dass es tatsächlich Linksextreme waren, die wegen Waffenbesitz festgenommen wurden, siehe spiegel.de, 26. November 2017; aber auch den Syrer, der Hakenkreuze schmierte und Feuer legte, was selbst danach Linke nicht von Mahnwachen „gegen rechts“ abhielt, siehe welt.de, 10. April 2016.)

„Linke“ Wirklichkeit selbst erschaffen?

Polite heißt übersetzt „höflich“. Litt er unter dem sich immer weiter öffnenden Delta zwischen linkem Narrativ und der Realität, und wollte die Realität mit seinen Taten so aussehen lassen, wie linke Medien ihm erzählten, dass sie aussieht? War er unter der Oberfläche, wie so manche Linke, ein heimlicher Antisemit? Auf jeden Fall war seine Tat nicht höflich. Ich überlasse es den Psychologen, die Motivationen und Ursachen für die mutmaßlichen Taten von James Polite festzustellen; Anti-Trump-Medien haben ja schon begonnen, auf alle Tränendrüsen zu drücken, um Entschuldigungen zu finden, etwa „New York Times“:

„Er hat viel von seiner Kindheit in Pflege verbracht, und lebte in 13 Haushalten. Er kämpfte mit psychischer Krankheit und Drogensucht, als er versuchte, das College zu beenden.“

(„New York Times“, 3. November 2018).

Lesen Sie den Tränendrüsen-Text selbst, und fragen Sie sich, wie viel Verständnis und Empathie ein mutmaßlicher Täter von der Linken bekommen würde, wenn er zuvor für Trump oder Republikaner gearbeitet hätte – und ob er ebenso schnell von den Titelseiten verschwinden würde.

Damit linke Einheitsmeinung entstehen kann, braucht es Medien, die ein „Trump ist böse“-Narrativ bedienen – ob sie es absichtlich tun oder aus Versehen. Wenn die Fakten direkt widersprechen,

lässt man eben störende Fakten weg und wechselt mitten im Artikel das Thema. Was bleibt ist die Emotion, die politisch korrekte Empörung, und eine auf Lügen, Halbwahrheiten und Verdrehungen gebaute Überzeugung, moralisch überlegen zu sein.

Rote Pille

Wer nichts als Leitmedien konsumiert, von A(RD) über S(piegel) bis Z(DF), der lebt wie in einem Traum, welcher mit der Realität, befürchte ich, nur zufällig und nach Bedarf übereinstimmt.

Die US-Demokraten, ähnlich wie in Deutschland die Grünen, wenden sich an den linken Mob, der linke Halbwahrheiten konsumiert und „Wir sind mehr!“-grölend durch die Straßen zieht. Trump wendet sich, wie schon 2016, an Bürger, die einfach nur einen Job, Ruhe vor der Antifa und sichere Grenzen wollen – und ansonsten Trump einen guten Mann sein lassen möchten.

Nicht alle Filme enden damit, dass alles nur ein Traum ist. Ein ganz bestimmter Film beginnt mit der schockierenden Feststellung, dass die Realität nur ein Traum ist: Matrix. Die symbolische Szene steht als politischer Slogan, der Linke geradezu rasend macht: die rote Pille, die den Helden aus dem schönen, aber falschen Traum aufwachen lässt.

Was ist die „rote Pille“? Wie wacht man auf aus dem Traum? Freie Denker können helfen, doch am Ende des Tages musst du selbst aus deiner selbst verschuldeten Unmündigkeit herausgehen. Glaube keiner Nachricht, nur weil sie in den Leitmedien lief.

Stelle fest, was sie sagen, und was auffälligerweise nicht.

Suche, welche Information fehlt! Frage, was sie weglassen und warum wohl.

Prüfe alles, glaube wenig, denke selbst!

Tschechischer Präsident Zeman: „Wenn wir Israel verraten, verraten wir uns selbst“

Tschechisches Staatsoberhaupt befürwortet die Verlegung der Botschaft nach Jerusalem.



Israelnetz

Der tschechische Präsident Zeman lauscht der Rede von Ministerpräsident Netanjahu in der Knesset.

Der tschechische Präsident Miloš Zeman will alles daran setzen, die Botschaft seines Landes nach Jerusalem zu verlegen. Das betonte er am Montag bei einer Rede in einer Sondersitzung der Knesset zu seinen Ehren. Zugleich räumte er ein, dass ihm dabei die Hände gebunden seien. „Ich bin leider kein Diktator“, sagte er mit einem Augenzwinkern.

Zeman hatte im April dieses Jahres einen Drei-Stufen-Plan zur Verlegung der Botschaft bekanntgemacht. Demnach erfolgt derzeit bereits der zweite Schritt: die Eröffnung eines „tschechischen Hauses“ in Jerusalem. Hier sollen sich Diplomaten treffen können, auch wenn das Haus selbst keinen offiziellen Status hat. Der erste Schritt war die Neueröffnung eines Ehrenkonsulats am 29. Mai. Der dritte Schritt ist laut Fahrplan die Verlegung der Botschaft nach Jerusalem.

Kritik an „politischer Korrektheit“ der EU

Das letzte Wort hat hier allerdings die tschechische Regierung. Außenminister Tomáš Petříček hatte bei seinem Besuch am 14. November betont, eine Verlegung der Botschaft sei unwahrscheinlich. Das gleiche gelte auch für eine Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels. Die Haltung Tschechiens zu Jerusalem „stimmt überein mit dem internationalen Recht und der Position der Europäischen Union“, sagte Petříček damals laut der „palästinensischen“ Nachrichtenagentur „Ma’an“.

Zeman kritisierte in seiner achtminütigen Knesset-Rede insbesondere die Haltung der Europäischen Union. Diese sei zu sehr darauf bedacht, politisch korrekt zu handeln, und habe daher allzu großes Nachsehen bei Terrorismus, sagte er in Anwesenheit des EU-Botschafters in Israel, Emanuele Giaufret. „Das ist sehr unfreundlich, nicht wahr? Aber es tut mir leid, es ist ehrlich. Und das ist auch der Grund, warum die Solidarität mit Israel immer notwendig ist. Denn wenn wir Israel betrügen, betrügen wir uns selbst.“

Edelstein: Botschaftsverlegung bringt Frieden

Knessetsprecher Juli Edelstein (Likud) betonte in seiner Rede, es sei ungewöhnlich, dass sich Staaten Freunde nennen. In der Regel gebe es höchstens gemeinsame Interessen, die Staaten einander näherkommen lassen. „Aber wie Sie es bereits sagten, mein Freund, Herr Präsident, die enge Beziehung zwischen Israel und der Tschechischen Republik beweist, dass es auch anders laufen kann. Es zeigt, dass die Tschechische Republik ein Freund Israels ist, und Israel ein Freund der Tschechischen Republik.“

Die Verlegung der Botschaft werde indes den Frieden in der Region fördern, sagte Edelstein weiter. „Frieden zu schaffen wird uns nur durch Beharren auf der Wahrheit möglich sein – der historischen und der moralischen Wahrheit.“

In der Sondersitzung der Knesset dankte auch der israelische Regierungschef Benjamin Netanjahu (Likud) Zeman für dessen Unterstützung Israels. „Sie sind einer der ersten Führer in dieser Generation, die Israel als israelische Hauptstadt anerkennen.“

Oppositionsführerin Zippi Livni (Zionistisches Lager) dankte Zeman ebenfalls, kritisierte aber dessen Sympathie für eine Ein-Staat-Lösung. „Wir glauben an einen Staat, der sowohl jüdisch als auch demokratisch ist, und daher wollen wir uns von den Palästinensern trennen, vorzugsweise durch einen palästinensischen Staat.“

Anfragen an Ein-Staat-Lösung

Bereits am Montagvormittag hatte Zeman bei einem Treffen mit Staatspräsi-

dent Reuven Rivlin seine Vorstellung von einer Ein-Staat-Lösung angesprochen.

Da sich auch Rivlin in der Vergangenheit dafür ausgesprochen hatte, wollte er dessen Argumente hören. „Ehrlich gesagt kann ich keinen unabhängigen Staat in Gaza sehen, denn ich verstehe die Hamas als eine Terror-Organisation und nicht als einen Staat.“

Rivlin selbst betonte bei dem Treffen, keine Lösung zu favorisieren. Letztlich müssten Israelis und „Palästinenser“ einen Weg finden, zusammen zu leben. „Es ist unser Schicksal, hier zusammen zu leben, und wir können für uns alle eine wunderbare Zukunft haben.“

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 70 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.

Die Legende vom „soften Islam“ Südostasiens

Malaysias offen antisemitischer Staatschef wird mit allen Ehren in Großbritannien empfangen

Von Anastasia Iosseliani

Unter den Meldungen, die in den letzten Wochen nur Juden und Menschen, die sich für Menschenrechte in Südostasien einsetzen, gekümmert haben, war auch der Besuch des berühmt-berüchtigten Antisemiten und Premierministers von Malaysia im Vereinigten Königreich.

Mahathir Mohamad ist nicht nur der Premierminister des Schwellenlandes Malaysia, sondern auch ein offener Antisemit, welcher Juden als „hakennasig“ beschreibt und auch sonst gerne mit seiner kruden Sicht in der Welt hausieren geht.

Währenddessen wird im Westen gerne das Mantra wiederholt, dass die beiden Staaten Malaysia und Indonesien einen „liberalen Islam“ vorleben – trotz der Tatsache, dass im indonesischen Bundesstaat Aceh die Scharia inklusive Züchtigungsstrafen gilt und in Malaysia der obengenannte Antisemit Mahathir Mohamad in einer freien Wahl zum Premierminister gewählt wurde.

Eben diesem Premierminister gab man – zuerst bei der UNO-Vollversammlung und bei seinem anschließenden Besuch in Großbritannien – die Möglichkeit für seine antisemitische Weltsicht zu agitieren. Der 93-jährige Regierungschef, Mahathir Mohamad, beschrieb in seinem Buch „The Malay Dilemma“ aus den 1970ern uns Juden nicht nur als „hakennasig“, sondern führte weiter aus, dass wir Juden „Geld instinktiv verstehen“ würden und leugnete zudem den Holocaust. Es versteht sich von selbst, dass dieser Herr auch die sogenannten „Palästinenser“ unterstützt.

Rassismus der niedrigen Erwartungen

Seinen Auftritt bei der UNO-Vollversammlung nutzte der malaysische Premierminister demzufolge auch, um

Propaganda für die „Palästinenser“ zu betreiben und Israel zu beschuldigen für alles Übel im Nahen Osten verantwortlich zu sein. Für zivilisierte Menschen wäre ein solcher Auftritt eigentlich ein Grund gewesen jeglichen Kontakt zum Premierminister von Malaysia abzubrechen, doch leider werden wir derzeit von der Plage des Rassismus der niedrigen Erwartungen heimgesucht und so kam es, dass Mahathir Mohamad nach seiner Rede bei der UNO-Vollversammlung in New York auch noch Großbritannien besuchen durfte.

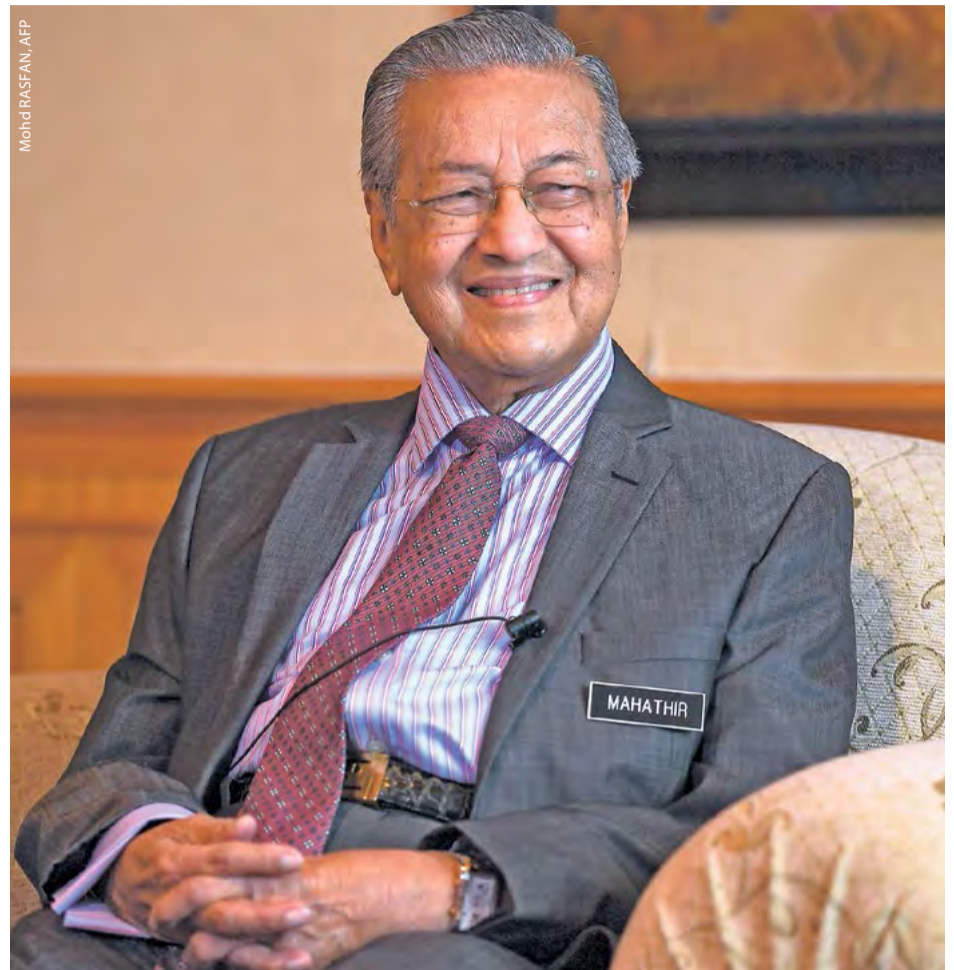
Während seiner Reise ins Vereinigte Königreich, wo er während seines Aufenthalts eine Rede über „gute Regierungsarbeit innerhalb der Islamischen Welt“ am Zentrum für Islamwissenschaften der Universität von Oxford hielt, traf er außerdem den Milliardär Sir James Dyson in London und hielt eine weitere Rede in der altherwürdigen Denkfabrik „Chatham House“. In besagter Rede ging es um die „Zukunft der Demokratie in Asien“. Wie die „Daily Mail“ und verschiedene jüdische Organisationen berichteten, wurde der antisemitische Premierminister von Malaysia zu keinem Zeitpunkt für seine Ansichten von irgendwem in irgendeiner Form zur Rede gestellt.

Stattdessen veröffentlicht der Pressesprecher von „Chatham House“ folgende Erklärung:

„Chatham House bietet eine neutrale, zusammenkommende Umgebung. (Die) Teilnahme eines (bestimmten) Sprechers impliziert keine Billigung (von Chatham House).“

Der Sprecher von „Chatham House“ weiter:

„Die wichtigste Voraussetzung für jeden, der hier (d.h. in Chatham House) spricht, ist, dass sich dieser Sprecher einer Frage- und Antwort-Runde stellt. Bei einer solchen Runde können die vom Sprecher



Malaysias Regierungschef Mahathir bin Mohamad

ausgedrückten Ansichten einer strengen Prüfung unterzogen werden und von den anwesenden Medienvertretern, die eingeladen sind Fragen zu stellen, zur Rechenschaft gezogen werden.“

Ob dem südostasiatischen Antisemiten hinter verschlossenen Türen kritische Fragen gestellt wurden, werden wir niemals erfahren. Der hohe Gast kann auf jeden Fall zufrieden nach Hause fahren, denn öffentliche Kritik an seinen menschenfeindlichen Positionen blieb

ihm somit bei den Engländern erspart.

Es macht einen Unterschied, ob ein Antisemit Twitter beziehungsweise eine Obstkiste im Park als Plattform für seine Agitation nutzen muss. Oder ob er die Möglichkeit bekommt Institutionen wie die UNO-Vollversammlung, das Zentrum für Islamwissenschaften der Universität von Oxford oder die Denkfabrik „Chatham House“ heimzusuchen, um dort seine boshaften Ansichten zur Normalität zu machen.

Australien vs. Malaysia

Australiens Finanzminister verwahrt sich gegen die Drohungen des malaysischen Präsidenten in Sachen der Botschaftsverlegung nach Jerusalem

Von Israellycool

Der Finanzminister von Australien, Josh Frydenberg, kritisiert den antisemitischen malaysischen Premierminister Mahathir Mohamad, nachdem dieser zuvor dem Down Under-Land wegen einer möglichen Botschaftsverlegung nach Jerusalem gedroht hatte. Bloomberg schreibt dazu:

„Einer der führenden Politiker Australiens kritisierte Mahathir Mohamad scharf dafür, dass dieser es gewagt hatte Australien zu drohen und erinnerte an die vorherigen antisemitischen Kommentare des malaysischen Premierministers.“

Der jüdische Finanzminister Australiens wies die 'Warnung' von Mahathir Mohamad zurück, dass der Umzug der australischen Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem die Terrorgefahr erhöhen könnte. Frydenberg sagte, dass Australien willens und fähig ist eigene Entscheidungen im Sinne des nationalen Interesses zu fällen.

In Melbourne sagte Frydenberg zu Reportern: 'Der malaysische Premierminister nannte Juden hakennasig, er hat an der Zahl der im Holocaust Ermordeten gezweifelt, er verbot die Aufführung des Films 'Schindlers Liste', obwohl in diesem Film die unglaubliche Geschichte eines Gerechten unter den

Völkern gezeigt wird, der viele Menschen vor der Verfolgung retten konnte.'

Nachfragen an das Büro von Mahathir Mohammad in Kuala Lumpur blieben unbeantwortet.

Australiens Vorschlag es den USA gleichzeitig und den Umzug der australischen Botschaft nach Jerusalem zu organisieren, sorgte für Unruhe in den islamischen Staaten. Ein Freihandelsabkommen zwischen Indonesien, dem bevölkerungsreichsten Staat mit islamischer Mehrheitsbevölkerung und Australien, wurde jetzt auf Eis gelegt, wie 'Australian Financial Review' diese Woche berichtet hat.

Der Premierminister Australiens, Scott Morrison, der Mahathir Mohamad während einer regionalen Veranstaltung getroffen hat, verteidigte Frydenberg am Freitag. Der Finanzminister 'habe mehrmals die Lücken in Mahathir Mohamads Lebenslauf gefüllt und dessen bisher unbekanntem Äußerungen zu verschiedenen Themen bekanntgemacht', bemerkte Morrison.

'Australien bestimmt seine Außenpolitik selbst', sagte der Premierminister weiter. 'Ich werde nicht zulassen, dass unsere Vorgehensweise von ausländischen Kräften bestimmt wird.'

Übersetzung aus dem Englischen von Anastasia Iosseliani



Australiens Finanzminister Josh Frydenberg

Die Geisterschiffe der Mullahs

Das iranische Regime lässt seine Öltanker auffällig oft die Ortungs-Signale abschalten, um seine Exporte zu verschleiern.



TRANSPORT MINISTRY OF CHINA, AFP

Von Stefan Frank (Mena-Exklusiv)

Der iranische Öltanker „Sanchi“ und seine 32 Besatzungsmitglieder verbrennen nach der Kollision mit einem Schiff vor China.

„Iranische Geisterschiffe“ würden auf den Weltmeeren fahren, war in den letzten Wochen und Monaten in verschiedenen Publikationen zu lesen. Was hat es damit auf sich? Nicht das, was man denkt: Ein „Geisterschiff“ ist im gewöhnlichen Sprachgebrauch ein Schiff, das ohne Besatzung auf dem Meer treibt. Das ist hier nicht gemeint. Die Rede ist vielmehr davon, dass Schiffe mit aus dem Iran stammender Fracht – in der Regel Öl – ihr AIS-Signal ausschalten, um ihre Position geheim zu halten.

Kennzeichnungssystem

AIS ist die Abkürzung für „Automatic Identification System“ (Automatisches Identifikationssystem). Es bezeichnet ein Funksystem, das durch den Austausch von Navigations- und anderen Schiffsdaten die Sicherheit und die Lenkung des Schiffsverkehrs verbessert. Seit 2004 sind im Seeverkehr alle Berufsschiffe mit einer Bruttoregisterzahl von über 300 in internationaler Fahrt verpflichtet, eine AIS-Anlage zu betreiben. Dadurch, dass die genaue Position jedes Schiffes jederzeit bekannt ist, soll beispielsweise illegaler Fischfang verhindert, aber auch die Kollisionsgefahr auf See vermindert werden. Auf Websites wie marinetraffic.com kann man sehen, welche Schiffe gerade wo auf den Weltmeeren unterwegs sind (die Daten der kostenlos nutzbaren Version sind, anders als die der kostenpflichtigen, nicht unbedingt vollständig und aktuell).

Das „Wall Street Journal“ berichtete schon im Juli 2017, iranische Schiffe würden kurz nach dem Verlassen des Hafens das AIS-Signal ausschalten, und stellte dies in einen Zusammenhang mit den von den Vereinigten Staaten erlassenen Sanktionen gegen das ira-

nische Regime. Am 5. November werden diese verschärft; Unternehmen, die dann noch iranisches Öl kaufen, riskieren Strafen in den USA. Erklärtes Ziel der US-Regierung ist es, die iranischen Ölausfuhren „auf null“ zu bringen.

Verschleierungsmanöver

Das Abschalten des AIS-Signals, so ist zu vermuten, soll verschleiern, in welchen Häfen die iranischen Schiffe ihre Ladung löschen. Ein Journalist des öffentlichen kanadischen Rundfunksenders CBC zeigt dies in einem Beitrag am Beispiel der Reise des Supertankers „Dino I“. Am 4. September 2018 hätten die AIS-Daten gezeigt, dass er am iranischen Ölterminal Charg, einer Insel im Persischen Golf, zwei Millionen Barrel Öl geladen habe. Dann sei das Schiff durch die Meerenge von Hormuz in den Indischen Ozean gefahren. Am 15. September sei das AIS-Signal abgeschaltet worden. Erst zehn Tage später sei das Schiff wieder auf dem Bildschirm aufgetaucht, nun in der Nähe von Kuala Lumpur, Malaysia. Das Signal der „Dino I“ sei an geblieben, als sie am 27. September in Singapur einfuhr. Dann sei es für eine Woche verschwunden und am 5. Oktober vor der Küste Taiwans wieder aufgetaucht. „Dino I“ verstummte für ein paar weitere Tage, ehe sie sich vor der Küste Südkoreas zurückmeldete und ihre Ladung am 13. Oktober im chinesischen Hafen Dalian löschte.“

Manipulationsversuch

Der Bericht könnte vermuten lassen, dass es sich um eine Fehlfunktion des Senders handelt, zumal das Signal ja bei der Einfahrt in zwei Häfen eingeschaltet war. Doch Berichte über viele derartige Fälle bestätigen, dass es sich um Absicht handelt.

So sieht es auch Samir Madani, der die Website tankertrackers betreibt, die Nutzern gegen Zahlung einer Gebühr Informationen über die Aktivitäten von Öltankern liefert.

Der Iran, so sagt er, sei früher ein Land gewesen, dessen tägliche Öltankerbewegungen er „innerhalb von Minuten“ habe verfolgen können. „Wegen der Schiffe, die ihre AIS-Sender ausschalten, um ihre Fahrten zu verschleiern, nimmt es nun den größten Teil des Tages in Anspruch.“ Noch im Sommer seien es nicht mehr als zwei Schiffe pro Tag gewesen, die ihr Auslaufen aus dem Iran oder ihre Ankunft etwa in Syrien hätten verschleiern wollen. Seit Oktober indessen seien nur noch wenige Abfahrten öffentlich sichtbar, die meisten hingegen nicht. „Als Exporteur verheimlichen sie nun – zumindest im Verhältnis – ebenso viele auslaufende Schiffe, wie Israel die Ankunft von Schiffen aus Ländern wie Russland, Angola, dem Kongo, Nigeria, Aserbaidschan oder den Kurdenregionen im Nordirak via Türkei verheimlicht.“

Gefühlte Verknappung hält den Preis stabil

Nun ist AIS nicht die einzige Methode, um Schiffe zu orten; auch mithilfe von Satellitenbildern lässt sich sehen, wo sich ein Supertanker gerade befindet, es ist nur etwas aufwendiger. China, Indien, die EU und die Türkei waren Madanis Recherchen zufolge im September die größten Empfänger iranischen Öls. Seine Informationen sind so genau, dass er sogar die Menge des Öls auf das Barrel genau beziffert. Was soll das Versteckspiel dann überhaupt? Barani hat eine Hypothese: „Uns ist aufgefallen, dass diese Aktivitäten zugenommen haben, als der Preis des Brentöls

[Europas wichtigste Ölsorte], über 80 Dollar stieg. Der Iran profitiert davon, wenn die Welt glaubt, er würde weniger exportieren, als er es wirklich tut. Der Preis steigt aufgrund der Angst, dass weniger Barrel auf dem Markt sind, während die Ausfuhren in Wahrheit konstant bleiben.“

Sollte das das Ziel gewesen sein – immerhin klingt es plausibel –, dann ist die Taktik nur anfänglich aufgegangen: Zwar stieg der Ölpreis an den Weltmärkten von Mitte August bis Anfang Oktober um 20 Prozent; seither aber ist er deutlich gefallen und hat, wenige Tage vor Inkrafttreten der neuen Sanktionen, den Jahrestiefstand von August fast wieder erreicht.

Die Kollision der „Sanchi“

Eine Folge hat das Ausschalten des AIS auf jeden Fall: Es macht den Schiffsverkehr unsicherer. Bei früheren Schiffskollisionen hat sich nämlich gezeigt, dass es in Zeiten von AIS Kapitäne gibt, die auf einen Ausguck oder permanentes Beobachten des Radars verzichten, und sich stattdessen allein auf das AIS verlassen. Fährt ein Schiff ohne AIS, ist es für solche Kapitäne unsichtbar. Ein ausgeschaltetes AIS könnte möglicherweise mitverantwortlich für die verheerende Schiffskatastrophe gewesen sein, die sich am 6. Januar im Ostchinesischen Meer ereignete. Die „Sanchi“, ein unter panamaischer Flagge fahrender Tanker der staatlichen iranischen Ölgesellschaft NIOC, war nach einer Kollision mit dem chinesischen Massengutfrachter CF Crystal vor der Küste Chinas in Brand geraten und sank acht Tage später. Alle 32 Seeleute an Bord der „Sanchi“ kamen ums Leben. Recherchen des „Wall Street Journal“ ergaben, dass das AIS Stunden vorher abgeschaltet worden war.

USA: Pro-jüdische Privatinitiative eines Ex-Moslem

Ein iranischer Asylbewerber sammelt eine Million US-Dollar für die Pittsburgher Synagoge

Von Josefin Dolsten
(www.audiatour-online.ch)

Khashayar „Shay“ Khatiri beansprucht ungerne die ganze Ehre für das von ihm gesammelte Geld für die Synagoge in Pittsburgh, in der letzten Monat eine Schießerei stattfand, für sich.

„Es ist nicht meine Spendenaktion“, sagte der 29-jährige Khatiri am Donnerstag in einem Telefoninterview mit der „Jewish Telegraphic Agency“ (JTA). „Ich habe zwar die Spendenaktion gestartet, aber sie gehört jedem, der gespendet hat.“

Der in Washington D.C. lebende gebürtige Iraner machte landesweit Schlagzeilen, weil er nach dem Attentat, bei dem ein bewaffneter Schütze elf Menschen in der Tree-of-Life-Gemeinde tötete, mehr als eine Million US-Dollar Spenden sammelte.

Khatiri, der kein Jude ist, sagt, er habe kurz nachdem er von dem Attentat erfahren hatte, den Wunsch zu Handeln verspürt. Der Hochschulabsolvent hielt sich am Morgen des tödlichen Attentats in der Wohnung einer jüdischen Freundin auf.

„Als ich aufwachte, erzählte sie mir von dem Anschlag, der mich zutiefst erschütterte“, erinnerte sich Khatiri, der aufgrund seiner politischen Aktivitäten gegen die iranische Regierung Asyl in den Vereinigten Staaten beantragt hat.

Der an der „Johns Hopkins School of Advanced International Studies“ studierende Khatiri sagte seiner Freundin gleich, er wolle direkt an die Synagoge spenden.

„Ich sagte ihr, dass ich etwas Geld, einen kleinen Betrag, an die Gemeinde spenden wollte. Aber dann überlegte ich, dass es vielleicht viral gehen und wirklich etwas Großes bewirken könnte“, berichtete er.

Also erstellte er über die GoFundMe-Website eine Website und sehr schnell strömten die Spenden nur so herein. Khatiri hatte die Seite zuvor zweimal benutzt, um kleinere Geldbeträge zur Deckung seiner Lebenshaltungskosten während einer Praktikumsphase zu sammeln, aber mit dem Spendensammeln im großen Stil hatte er kaum Erfahrung.

„Ich hätte nie gedacht, dass eine Million Dollar dabei zusammenkäme“, erzählte er. „Das war definitiv eine große Überraschung und es ist großartig, dass die Leute noch immer weiter spenden.“

Am letzten Freitagnachmittag belief



Gedenkstätte für die jüdischen Opfer von Pittsburgh

sich der insgesamt zusammengekommene Betrag auf über 1,1 Millionen US-Dollar.

Khatiri ist jedoch nicht der Einzige, der nach der Schießerei in der Synagoge Geld sammelt. Bei einer Sammelaktion muslimischer Organisationen kamen über 200.000 US-Dollar zusammen und auch die „Jewish Federation of Greater Pittsburgh“ rief einen Fonds für die Opfer ins Leben.

Das von Khatiri aufgebrachte Geld wird über GoFundMe direkt an die Tree-of-Life-Synagoge geleitet. Er sagt, er habe keinen weiteren Kontakt zu der Synagoge gehabt als ein kurzes Telefongespräch mit dem Vorsteher.

Früher halfen Juden ihm – nun hilft er den Juden

Auf die Frage, was ihn zu der Sammelaktion für die Synagoge veranlasst habe, antwortet Khatiri, das seien seine Erfahrungen mit jüdischen Freunden und Mentoren gewesen, die ihm über finanzielle Schwierigkeiten hinweggeholfen hatten.

Er erklärte: „Ich war immer auf der Empfängerseite jüdischer Freundlichkeit und Großzügigkeit und ich fühle mich den Juden gegenüber verpflichtet.“

Die Tatsache, dass der Schütze gezielt eine Synagoge ins Visier genommen hatte,

erschütterte ihn zutiefst.

„Es war nicht einfach irgendein verrückter Typ, der zufällig in eine Menschenmenge schießt“, stellte Khatiri fest. „Es ging gezielt gegen die Juden, die in der Geschichte das am meisten verfolgte Volk der Welt sind, und das machte das Ganze noch grausamer.“

Der in der nordiranischen Stadt Gorgan aufgewachsene Khatiri wurde von seiner Familie atheistisch erzogen, bezeichnet sich jedoch heute selbst als Deisten und hatte früher kaum Kontakt zu Juden.

Dies änderte sich jedoch, als er sein Heimatland verließ. 2011 zog Khatiri nach Ungarn, wo er enge Kontakte zu dort lebenden Israelis knüpfte. Drei Jahre später zog er in die Vereinigten Staaten, um dort an der Arizona State University ein Bachelorstudium zu absolvieren. Sowohl in seiner Studienzeit als auch später in der Graduiertenschule waren viele seiner Freunde und Mentoren Juden, berichtet er.

Schon bevor er in Kontakt mit Juden kam, war Khatiri ein Bewunderer Israels.

Er erklärte: „Als einzige liberale Demokratie im Nahen Osten hat mir Israel immer gefallen. Das ist sehr beeindruckend. Ich bewundere es als Demokratie – etwas, das mir für den größten Teil meines Lebens im Iran verwehrt blieb.“

An der Arizona State University war Khatiri Rechtskoordinator der Universität für das „American Israel Public Affairs Committee“.

2009 war Khatiri an den Protesten der Grünen Bewegung im Iran beteiligt und 2016 Unterzeichner eines offenen Briefes an Präsident Donald Trump, in dem dieser zu Sanktionen gegen den Iran aufgefordert wurde. Letztere Aktion habe ihn auf die Schwarze Liste der iranischen Regierung gebracht, berichtet Khatiri, der hofft, auch nach Beendigung seines Master-Studiums weiterhin in den Vereinigten Staaten leben und arbeiten zu können.

„Ich möchte diesem Land, das mir alle Möglichkeiten gegeben hat, glücklich zu sein, dienen“, erklärte er. „In welcher Form auch immer ich ihm dienen kann, ich werde es tun – sei es innerhalb oder außerhalb des Regierungssektors.“

Khatiri sagt, er sei glücklich, dass so viele Menschen sich vereinten, um der Tree-of-Life-Synagoge Hilfe zu leisten.

Und weiter: „Es war großartig zu sehen, dass die Menschen wirklich Anteil nahmen und es ihnen eine Herzensangelegenheit war, den Überlebenden zu helfen.“

Auf Englisch zuerst erschienen bei „The Times of Israel“. Übersetzung www.audiatour-online.ch.

TuS REISEBÜRO
IHR SPEZIALIST FÜR ISRAELREISEN

Ihr zuverlässiger Partner für organisierte Reisen

Flüge weltweit | Reiseberatung und Planung | Visum in GUS-Länder | Reisen auf Kredit

Das Heilige Land

GRUPPENREISEN NACH ISRAEL
Ganzjährig möglich

AB 878€ pro Person HP/ DZ/ 1Woche
HOTEL, TRANSFERS, AUSFLÜGE

Buchen Sie über unser Reisebüro

Flüge nach Israel mit:
EL AL, ISRAIR, EasyJet, UP **AB 99€**

HOTELS:

TEL AVIV

Armon Hayarkon 3* 461€ | 7T | ÜF

JERUSALEM

Prima Park 3* 392€ | 7T | ÜF

NETANYA

Galil 3* 337€ | 7T | ÜF

NEU EXCLUSIVE TOURS TuS Reisebüro

● Sri-Lanka ab 724€ (10T, HP) (Hotels, Transfers, Ausflüge)

● VIETNAM ab 1920€ (15 Tage)

● MADEIRA ab 699€ (7 Tage)

● GEORGIEN ab 650€ (7 Tage)

● ASERBAIDCHAN ab 850€ (7 Tage)

● ST. PETERSBURG ab 450€ (4/5 Tage)

KUR URLAUB (Sanatorium)

Baltyk 3* (Kolberg) ab 258 p.P | 15 Kur. | 6T | VP

Jaunkemeri (Lettland) ab 252 p.P | 20 Kur. | 6T | VP

Belvedere 4* (Karlsbad) ab 255 p.P | 15 Kur. | 6T | HP

Kur am Toten Meer:

Kibbutz Ein Gedi + SPA Paket

DZ | HP p.P. ab 850€ p.P.

Hotel Lot 3* | DZ | HP p.P. ab 650€

Pauschalreisen Weltweit

Spanien ab 370€

Italien ab 470€

Zypern ab 360€

Emirates ab 880€

Kuba ab 970€

Griechenland ab 480€

Türkei ab 385€

Kanaren ab 525€

Thailand ab 760€

Bali ab 990€

Der verkannte Imperialismus nicht-westlicher Staaten

Der Iran hat eine lange Tradition der Landnahme und des Sklavenhandels – doch auch sein aktueller Imperialismus wird durch westliche Akteure relativiert

Von Anastasia Iosseliani

Am 5. April 2018 publizierte der Politikwissenschaftler Hillel Frisch, Professor an der Bar-Ilan-Universität und leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am Begin-Sadat-Zentrum für strategische Studien, einen Artikel in der amerikanischen-jüdischen Wochenzeitung „Algemeiner“, der dem Imperialismus der Islamischen Republik Iran gewidmet war.

1 Dieser Beitrag ist deshalb bemerkenswert, weil er etwas benennt, das für sogenannte „Antiimperialisten“ im Westen ein wunder Punkt ist: Für sie, die einem politisch unterkomplexen und moralisch schäbigen Weltbild anhängen, fällt sogenannter „Imperialismus“ nämlich einzig Politikern, Regierungen und Organisationen westlich des Dnjepr und nördlich des Mittelmeers zu. Ist hingegen die territoriale Souveränität von Staaten wie Georgien und der Ukraine bedroht, wird dies totgeschwiegen.

Dies gilt auch für die „Islamische Republik“, die eigentlich nur auf dem Papier eine Republik ist: Das imperialistische Handeln der Teheraner Mullahs, die mit ihren Revolutionsgarden und ihren überregional agierenden Proxys für Unheil sorgen, und eine eminente Bedrohung für den Juden unter den Staaten darstellen, wird von „Anti-Imperialisten“ ignoriert, relativiert und manchmal sogar mit Applaus bedacht. Dabei ist es historisch nicht überraschend, dass sich dieses Regime durch imperialistische Züge auszeichnet. Iran ist der Nachfolger der Perserreiche, von Imperien also, welche auch auf kaukasischer Sklavenarbeit gedeihen konnten. Als Beispiel sei hier die Politik der Schahs in Georgien genannt, welche auf zwei Säulen fußte: erstens Massaker, um den Gedanken an Rebellion im Keim zu ersticken, zweitens Deportation der Zivilbevölkerung ins iranische Kernland – etwa nach Mazandaran, für den lokalen Reisanbau, oder nach Isfahan, um den dortigen Prunk zu errichten.

Georgische Sklaven in iranischen Haushalten

2 Dem italienischen Abenteurer Pietro della Valle zufolge gab es während der dynastischen Herrschaft der Safawiden vom 16. bis zum 18. Jahrhundert keinen iranischen Haushalt ohne georgische Sklaven: Das Perserreich hatte also bereits zu einem Zeitpunkt kaukasische Bevölkerungsgruppen – unter ihnen Abertausende Georgier – unterworfen und schwunghaften Menschenhandel betrieben als die Niederländische Westindien-Kompanie noch nicht mal existierte.

3 Aus diesen und anderen historischen Gründen ist der Iran anfällig für imperialistische Bestrebungen. Seit der Islamischen Revolution wird der Iran von schiitischen Klerikern regiert, die bisweilen sogar die Rechtfertigungspolitik von Putins Russland zu überbieten vermögen: Denn im Gegensatz zu Letzterem, der immerhin behaupten kann, die russischen Militärstützpunkte in den syrischen Städten Tartus und Latakia zu „schützen“, stilisiert die



Der Ausdehnung des Persischen Reiches im Jahre 621 n.d.Z.

Propagandamaschinerie der „Islamischen Republik“ die dortige iranische Präsenz – die primär aus Revolutionsgarden, den paramilitärischen Basiji und zwangsverpflichteten schiitischen Flüchtlingen aus Afghanistan und Pakistan besteht – zu Hütern von Schreinen schiitischer Heiliger und Märtyrer.

Schutzmacht aller Schiiten

Den eigenen imperialistisch-irredentistischen Zügen wird so ein religiöser Anstrich und damit Legitimität verliehen. Es ist deshalb vollkommen irrelevant, ob der Außenminister des iranischen Regimes, Mohammed Javad Zarif, Anfang 2018 an der Münchner

kenntlichkeit schöngeredet, um das eigene Weltbild nicht zu gefährden, das immer und immer wieder den Westen als historischen Buhmann zeichnen muss. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass Staaten wie der Iran eine koloniale Vergangenheit haben. (Dieses historische Detail interessiert die „Postcolonial Studies“, die seit den 1990er Jahren an westlichen Hochschulen gelehrt werden und die Folgen kolonialer Herrschaft zum Thema haben, übrigens ebenfalls nicht). Anklang findet der Vorbehalt aber auch in manchen exil-iranischen Kreisen, die bis heute im Mossadegh-Märtyrerkult schwelgen und der Meinung sind, dass

Iraner erweisen den Iranern im Iran einen Bärendienst.

Am Ende ist immer der Westen schuld

Historische Ignoranz, zeitgemäße Relativierungen und autoritäre Sehnsüchte sind die wesentlichen Merkmale der westlichen Antiimperialisten. Während sie in jedem noch so kleinen Akt eines europäischen oder nordamerikanischen Politikers das Fortleben von Kolonialismus und Imperialismus wittern, schieben sie solche Tendenzen bei Staaten wie dem Iran beiseite, biedern sich unmenschlichen Regimen wie der „Islamischen Republik“ an und sehen in ihrer maßlosen Selbstgerechtigkeit noch etwas Gutes.

Der Rassismus der niedrigen Erwartungen

Der britische Autor und Ex-Islamist Maajid Nawaz, auf den die treffende Bezeichnung der „regressiven Linke“ zurückgeht, nennt ein solches Schönreden von Handlungen, die Menschen aus dem islamischen „Kulturkreis“ zufallen, einen „racism of low expectations“.

Trotz solcher Kritik und unumstößlichen Fakten wie z.B. der Tatsache, dass das iranische Regime ethnische und religiöse Minderheiten in der „Republik“ bestenfalls als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse behandelt, biedern sich „Antiimperialisten“ der Diktatur weiterhin an. Auch dass der weiblichen Bevölkerung das Kopftuch in der Öffentlichkeit aufgezwungen wird und die Fatwas gegen Salman Rushdie noch

„Nach den Gesprächen, die wir geführt haben, wird Rohani vor Ort als moderat eingeschätzt. Die dennoch hohen Hinrichtungszahlen wurden uns so erklärt, dass er aufgrund seiner moderaten Politik innenpolitische Härte zeigen muss, um auch die Konservativen hinter sich zu bekommen.“

Sicherheitskonferenz einem westlichen Publikum versicherte, dass es die „Republik“ nicht anstrebe, Alleinherrscher der Region zu werden: Die Politik des Regimes spricht eine andere Sprache.

Dies wird nun von Antiimperialisten entweder ignoriert oder bis zur Un-

der Iran aufgrund der vom Westen orchestrierten „Operation Ajax“, mit welcher der damalige iranische Premierminister 1953 gestürzt worden war, und nicht etwa wegen der Islamischen Revolution ein religiöses Regime ist, das Terrorismus exportiert. Diese Exil-

immer in Kraft ist, ändert daran nichts. Dies und vieles mehr zeigt, dass analog dazu, wie die „Islamische Republik“ nur auf dem Papier eine Republik ist, „Antiimperialisten“ nur in der Theorie gegen Imperialismus sind. Faktisch handelt es sich um politische Existenzen, die von der Freiheit in liberalen Demokratien überfordert sind. Weil diese regressiven Linken höchstwahrscheinlich nie Opfer der imperialistischen Politik solch autoritärer Staatsformen werden, für die sie sich begeistern, so schweigen sie auch jetzt, während die Rechtsnachfolger gescheiterter Imperien – Erdogans Türkei, Russland und die „Republik“ der Mullahs – nach Feudalherrenmanier Syrien so parzellieren, wie ihre Vorfahren einst den Kaukasus unter sich aufgeteilt haben. Somit opfern die Antiimperialisten die Zivilbevölkerung Syriens und des Irans ihrem Weltbild, den Bauern beim Schachspiel nicht unähnlich.

„Links“ und Pro-Mullah-Regime?

Marx sagte einst, dass die Geschichte sich wiederholen würde: zuerst als Tragödie und dann als Farce. Jeden, der sich als irgendwie „links“ versteht, sollte es beschämen, wenn Antiimperialisten sich einem antisemitischen, irredentistischen und imperialistischen Regime wie der sogenannten Islamischen Republik andienen und anbieten. Für jedes Individuum mit funktionierendem Gewissen – ganz gleich welcher politischen Haltung – sollte es abstoßend sein, wenn eine Gruppe von Leuten Agitation für eine solche Diktatur macht. Aber da der Kulturrelativismus – wesentlich akademisch vermittelt durch „Gender Studies“, „Queer Theory“, „Postcolonial Studies“ usw. – mittlerweile zum argumentativen Standard der Mainstream-Linken zählt, gibt es kaum oder keinerlei Einwände.

Stattdessen hört man gebannt Mohammed Javad Zarif zu, als wäre er die Reinkarnation subalternen Vernunft, verhüllt in Rom in vorausseilendem Gehorsam Renaissance-Statuen für Hassan Rohani, das freundliche Gesicht der Teheraner Diktatur, und hofiert an den Universitäten antiwestliche Apologetinnen wie Judith Butler. Diese macht aus ihrer „antiimperialistischen“ Gesinnung seit Langem keinen Hehl mehr. In ihrem Buch „Gefährdetes Leben“ behauptet sie beispielsweise, dass es für Akademikerinnen ihres Schlages „wichtiger denn je“ sei, nicht etwa Frauenrechte global zu stärken, gerade weil die weibliche Hälfte der Menschheit in vielen Ländern von religiösen Kräften entmündigt wird, sondern dass es vielmehr darauf ankäme, den Feminismus „von der Überheblichkeit der Ersten Welt zu lösen und die Ressourcen feministischer Theorie und feministischen Aktivismus zu nutzen, um zu überdenken, welche Bedeutung die Bindung, das emotionale Band, das Bündnis und die Beziehung haben, wenn sie im Horizont eines antiimperialistischen Egalitarismus gedacht und gelebt werden.“

Weltfremde Akademikerinnen verdimmen den Nachwuchs

Sabine Hark hat diesen Gedanken bei zahlreichen Gelegenheiten wiederholt und zum politischen Ethos erhoben, an dem sich die deutschsprachigen „Gender Studies“ orientieren sollen. Die linken Nachkommen handeln bereits in diesem Geiste: Eine Delegation der Grünen Jugend reiste 2016 nach Teheran, um sich selbst ein Bild von der „Republik“ zu machen, wobei sich die weiblichen Gruppenangehörigen kritiklos

verschleierten und die queer-feministische Politikerin Theresa Kalmer den Besuch folgendermaßen rechtfertigte: „Nach den Gesprächen, die wir geführt haben, wird Rohani vor Ort als moderat eingeschätzt. Die dennoch hohen Hinrichtungszahlen wurden uns so erklärt, dass er aufgrund seiner moderaten Politik innenpolitische Härte zeigen muss, um auch die Konservativen hinter sich zu bekommen.“

Dank solch unglaublicher Naivität, der Feindschaft gegenüber Israel und besagtem Rassismus der niedrigen Erwartungen, der dem Kulturrelativismus unmittelbar entspringt, stärkt die regressive Linke autoritäre Regime weltweit. Weil sie mit der eigenen Freiheit nichts anzufangen weiß, und sich ihren antisemitischen Ressentiments nicht

stellen will, gönnt sie niemand anderem – und ganz besonders niemandem aus dem sogenannten „globalen Süden“, dem angeblichen „Kulturkreis“ des Islam – diejenigen Rechte, die sie ganz selbstverständlich für sich beansprucht.

Was für Frauen in Berlin gilt, gilt für Frauen in Teheran noch lange nicht

„Es gibt keine größere Plage für Menschenrechte als Relativismus“, hat die jüdische iranisch-amerikanische Autorin Roya Hakakian im „Tagesspiegel“ richtig bemerkt. Für Individuen, für die Freiheit nicht nur ein abstrakter Begriff ist, gibt es demzufolge keinen Grund, „Antiimperialismus“ – gleich welcher Form und Schule – zu unterstützen. Nicht nur, weil man so die letzten Reste

der eigenen Vernunft preisgibt: Man opfert auch die „Minderheit innerhalb der Minderheit“, konkret LGBTI-Muslime, Bahai im Iran, Ex-Muslime und andere, und unterstützt am Ende eben doch imperialistische Regungen. Für Personen mit intaktem politischem Gewissen wiederum bedeutet dies, dass sie sich jedem Kulturrelativismus und autoritären Bedürfnissen wie etwa besagtem „antiimperialistischen Egalitarismus“ entgegenstellen müssen. Menschen- und Bürgerrechte wie Presse-, Meinungs- und negative Religionsfreiheit sind auch in Staaten mit islamischer Mehrheitsbevölkerung einzuhalten. Sie dürfen nicht auf dem westlichen Altar der Indifferenz geopfert werden. Alles andere ist Verrat an der Aufklärung und der Würde der Menschheit als solcher.



GREGORY'S

JOAILLIER

Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

Umarbeiten

Geliebter alter Schmuck hat oft einen starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack. Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnutzung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.

Unikate

Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregory Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier

Reparaturen und Reinigung

Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere hauseigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvorschlag.

Kurfürstendamm 50A 10707 Berlin

Tel.030 88917555
contact@gregorysjoaillier.com
www.gregorysjoaillier.com

Die widersprüchliche Logik des globalen Migrationspaktes

Bei wachsendem Widerstand in allen Aufnahmeländern erfreut sich die neue Vereinbarung besonderer Beliebtheit bei Diktaturen und den Herkunftsländern der Migranten

Von Ansgar Neuhof

Im Dezember 2018 soll in Marokko der „Global compact for migration“, der UN-Migrationspakt, unterzeichnet werden. Man kann – und sollte durchaus – die 31 Seiten dieses Vertrages lesen und sich weitergehend darüber informieren. Man muss das aber nicht unbedingt. Es geht auch leichter und kürzer, und man weiß dann dennoch um das Wesen dieses Paktes, siehe nachfolgend:

1. UN-Migrationspakt ist, wenn...

Deutschland unter „guten Freunden“ ist und auf der „richtigen“ Seite steht.

Falsche Seite: Die Populisten (Staaten, die den Migrationspakt nicht unterzeichnen wollen oder dies erwägen). Zum Beispiel: USA, Australien, Israel, Österreich, Schweiz, Ungarn, Polen, Kroatien, Dänemark.

Richtige Seite. Die Tadellosen (Staaten, die den Migrationspakt unterzeichnen wollen). Zum Beispiel: Deutschland, Nordkorea, Saudi-Arabien, Simbabwe, Sudan, Türkei, Venezuela, Syrien, Iran.

2. UN-Migrationspakt ist, wenn...

die deutsche Bundesregierung erklärt, der Pakt sei nichtverpflichtend, und in dem Pakt auf 31 Seiten 45 mal steht „wir verpflichten uns“ und 23 mal „um diese Verpflichtung zu verwirklichen, werden wir ...“.

3. UN-Migrationspakt ist, wenn ...

sich die potenziellen Vertragsschließenden schon vor Vertragsunterzeichnung nicht vertragen und aus dem Vertragstext sowohl die eine Interpretation (möglicher Verlust von staatlicher Souveränität, Zunahme von Migration) als auch das Gegenteil herausgelesen wird.

4. UN-Migrationspakt ist, wenn ...

die Bundesregierung erklärt, Zugeständnisse bei den Verhandlungen gemacht zu haben, und der Öffentlichkeit gegenüber den Inhalt dieser Zugeständnisse verschweigt.

5. UN-Migrationspakt ist, wenn...

Deutschland laut CSU-Landesgruppenchef Dobrindt bereits alle im Pakt aufgeführten Vorschläge erfüllt habe, die Grünen aber dennoch die Bundesregierung auffordern, den Pakt sofort umzusetzen und dabei eine führende Rolle einzunehmen.

6. UN-Migrationspakt ist, wenn...

57 Staaten der Organisation für islamische Zusammenarbeit unterschreiben und darin 7 mal die Bekämpfung von Rassismus angemahnt wird und 0 mal die von Antisemitismus.

7. UN-Migrationspakt ist, wenn...

es laut CSU-Landesgruppenchef Dobrindt in Deutschland keine Verschärfung der Gesetzgebung geben werde und die Gesetze bereits verschärft sind, und Deutschland schon alle im Pakt aufgeführten Vorschläge erfüllt habe.

8. UN-Migrationspakt ist, wenn...

laut CDU/CSU-Bundestagsfraktion „die Vorteile die Nachteile überwie-



Israel sagt „Nein“, Nordkorea sagt „Ja“ zum UN-Migrationspakt.

gen“ und laut CDU-Generalsekretärin Kramp-Karrenbauer der Pakt für Deutschland „eher positiv als negativ“ sei, die Bundesregierung aber bisher über keinerlei negative Aspekte und Nachteile informiert hat und es solche mangels rechtlicher Verpflichtungen auch nicht geben dürfte.

9. UN-Migrationspakt ist, wenn...

eine Bundestagsabgeordnete beim Auswärtigen Amt nach Unterlagen zum Pakt fragt und von dort mit der Gegenfrage konfrontiert wird, „wofür sie das überhaupt brauche“.

10. UN-Migrationspakt ist, wenn...

Israel erwägt, den Pakt nicht zu unterschreiben, und die Grünen-Abgeordnete Polat im Deutschen Bundestag Bürgerpetitionen gegen die Unterzeichnung des Paktes als zutiefst antisemitisch bezeichnet.

11. UN-Migrationspakt ist, wenn...

die Chefredakteure von ARD-aktuell, Kai Gniffke, und vom ZDF, Peter Frey, am 25. Oktober 2018 bei einer Diskussion im früheren „Tal der Ahnungslosen“ gefragt werden, warum bisher keine Berichte über die im Dezember anstehende Unterzeichnung des UN-Migrationspaktes gelaufen seien, und sie sich hinsichtlich des Paktes als ahnungslos erweisen.

12. UN-Migrationspakt ist, wenn...

darin (in Ziel 17) eine „offene und freie Debatte“ über Migration eingefordert wird und der Bundestag wegen angeblicher „Belastung des interkulturellen

Dialogs“ Petitionen zensiert, die eine Abstimmung des Bundestages über den Pakt fordern.

13. UN-Migrationspakt ist, wenn...

die deutsche Bundeskanzlerin gefragt wird, warum Deutschland den Vertrag unterschreiben soll, und sie mit der denkbar lächerlichsten Begründung antwortet: „Er ist rechtlich nicht bindend und deshalb (!) steht Deutschland dazu.“

14. UN-Migrationspakt ist, wenn...

darin eine positive Berichterstattung über Migration gefordert wird, und die Bundesregierung schon vor Unterzeichnung die Berichterstattung in die richtige Richtung lenken und mit aller Entschiedenheit eine angebliche Stimmungsmache gegen den Pakt bekämpfen will.

15. UN-Migrationspakt ist, wenn...

vielerseits die mangelnde Information der Öffentlichkeit durch die Regierung kritisiert wird, und das Auswärtige Amt dieser Kritik mit dem Hinweis begegnet, es habe während der einzelnen Verhandlungsrunden zum Teil mehrere Tweets (!) veröffentlicht und nach Abschluss der Verhandlungen eine Pressemitteilung im Umfang von 11 (!) Sätzen allgemeiner Art herausgegeben und Außenminister Maas habe außerdem auf den Pakt in seiner Eröffnungsrede auf dem „Bali Democracy Forum“ in Berlin am 14. September besonders hervorgehoben.

16. UN-Migrationspakt ist, wenn...

es erklärtes Ziel ist, die Migration zu

erleichtern, und laut dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (und designiertem Richter am Bundesverfassungsgericht) Harbarth nicht derjenige für mehr Migration nach Europa sorgt, der diese Erleichterung befürwortet, sondern wer das ablehnt.

17. UN-Migrationspakt ist, wenn...

der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Harbarth die Erwartung ausdrückt, andere Staaten (zum Beispiel afrikanische) würden ihre Sozialstandards anheben, um den Migrationsdruck von Deutschland zu nehmen, und er dafür im Bundestag nicht von allen ausgelacht wird.

18. UN-Migrationspakt ist, wenn...

es neben dem Migrationspakt auch noch ein UN-Flüchtlingspakt (Global compact on refugees) verabschiedet wird, und der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Harbarth auf eine Frage zum MIGRATIONS-Pakt von den Verhältnissen in einem Flüchtlings-Lager in Jordanien erzählt.

19. UN-Migrationspakt ist, wenn...

etwa 180 Staaten unterschreiben, und nur Deutschland den Pakt umsetzt.

20. Zusammenfassung: UN-Migrationspakt ist, wenn...

wenn der Irrsinn Methode hat und der Bürger von vorne bis hinten veralbert wird.

Brasilien verlegt die Botschaft nach Jerusalem

Der neue Präsident des südamerikanischen Riesenstaates, Jair Bolsonaro, ist ein Freund Israels und des jüdischen Volkes

Von Herb Keinon (Jerusalem Post)

Brasilien hat sich entschieden seine Botschaft nach Jerusalem zu verlegen, wie der neugewählte Präsident Bolsonaro auf seiner Facebook-Seite bekanntgab. Somit verschwendet er keine Zeit, um seine Wahlversprechen in die Tat umzusetzen.

„Wie im Vorfeld während unserer Wahlkampagne versprochen, haben wir uns entschieden, die brasilianische Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen. Israel ist ein souveräner Staat und wir haben die Pflicht, dies zu respektieren“, schrieb er.

Bolsonaro ist ein populistischer, ultra-konservativer, evangelikaler Christ, dessen Wahlsieg einen bedeutenden politischen Ruck für Brasilien darstellt, das seit 15 Jahren von der Linksaußen-„Arbeiterpartei“ regiert wurde. Auch bringt der Sieg eine wesentliche Verschiebung der Beziehungen des Landes zum Staate Israel mit sich.

In einem Interview mit „Israel Hayom“ wiederholte Bolsonaro sein Versprechen, die Botschaft zu verlegen.

„Israel ist ein souveräner Staat. Wenn er sich für eine Hauptstadt entscheidet, dann werden wir dieser Entscheidung folgeleisten. Als ich während meiner Kampagne gefragt wurde, ob ich es tun würde [die Botschaft verlegen], sollte ich zum Präsidenten gewählt werden, habe ich ja gesagt und bestätigt, dass es an Israel ist, seine Hauptstadt auszuwählen und nicht an einem anderen Land.“



Jair Bolsonaro

Er fügte hinzu, dass er die „palästinensische“ Botschaft in Brasilia schließen würde. Als er diesbezüglich befragt wurde, erklärte er:

„Die palästinensische Botschaft wurde zu nah am Präsidentschaftspalast gebaut, wir haben uns also vorgenommen, sie zu verlegen. Es gibt da meines Erachtens keinen Weg drumherum. Außerdem muss Palästina erst einmal ein Staat

sein, bevor sie ein Anrecht auf eine Botschaft haben.“

Brasilien und die UNO

Bolsonaro weiter: „Israel kann von nun an auf unsere Stimme bei den Vereinten Nationen zählen. Ich weiß, dass die Stimme manches Mal nur symbolischen Wert hat, aber es hilft die Stellung zu definieren, die das jeweilige Land einnehmen möchte. Si-

cher ist, dass Israel sich auf Brasiliens Votum bei der UNO verlassen kann, wenn es um Fragen geht, die Israel betreffen.“

In der Vergangenheit war Brasilien unter den Ländern, die in internationalen Foren fast immer gegen Israel gestimmt haben.

Premierminister Benjamin Netanjahu rief Bolsonaro kurz nach seinem Wahlsieg an, um ihm zu gratulieren und betonte seine Absicht, an Bolsonaros Amtseinführung am 1. Januar 2019 teilzunehmen.

Wenn Brasilien seine Botschaft nun wirklich verlegen wird, dann gesellt sich das Land zu den Vereinigten Staaten und Guatemala, die diesen Schritt ebenfalls getan haben. Paraguay hat seine Botschaft auch verlegt, aber sich dann wieder umentschieden, als ein neuer Präsident gewählt wurde, und ist nun wieder diplomatisch in Tel Aviv vertreten.

Der Knesset-Sprecher Juli Edelstein veröffentlichte sofort eine Stellungnahme und erklärte, dass Bolsonaro „ein großer Freund des jüdischen Volkes und des Staates Israels ist. Danke vielmals Brasilien!“

„Ich gratulieren meinem Freund, dem Präsidenten von Brasilien, Jair Bolsonaro, für seinen Entschluss die brasilianische Botschaft nach Jerusalem zu verlegen“, kommentierte Netanjahu in einer Stellungnahme während seines Bulgarienbesuchs, „es ist ein historischer, gerechter und bewegender Schritt.“

Übersetzung aus dem Englischen von Jan Bentz

Sympathiebeweise für die Verteidigungsarmee des jüdischen Staates Israel

Die „Friends of the Israel Defense Forces“ sammeln bei einer Spendengala mit viel Hollywood-Prominenz die Rekordsumme von 60 Millionen Euro für die Zahal

Von Stefan Frank

Die Rekordsumme von 60 Millionen US-Dollar hat der westliche Zweig der amerikanischen Organisation „Friends of the Israel Defense Forces“ (FIDF) bei seiner diesjährigen Spendengala gesammelt, die am 1. November im Hotel Beverly Hilton in Los Angeles stattfand. Damit wurde das Spendenvolumen des letzten Jahres um 6,2 Millionen Dollar übertroffen!

In seiner Eröffnungsrede pries der israelisch-amerikanische Medienunternehmer Haim Saban die israelischen Soldaten für ihre außerordentlichen Leistungen. „Hinter diesen Helden zu stehen, ist eine der größten Ehren in meinem Leben.“

Einer der musikalischen Stars des Abends war der Hip-Hopper und Songwriter Pharrell Williams. In seiner Ansprache gedachte er der Opfer des Massakers in der Tree-of-Life-Synagoge in Pittsburgh. „Was in dieser Synagoge passiert ist, war unglaublich grausam, es war falsch, und nicht das, was unsere Nation sein soll“, sagte Williams. Am Ende des Abends spielte er seinen Hit „Happy“, den er einleitete mit den Worten: „Dieser Song erinnert uns an etwas, das ihr nutzen könnt, wenn ihr niedergeschlagen seid, wenn die Dinge entmutigend sind. Ich glaube, dass es einen Gott gibt und dass Gott der Größte ist. Lasst uns heute Abend feiern. Lasst uns happy sein.“

An der Spendengala nahmen zahlreiche Hollywoodstars und andere Prominente teil, unter ihnen die Schauspieler Ashton Kutcher und Gerard Butler, der Schauspieler und Regisseur Andy Garcia, die Schauspielerin und Produzentin Fran Drescher,

der jamaikanische Reggaemusiker Ziggy Marley, der Komponist David Foster, die Sängerin und Schauspielerin Katharine McPhee und der Sänger David Draiman.

Unter den Israelhasern in den USA und auf der ganzen Welt waren viele so wütend über die Spendengala und deren großen Erfolg, dass sie die Beteiligten auf Twitter unter dem Hashtag #HollywoodFunds-Terror selbst drei Wochen später noch mit anti-israelischen Parolen überzogen. Ihren Tiefpunkt erreichte diese Kampagne, nachdem der Schauspieler Gerard Butler ein Foto getwittert hatte, das die Überreste seines bei den Waldbränden in Kalifornien völlig abgebrannten Hauses zeigt – nicht um Mitleid zu erregen, sondern um sich für den Einsatz der Feuerwehr von Los Angeles zu bedanken und zu deren Unterstützung aufzurufen. Die Israelhasser, die auf Twitter darauf reagierten, zeigten entweder unverhohlene Schadenfreude und posteten hämische Kommentare – oder sie gaben sich vordergründig mitleidsvoll, um



Das Haus von Gerard Butler brannte nieder. Israel-Gegner reagierten voller Häme.

dann Butler Vorträge darüber zu halten, dass „den Palästinensern“ „solches Leid“ „seit 70 Jahren“ durch die von Butler unterstützte IDF zugefügt werde, und also ihren Hass auf andere Weise vorzutragen. Die gemeinnützige Organisation „Friends of the Israel Defense Forces“ wurde 1981 von einer Gruppe von Holocaustüberlebenden gegründet, um Bildungs-, Kultur-, Freizeit- und Sozial-

einrichtungen für israelische Soldaten zu errichten und Veteranen und die Familien gefallener Soldaten zu unterstützen. Ein Teil der diesjährigen Spenden fließt direkt an das „Impact Scholarship Program“, das Kriegsveteranen helfen will, ihre Bildungslaufbahn fortzusetzen. FIDF sieht sich als wichtige Verbindung zwischen Amerikanern, Israelis und der israelischen Armee.

einrichtungen für israelische Soldaten zu errichten und Veteranen und die Familien gefallener Soldaten zu unterstützen. Ein Teil der diesjährigen Spenden fließt direkt an das „Impact Scholarship Program“, das Kriegsveteranen helfen will, ihre Bildungslaufbahn fortzusetzen. FIDF sieht sich als wichtige Verbindung zwischen Amerikanern, Israelis und der israelischen Armee.

Mit dem Versagen des Sozialismus kam die Renaissance des Islams

Die sowjet-affinen Regime des Nahen Ostens haben Israel nicht besiegen können – enttäuscht wandten sich diese Länder wieder dem Islam zu

Von Carl Jancke

Im Berliner Hayek-Club lasen Parviz Amoghli und Alexander Meschnig vor vollem Hause aus ihrem Buch „Siegen oder vom Verlust der Selbstbehauptung“. Eine der seltenen neuen und schlüssigen Erkenntnisse: Die sozialistischen arabischen Regime der 60er und 70er Jahre und auch die damals noch sozialistische PLO scheiterten daran, dass sie Israel in drei Kriegen nicht besiegen und ausradieren konnten. So gewann in diesen Ländern der Islam.

Wer nicht kämpfen will, hat schon verloren. Das ist die Essenz des Abends. Das Buch habe ich natürlich gekauft und werde es auch noch besprechen. Der Auftritt war aber eben derart stark, dass ich ihn nicht unerwähnt lassen will, selbst wenn ich leider nur die letzte halbe Stunde der Lesung mitbekommen habe. Die anschließende Diskussion war allerdings wirklich aufschlussreich:

Werte sind nur etwas wert, wenn man sie verteidigt. Dazu ist die postheroische Gesellschaft nicht bereit. Sie verteidigt nicht einmal die Landesgrenzen und lässt die westliche Wertegesellschaft



Parviz Amoghli

deshalb unterminieren. Der Islam übernimmt kampfflos.

Amoghli und Meschnig brechen ein Tabu: Sie frönen der Gewalt. Es ist die Rede von Feinden und vom absoluten Sieg. Krieg und Kampf bedeuten auch immer

Schutz. Das Buch muss man wohl mit Clausewitz in eine Reihe stellen und auch mit André Glucksmanns Philosophie der Abschreckung, der mir zu den Hochzeiten der Friedensbewegung und des NATO-Doppelbeschlusses den Weg gewiesen

hat. Sein „Evangelium für eine Rakete“ – unvergessen. Und natürlich mit Bertolt Brecht. Dessen Zitat „Stell Dir vor, es ist Krieg“ prangte damals auf den Autos des Anti-Establishments, dem Renault R4 und der Ente (dem Citroen 2CV) neben dem obligaten „Atomkraft – Nein Danke!“-Aufkleber: „Stell Dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin“. Die Friedensbewegten unterschlugen den zweiten Satz des Brecht-Zitats: „Dann kommt der Krieg zu Dir.“ Genau darum ging es an jenem Abend.

Für die Autoren ist übrigens Israel der Prototyp der wehrhaften Demokratie – zwangsweise. Seit Staatsgründung ist die Existenz bedroht und in zahlreichen Konflikten und Kriegen hat das Land immer obsiegt. Dabei blieb es immer ein freiheitlicher Rechtsstaat, der seine arabischen Staatsbürger genauso schützte wie die jüdischen. An ihm bisen sich die meist von der Sowjetunion im Kalten Krieg unterstützten arabischen sozialistischen Diktaturen die Zähne aus. Das, so meinen die beiden, habe diese delegitimiert und seit dem Sechstagekrieg 1967 ist der Islam auf dem Vormarsch, weil die Sozialisten es nicht geschafft haben, die Juden ins Meer zu jagen.

Verpasste Chance oder Gedenktags-Heuchelei

Zentralrat nutzt die Gedenkfeier zum 9. November 1938 für einseitig erblindete Anbiederung an die israel-aversen Regierungs-Parteien

Von Chaim Noll

Angela Merkel, offenbar im Vorgefühl ihrer eigenen Historisierung, reist dieser Tage von Gedenkfeier zu Gedenkfeier. Eine davon, am 9. November, galt auch den deutschen Juden. Den toten. Sie spielen eine ungleich größere Rolle im offiziellen deutschen Bewusstsein als die lebenden. Doch auch für diese hatte die Kanzlerin einige Trostformeln, zumindest für genügsame Ansprüche.

„Der Rechtsstaat darf keine Toleranz zeigen, wenn Menschen aufgrund ihres Glaubens oder ihrer Hautfarbe angegriffen werden“, sagte sie in der Berliner Synagoge Rykestraße in gekonnter, alle Unterschiede und Gegensätze verwischender Verallgemeinerung. Juden müssen – ob sie wollen oder nicht – als Chiffre für alle Menschen „anderer Religion oder Hautfarbe“ herhalten, auch solcher Glaubensrichtungen, die im Kern judenfeindlich sind. Genau das nennt man „Relativierung“. Diese Haltung wurde aber der einzigen Partei zugeschoben, die nicht an der Gedenkfeier teilnehmen durfte.

Denn der Gedenktag für die Zerstörung der deutschen Synagogen wurde instrumentalisiert, um deutsche Parteipolitik zu machen. Eine Partei wurde von der Gedenkfeier ausgeschlossen. Es wäre, wie der Präsident des Zentralrats der Juden betonte, „für die jüdische Gemeinschaft unerträglich gewesen, heute, 80 Jahre nach der Pogromnacht, Vertreter dieser Partei unter uns zu wissen.“

Die Gelegenheit vertan, die wirklichen Gefahren zu benennen

Welche war gemeint? Die Linke mit ihrem von Marx und Bakunin über-



Synagoge Rykestraße

nommenen Antisemitismus? Die Sozialdemokraten, deren Vertreter in schö-

ner Regelmäßigkeit den Judenstaat als „Apartheid-Staat“ oder ähnlich

schmähen und deren neuester Außenminister die finanziellen Zuwendungen für ein Terrorverstricktes UN-Hilfswerk in Gaza vervielfacht hat? Keine Angst: Wie üblich wurden die Millionen Euro indirekter Unterstützung für den Mord an israelischen Zivilisten in den Gedenkfeiern nicht erwähnt. Schuld an allem ist nur eine Partei, und sie erneut zu verteufeln, war der eigentliche Zweck der Übung.

Immerhin wagte der Präsident des Zentralrats, den Anschlag gegen die Synagoge in Gelsenkirchen zu erwähnen, als im Nachklang einer „palästinensisch“ dominierten Anti-Israel-Demo ein Gullydeckel durchs zertrümmerte Fenster ins Innere des Gotteshauses flog. Kaum hörbarer Mistton in der korrekten Anordnung der Feier. Wie immer hat der Zentralrat die Gelegenheit vertan, die wirklichen Gefahren der Juden im heutigen Europa zu benennen.

Ich bin derzeit in Deutschland auf Reisen, doch ich habe an keiner offiziellen Gedenkfeier teilgenommen. Am 9. November, während anderswo die flauen, abgesprochenen Reden erklangen, war ich Hummus essen, bei einem jungen Israeli aus Akko, der in Leipzig ein kleines Restaurant betreibt. Es gibt dort, mit Pita, frischen Kräutern und viel Zitrone, fantastisch zubereitete Kichererbsen, von denen es heißt, dass sie gut fürs Gedächtnis sind. Wir wollen nicht vergessen. Deshalb halten wir uns an die Lebenden.

Der peinliche Fall des Pseudo-Juden Wolfgang Seibert

Unbeirrt verteidigt Rosa Fava von Anetta Kahanes Stiftung den Hochstapler von Pinneberg

Von Roger Letsch

Was genau konnte man dem Artikel „Der gefühlte Jude“ im Spiegel 43/2018 denn nun entnehmen? Wolfgang Seibert, der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Pinneberg, sei ein Hochstapler, so die Autoren Martin Doerry und Moritz Gerlach. Die abenteuerliche Geschichte seiner Herkunft und die angebliche jüdische Mutter wollten so gar nicht zu dem passen, was die Nachforschungen der Autoren ergaben. Ergebnis des mehrseitigen Spiegel-Berichtes ist, dass Seibert, der unmittelbar nach dem Erscheinen des Artikels noch eine Stellungnahme ankündigte, von seinem Amt zurücktrat, und um Entschuldigung bat. „Spiegel Online“ berichtete am 26. Oktober 2018:

„...Er log über seine angebliche jüdische Herkunft und betrog enge Freunde. Der Landesverband der jüdischen Gemeinden von Schleswig-Holstein gab nun bekannt, dass Seibert zurückgetreten ist. Diesen Schritt kündigte er bereits gegenüber dem SPIEGEL an. Seibert selbst äußerte sich seither nicht mehr zu den Vorwürfen. Sein Anwalt Alexander Hoffmann teilte mit, Seibert habe in einigen öffentlichen Darstellungen überzogen und wolle sich dafür entschuldigen. Laut NDR gab Hoffmann zudem an, dass Seibert zwar leibliche nicht-jüdische Eltern, aber jüdische Pflegeeltern gehabt habe.“

Soweit die Fakten. Der Image-Schaden, den die betrogene jüdische Gemeinde Pinneberg erlitt, dürfte beträchtlich sein. Ob der jahrelange Betrug rechtliche Konsequenzen haben wird, ist noch nicht abzusehen. Die nachgeschickte Erklärung von Seiberts Anwalt könnte gut als Fortschreibung des „Spiegel“-Artikels durchgehen. Denn immer dann, wenn eine der Lügen Seiberts aufflog, rettete er sich in die nächste, noch abenteuerlichere. Nun behauptet er, jüdische Pflegeeltern gehabt zu haben, nachdem seine erste Geschichte aufgefliegen war... Der Mann kann einem nur leidtun. Doch das alles ist nicht Gegenstand dieses Beitrags, sondern nur das Faktengerüst für zwei Fragen.

Erster Frage: Wozu die Maskerade? Warum legt man sich heute überhaupt eine andere Identität zu? Ich rede ja nicht von der Manie, Julius Caesar oder Napoleon zu sein, sondern von Gruppen-Identitäten. Der „Spiegel“ sprach im Fall Seibert von dessen „geradezu unangreifbarer jüdischen Identität“ und liegt damit womöglich nahe an der Wahrheit. Ob eine Affinität für jüdische Religion und Kultur dabei für Seibert eine Rolle spielte, sei mal dahingestellt. Aber die Tendenz, sich im heutigen Diskurs besser in einer möglichst klar definierten und gefühlt oder tatsächlich diskriminierten Minderheit zu verorten, um den eigenen Ansichten und Zielen Nachdruck zu verleihen, liegt auf der Hand.

Die Mehrheitsgesellschaft in Deutschland sei, so raunt es in „progressiven linken Kreisen“, weiß, alt, christlich, rechts, irgendwie männlich und chauvinistisch by nature. Man sollte also möglichst bunt, jung, religiös nicht christlich, links, weiblich und feministisch sein, um gesellschaftliche Relevanz zu haben. Dass sich ein Deutscher dabei als Jude ausgibt, hat angesichts der Geschichte aber schon ein besonderes G'schmäckle, wenn es auch kein neues Phänomen ist, wie der Fall Wachendorff vor wenigen Jahren zeigte.



Anetta Kahanes Stiftung betreibt die Plattform „Belltower“

Breitseite an Vorwürfen und Anschuldigungen

Zweite Frage: Wozu jedoch die Verteidigung des geständigen Seibert? Es gab nämlich eine solche, die den „Spiegel“-Artikel mit einer Breitseite an Vorwürfen und Anschuldigungen angriff. Und zwar von Rosa Fava auf „Belltower“, der Medien- und Meldeplattform der Amadeu-Antonio-Stiftung.

Fava eröffnet gleich mit der Frage „Bestimmt der ‚Spiegel‘ nun, was jüdisch ist?“ und antwortet gleich selbst und richtig: „Nein, das tun die jüdischen Gemeinden“. Nur wurden die im Fall Seibert aber auch getäuscht, was den „Spiegel“ in diesem Fall zumindest zu dem Spielverderber macht, der er nach eigenem Dafürhalten als Pressemedium sein will und auch sein sollte. Man mag es kaum glauben, weil es schon so lange nicht mehr so ist in diesem Land, aber die Aufgabe der Presse ist es, durch gründliche Recherche Missständen auf die Spur zu kommen, die von öffentlichem Interesse sind, weil zum Beispiel öffentliche Gelder im Feuer stehen oder Betrug vorliegt. Wenn Menschen getäuscht, Behörden und Öffentlichkeit hinter Licht geführt werden, liegt es ausdrücklich im öffentlichen Interesse, die Ergebnisse dieser Recherchen in Druck zu geben. Frau Fava fordert stattdessen Folgendes:

„Anstatt sich mit den Unterlagen, die zu belegen scheinen, dass Seibert sich nicht vorhandene jüdische Vorfahren erdacht hat, vertraulich an den Landesverband oder andere jüdische Instanzen zu wenden und ihnen den Umgang mit den Informationen zu überlassen, ließen die Autoren unter dem Titel ‚Der gefühlte Jude‘ die Bombe platzen.“

Vorab: sie scheinen nicht zu belegen – sie belegen! Außerdem hatten sich schon andere Zweifler Jahre zuvor an Seiberts Vorgesetzte gewandt, deren Nachfragen Seibert jedoch stets zerstreuen konnte

und mit eilig herbeigeschafften Dokumenten unterlief. Und seit wann ist es Aufgabe der Presse, sich vertraulich mit den Unterlagen an irgendwen zu wenden, außer an den Leser? Die Argumentation Favas erinnert stark an Franz-Josef Strauß, der Vergleichbares 1962 ebenfalls vom „Spiegel“ forderte. Was ist das bitte für ein Verständnis von Journalismus? Seiberts Tätigkeit für die Gemeinde kam aufgrund eines Betruges zustande, Punkt. Statt sich nun mit diesem unfassbaren Fall zu beschäftigen, geht Fava auf die Autoren des Artikels los und spricht von „Generalabrechnung“, „Jews are news“ und fragt sich, was wohl beabsichtigt sei, in diesem Fall einfach die „Wahrheit“ zu schreiben (nicht meine Anführungszeichen).

Ein Bären dienst für die geprellten Gemeindeglieder

Ich zähle mich selbst zu denen, die Antisemitismus eine Meile gegen den Wind riechen und diese Geisteshaltung verurteilen und gegen sie anschreiben, wo es nur geht. Aber all die antisemitischen Anfeindungen, die Rosa Fava den Autoren des „Spiegel“-Artikels in diesem Fall um die Ohren schlägt, gehen komplett ins Leere. Die von ihr aufgefundenen „Antisemitischen Topoi“ Geld (Vorwurf der Habgier), Raffinesse (Konspiration, Vorwurf der Verschwörung) treffen ja keinen Juden, sondern Seibert, der sich als Jude ausgab. Es gibt keinen Antisemitismus, der sich nicht gegen Juden richtet – es sei denn, die Amadeu-Antonio-Stiftung hat ihn erfunden. Was zurückbleibt ist die jüdische Gemeinde Pinneberg, die einem Betrüger aufgesessen ist. Diesen Betrüger nun ausgerechnet gegen angeblichen Antisemitismus in Schutz zu nehmen, wie es Frau Fava tut, ist ein Bären dienst für die geprellten Gemeindeglieder.

Mit dem Wissen, dass Wolfgang Sei-

bert seinen Betrug zugegeben hat und um Entschuldigung bat, erscheint der vorletzte Absatz des Belltower-Artikels besonders peinlich:

„Der Spiegel betreibt mit dem Artikel eine Selbstermächtigung nichtjüdischer Deutscher gegenüber einer gefühlten jüdischen Autorität als Widerstand gegen Handlungsmaxime, die sich aus der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik ergeben würden und als Unfreiheit empfunden werden. Quintessenz des Ganzen ist: Wir trotzen den (gefühlten!) Beschränkungen nach Auschwitz und wer Jude ist, entscheiden wir. Die Welt soll das wissen.“

Mit „Selbstermächtigung nichtjüdischer Deutscher“ meint Fava nicht etwa Seibert, der diese Bezeichnung verdient hätte, sondern die „Spiegel“-Autoren. Die Quintessenz ist, dass die Amadeu-Antonio-Stiftung einer freundlichen Aufforderung, im Lichte der neuesten Ereignisse ihren Artikel besser zu löschen, also ihr den richtigen „Umgang mit den Informationen“ zu überlassen, nicht nachkam. Dabei postete Frau Kahane auf ihrer Facebook-Seite noch vor einigen Tagen selbst folgendes: „Liebe Leute, ich sehe es ähnlich wie ihr. Ich diskutiere das mit der Kollegin.“

Geschehen ist nichts. Der faktenfremde Artikel von Frau Fava steht immer noch auf der Seite der Amadeu-Antonio-Stiftung. Eine Stiftung, deren erklärte Aufgabe es ist, gegen „Hate Speech“ anzutreten, hat also offenbar kein Problem damit, auf ihren eigenen Seiten gegen Journalisten zu hetzen und ihnen Nähe zu Nazimethoden vorzuwerfen.

Den Fakten trotzen, wenn sie nicht passen

Lieber trotzt man durch Selbstermächtigung den Fakten und ignoriert sie, wenn sie nicht zur eigenen Handlungsmaxime passen. Zu dieser Maxime gehört, dass Seibert seit Jahren gut und laut vernetzt ist im linken bis ganzweitlinken Milieu und gern gesehener Gast in der „Roten Flora“ sowie gern zitierter Antisemitismusexperte zum Beispiel in der „taz“ war.

Das nun ausgerechnet er durch Betrug als Gewährsmann auch für die Kahane-Stiftung ausfällt, die in Sachen Antisemitismus nur nach rechts blickt, auf dem linken Auge jedoch erstaunlich blind ist, (ganz zu schweigen von der Blindheit gegenüber muslimischem Antisemitismus) muss schmerzhaft sein. Der fällige Schrei sollte aber sinnvoller nach innen gehen, anstatt sich auf zwei Redakteure zu stürzen, die einfach nur ihre Arbeit machten.

Deshalb kann ich mir den Schlusssatz Frau Favas auch nicht zueigen machen, in welchem sie dazu auffordert, Nachforschungen doch besser bleiben zu lassen und auf das zu hören, was von ihrem „Belltower“ als Wahrheit verkündet wird: „Besser ist: Lassen Sie die Kirchenbücher ungeöffnet, wenden Sie sich an die nächstgelegene jüdische Autorität und das sollten Sie, ja genau, wegen jener zwölf Jahre tun.“

Ich hab's nämlich nicht so mit Autoritäten, egal wie diese sich zu legitimieren versuchen! Denen nicht grundsätzlich zu trauen ist auch eine Lehre aus „jenen zwölf Jahren“ und den vierzig Jahren danach.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf Roger Letschts Blog „Unbesorgt“.

Bedingt anti-rassistisch

Ein zweiter entlarvender Blick auf die „Spiegel“-Kolumnistin Margarete Stokowski, deren Buch bei einem anti-israelischen Verlag erscheint



Von Thomas Stern

„Spiegel“-Kolumnistin Margarete Stokowski

Die „Spiegel“-Kolumnistin und Autorin Margarete Stokowski hat eine kontroverse Diskussion ausgelöst, nachdem sie eine ursprünglich geplante Lesung in der Münchener Buchhandlung Lehmkühl mit der Begründung absagte, dass dort unter anderem auch Bücher von „rechten und rechtsextremen Autor*innen“ zum Verkauf angeboten werden.

Stokowski erntete sowohl Kritik von Kommentatoren, die ihre Entscheidung als Ausdruck von Zensurgeist und Engstirnigkeit betrachteten, als auch Zuspruch von solchen, die ihr antirassistisches Engagement und Prinzipienfestigkeit attestierten, und sie gegen erstere Einordnung in Schutz nahmen.

Ein Aspekt, der dabei jedoch vernachlässigt wurde, ist die Frage, wie konsequent Stokowski sich an die von ihr selbst proklamierte Richtlinie hält, und inwieweit sich ihr bisheriges Verhalten damit in Einklang bringen lässt.

Sozialisten als Antisemiten

Im vergangenen Jahr steuerte Stokowski ein Vorwort zu einer Ausgabe von „Die Freiheit in der Liebe“ bei, einem Werk des französischen Sozialisten Charles Fourier (1772-1837). Dass Fourier – wie viele Frühsozialisten – dezidiert antisemitische Einstellungen vertrat, ist hier zwar anmerkwürdig, aber nicht so relevant, wie es zunächst scheinen mag – bezieht sich Stokowski doch in ihrer Stellungnahme zur Lesungsabsage explizit nur auf „aktuelle“

Autoren und Autorinnen, und gibt als einen der beiden Gründe für ihre Haltung an, diesen keine finanzielle Unterstützung zukommen lassen zu wollen (ein Problem, das bei einem Autor des 18./19. Jahrhunderts selbstverständlich nicht auftritt). Auch der andere von ihr genannte Grund, die Vermeidung der „Normalisierung rechten Denkens“, wird hier nicht anschlüssig, da die Äußerungen Fouriers, in denen sein Antisemitismus zum Ausdruck kommt, nicht aus dem betreffenden Buch stammen.

Gilad Atzmon bei der „Edition Nautilus“

Interessanter im Kontext der aktuellen Kontroverse ist der Verlag, in dem das Buch erschienen ist. Hierbei handelt es sich um „Edition Nautilus“, einen prominenten Kleinverlag aus Hamburg, der sich auf „linke“ Literatur spezialisiert hat. Im Programm von Nautilus findet sich unter anderem auch ein Werk des berüchtigten Antisemiten Gilad Atzmon. Atzmon, ein britischer Autor und Jazzmusiker, hat sich mit Aussagen wie „Ich werde nicht sagen, ob es richtig oder falsch ist, eine Synagoge niederzubrennen; ich kann sehen, dass es ein rationaler Akt ist“ oder „Wir müssen anfangen, den Vorwurf, dass das jüdische Volk versucht, die Welt zu kontrollieren, sehr ernstzunehmen“ hervorgetan, und steht Holocaustleugnern nahe – so dass sich selbst einige der radi-

kalsten Antizionisten mit aller Deutlichkeit von ihm distanziert haben. Bei dem Werk im Nautilus-Verlag handelt es zwar nicht um sein Sachbuch „The Wandering Who?“, in dem sein Antisemitismus besonders explizit zum Ausdruck kommt, sondern um den Roman „My One and Only Love“, dieser ist aber durchaus von Atzmons politischen Ansichten durchdrungen (und wird denn auch von Nautilus als „eine scharfe Abrechnung mit der israelischen Kultur und Politik“ beworben.)

Anti-israelisches Verlagsprogramm

Des Weiteren ist im Nautilus-Verlag „Israels Invasion in Gaza“ erschienen, ein Buch von Norman Finkelstein – einem Unterstützer von antisemitischen Terrororganisationen wie Hamas und Hisbollah.

Dass das Nautilus-Programm daneben zahlreiche Bücher von BDS-Advokaten (wie Laurie Penny, Gilbert Achcar, Eve Ensler, David Graeber) enthält, fällt da schon fast nicht mehr ins Gewicht, sollte aber (zumal, da die BDS-Bewegung vom Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung als antisemitisch eingeordnet worden ist) auch nicht unerwähnt bleiben.

Nun verbindet die Veröffentlichung eines Textes in einem bestimmten Verlag (auch wenn es sich bloß um ein Vorwort zum Werk eines anderen Autors handelt) einen Autor enger mit

diesem Verlag, als eine Lesung in einer Buchhandlung ihn mit dieser verbindet; ebenso geht die „Edition Nautilus“ mit der Herausgabe von extremistischen Autoren zweifellos eine engere Verbindung zu diesen ein, als die Buchhandlung Lehmkühl mit deren bloßem Verkauf (dies trifft umso mehr zu, da der Geschäftsführer von Lehmkühl, Michael Lemling, sich vom Inhalt der „rechten“ Bücher distanziert, und ihren Verkauf mit reinem Recherche-Interesse rechtfertigt).

Die Nähe, in die sich Stokowski durch ihre Zusammenarbeit mit Nautilus zu Autoren wie Atzmon und Finkelstein begeben hat, ist also deutlich größer als die, in die sie sich mit einer bloßen Lesung bei Lehmkühl zu gewissen „rechten“ Autoren begeben hätte.

Die einzige Möglichkeit für Stokowski, ihre Zusammenarbeit mit Nautilus und ihre Absage der Lehmkühl-Lesung miteinander zu vereinbaren und dabei konsistent und konsequent zu bleiben, wäre demnach, Atzmon und Finkelstein als deutlich weniger problematisch als die bei Lehmkühl angebotenen „rechten“ Autoren zu bewerten. Und da eine solche Argumentation angesichts des Extremismus und der Anstößigkeit ihrer Positionen mehr als fragwürdig erscheint, muss sie sich wohl oder übel den Vorwurf der Heuchelei gefallen lassen – oder, präziser gesagt, den Vorwurf, Rassismus zu tolerieren oder ignorieren, solange er von der eigenen (in ihrem Fall, „linken“) Seite ausgeht.

Die Antisemitismus-Beauftragten als Scheinlösung gegen die wachsende Judenfeindlichkeit

Die offiziell bestellten Funktionäre gegen Antisemitismus sind vor allem ein Rechtfertigungs-Alibi für das Versagen der Politik

Von Tina Adcock

Seit dem 1. Mai 2018 hat die Bundesregierung einen Beauftragten für „jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus“, Herrn Dr. Felix Klein. Dieser soll sich dem Antisemitismus entgegenstellen und Präventionsstrategien entwickeln. Mit einem teils jüdischen und teils nicht-jüdischen Expertengremium ausgestattet, soll er außerdem Anlaufstelle für die jeweiligen Gemeinden und gesellschaftlichen Organisationen sein.

Doch warum wurde überhaupt solch eine Stelle geschaffen, und wie effektiv kann dieses Gremium arbeiten und wirklich etwas bewegen? Bevor es möglich ist, diese Fragen zu beantworten, bedarf es einer grundsätzlichen Erläuterung mit welchen Spielarten des Antisemitismus es Deutschland derzeit zu tun hat, und warum schon die genaue Definition des genannten Sachverhaltes große Probleme bereitet.

Die Definitionen des Antisemitismus sind sowohl zahlreich als auch inhaltlich divergent. Schaut man etwa in den Duden, so wird er als „1. Abneigung oder Feindschaft gegenüber den Juden [...] 2. [politische] Bewegung mit ausgeprägten antisemitischen Tendenzen“ versucht zu beschreiben. Dass diese Definitionen jedoch sehr schwammig formuliert sind, zeigt schon der genaue Blick auf die Entstehungsgeschichte des Begriffs. Er wurde gegen Ende des 19. Jahrhunderts geprägt und entspringt historisch gesehen dem Antijudaismus. Der Unterschied zum Antisemitismus ist hierbei, dass Antijudaismus keine nationalistischen oder protorasistischen Grundlagen hat, sondern einzig auf religiösen und später auch ökonomischen Vorbehalten fußt. Diejenige Form, welche diese Faktoren jedoch beinhaltet, lässt sich als Primärer Antisemitismus beschreiben; des weiteren gibt es einen Sekundären Antisemitismus. Dieser zeichnet sich durch eine Judenfeindschaft aus, die der Erinnerungsabwehr entspringt. Der israelische Psychoanalytiker Avi Rex beschrieb dieses Phänomen sarkastisch:

„Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nicht verzeihen.“

Immer wieder wurde versucht eine allgemeingültige Definition für Antisemitismus zu erstellen, welche unter anderem auch die Strafverfolgung und Aburteilung antisemitisch motivierter Straftaten erleichtern sollte. Zuletzt wurde am 20. September 2017 eine Definition der „Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken“ von der deutschen Bundesregierung übernommen, welche Beispiele antisemitisch motivierter Israelkritik mit einschließt. Diese lautet wie folgt:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und / oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen. [...] Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten.“

Schaut man sich nun Umfragewerte und Statistiken der Anti-Defamation League (ADL), der Bertelsmann-Stiftung oder die Ergebnisse des „Unabhängigen Expertengremiums Antisemitismus“ bezüglich antisemitischen Denkens in Deutschland an, so kann es einem schwer ums Herz werden:



Um nur ein Beispiel zu nennen: 51 % der Befragten in der „Global100 Studie“ der ADL sagten aus, dass Juden noch zu viel über den Holocaust reden würden, und die Forderung nach einem sogenannten Schlussstrich wurde laut.

Israelkritik ist nicht immer Antisemitismus – aber sehr häufig ist sie es doch.

Eine weitere Spielart des Antisemitismus ist die sogenannte „Israelkritik“. Nun ist sie theoretisch per se keine Form des Antisemitismus, wird aber häufig dafür missbraucht. Das Wort beinhaltet sowohl ein Land – in diesem Falle Israel – und das Wort „Kritik“, welches sich vom sogenannten Ressentiment insofern unterscheidet, dass es eine Entfernung von Mythos und Instrumentalisierung aufweist. In der Praxis ist es jedoch fraglich, ob derjenige, der Israel kritisiert, diese theoretischen Gegebenheiten auch beachtet und befähigt ist, die eigene Weltansicht zu hinterfragen, sowie bei gegebenen Fakten die eigene Position dann revidieren zu können; denn ein antisemitisches Denken ist mit Kritik nicht in Einklang zu bringen und schließt jede Form der Kritikfähigkeit, insbesondere in Gestalt der Selbstkritik, kategorisch aus. Dies zeigt, dass der Begriff der „Israelkritik“ häufig falsch angewendet und als Deckmantel für Antisemitismus gebraucht wird. Wegen dieses Problems wurde der sogenannte 3D-Test entwickelt, mit dessen Hilfe die jeweilige Kritik einer Prüfung unterzogen werden kann. „3D“ steht hierbei für drei Merkmale, die eine antisemitische Kritik aufzeigen:

- 1) Dämonisierung des jüdischen Staates – z. B. der Vergleich Israels mit dem Nazi-Regime oder der „Palästinensischen Autonomiegebiete“ und Flüchtlingslager mit Auschwitz.
- 2) Doppelmoral – z. B., dass Israel von der UNO für angebliche Verletzungen der Menschenrechte kritisiert wird, aber diejenigen Staaten, welche jeden Tag Verbrechen dagegen begehen, nicht kritisiert werden (China, Iran, Syrien, Kuba und weitere).
- 3) Delegitimierung – Die Verweigerung der Anerkennung der Existenz Israels.

Die Europäische Union befand ebenfalls folgende Punkte für wichtig:

4) Das Nutzen antisemitischer Bilder und Symbole, um den Staat Israel oder die Israelis zu beschreiben.

5) Alle Juden als Kollektiv für die Handlungen Israels verantwortlich zu machen.

Die 3D-Methode erklärt unter Punkt drei bereits den Charakter des Antizionismus, welcher Israel

das Existenzrecht abspricht und somit den Juden das Recht auf eine nationale Selbstbestimmung

verweigert. Ein Ergebnis der Umfrage der Bertelsmann-Stiftung ergab, dass 41 % der befragten Deutschen der Meinung sind, die Politik Israels gegenüber den „Palästinensern“ sei genauso, wie die der Nazis gegenüber den Juden zur Zeit des Nationalsozialismus. Nahezu die Hälfte der Deutschen bedienen also den ersten Punkt der 3D-Methode. Der Ausspruch des Historiker Leon Polyakov: „Israel ist der Jude unter den Staaten“ hat einen wahren Kern, denn nicht mehr dem Juden an sich wird der Stereotyp des Brunnenvergifters, des Blutsaugers, des Weltbrandstifters und des Kindermörders angehängt, sondern gleich dem jüdischen Staat Israel als Stellvertreter aller Juden weltweit.

Was ist mit Tibet?

Bei keinem anderen Staat gibt es eine Debatte über dessen Existenzberechtigung; nur bei Israel. Dass z. B. China in Tibet einmarschierte und es weiterhin besetzt, kümmert die Weltgemeinschaft

wenig. Dass Jordanien das Westjordanland nach dem israelischen Unabhängigkeitskrieg von 1948 annektierte, alle Juden vertrieb oder tötete, Synagogen und jüdische Wohnhäuser zerstörte und kein Jude mehr an der Kotel beten durfte, kümmerte auch beinahe niemanden.

Es gibt also viele Gründe in Deutschland Maßnahmen gegen alle genannten Spielarten des Antisemitismus einzuführen. Die Einsetzung von Antisemitismusbeauftragten in den Bundesländern, bei der Bundesregierung und der Europäischen Union könnte so eine Maßnahme sein. Jedoch ist sie wohl eher schädlich als hilfreich, denn der beschränkte Hand-

lungsspielraum der Amtsinhaber hat zur Folge, dass diese neuen Posten kaum mehr als der Gewissensberuhigung des deutschen Michels dienen. Diese Posten gaukeln vor, die Landes- oder Bundesregierung trage wesentlich zur Bekämpfung des Antisemitismus bei, wo eigentlich kaum bis keine Resultate zu sehen sind.

Danke für...?

Von den Vertretern werden Reden auf Gedenkveranstaltungen gehalten, mit dem Hinweis, dass ein jeder helfen könne den Antisemitismus zu bekämpfen. Forderungen nach einem nationalen Gedenkfeiertag am 9. November werden laut. Danke! Möchte man fast schon schreien, danke, dass der Opfer der Schoah gedacht wird und gleichzeitig neben Appellen an die Bevölkerung doch nichts aktiv gegen den heutigen Antisemitismus getan wird.

Reden, so schön und löblich sie auch sein mögen, schützen keine jüdischen Kinder vor Mobbing-Attacken auf dem Schulhof, stoppen keine Menschen, die Juden wegen des Tragens der Kippa mit einem Gürtel schlagen und verhindern auch nicht die Verleumdungen der Juden im Internet. Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS), welche sich mit antisemitischen Taten jeglicher Art in Berlin (und G'tt sei Dank bald auch bundesweit) beschäftigt, stellte 527 Vorfälle allein im ersten Halbjahr 2018 fest. Wer hier nach Gegenmaßnahmen, die von den Antisemitismusbeauftragten ausgehen, sucht, wird nicht fündig werden.

Es scheint, dass in Deutschland wieder auf Lippenbekenntnisse gesetzt wird, so wie es sich bei dem sogenannten Schutz Israels um eine „Staatsräson“ handele. Doch von einem Lippenbekenntnis zum aktiven Schutz von Juden in Deutschland ist es ein weiter Weg. Vom Vorspielen einer neuen Ära der Sicherheit, vom „Sich-kümmern“ um jüdisches Leben wird der Antisemitismus nicht weniger.

Ob derzeit ein Antisemitismusbeauftragter im Amt ist, oder ob er wieder von der politischen Bühne verschwindet – das dürfte leider kaum jemand merken.

Islamkonferenz: Legitimierungs-Plattform für Demokratiefeinde

Ein säkularer Islam existiert ebenso wenig wie eine vegetarische Fleischhandlung

Von Jaklin Chatschadorian

Sie erinnern sich an den Slogan „Der Islam gehört zu Deutschland“? Er sollte inklusiv wirken. Man wollte die Migranten umarmen und störte sich nicht daran, dass es in Deutschland auch nichtmuslimische Migranten gibt. Nicht zuletzt wollte man dem Teil der deutschen Bevölkerung, der die aktuelle Migrations- und Integrations-, Flüchtlings- und Islampolitik kritisch sieht, die Nasenspitze kürzen.

Auf die Frage, welcher Islam zu Deutschland gehöre, sind jene, die oben genanntes Bekenntnis abgaben, nicht eingegangen. Die Frage, ob gerade auch jener, der Niqab und Ehrenmord propagiert, zwar „Kinderehe“ lebt, aber Mädchensport ablehnt, zu Deutschland gehöre, wurde ignoriert. Indirekt aber erleben wir jeden Tag das JA zu einem rückständigen und radikalen Islam. Angefangen von dem pompösen Empfang des türkischen Staatschefs bis zur Fortsetzung der kommunalen oder kirchlichen Kooperationen mit Imamen aus dem radikalislamistischen Spektrum.

Kuscht der Verfassungsschutz?

Beachtenswert in diesem Zusammenhang ist die kürzlich bekannt gewordene Ablehnung der Beobachtung von Ditib-Moscheen durch die Verfassungsschutzämter. Sie erfolgte nicht etwa wegen fehlendem Beobachtungsbedarf, sondern aus Sorge einer weiteren Entfremdung und Radikalisierung des nahen und weiten Umfeldes des Moscheeverbandes und des türkischen Staates dahinter. Hier zeigt sich ein fatales Verständnis von Demokratie und Recht im Umfeld deutscher Behörden, wenn auch bedingt durch das Eingeständnis, der zu befürchteten Aggressivität der Gegenseite nicht gewachsen zu sein.

Selbstverständlich gibt es nicht nur Islamisten und Dschihadisten, Legalisten und Salafisten, sondern auch Muslime, die ihre Religion friedlich leben, im Sinne der Säkularisierung begrenzen und zur Privatsache erklären. Sie lehnen die aus dem Koran stammende Gewalt ab und verurteilen terroristische Anschläge. Erstmals kommen in der vierten Auflage der Deutschen Islamkonferenz diese, gar einander ablehnenden Flügel des Islams zusammen und der Gastgeber, Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), darf sich über positive Berichterstattungen freuen und einen neuen deutschen Islam mitgestalten.

Die aktuelle Regierungsmaxime lautet „illegale Sachverhalte legalisieren“

Dass man bislang nur mit sogenannten konservativen Islamverbänden zusammengearbeitet hat, war alles andere als eine gute Idee. Diese Einseitigkeit bewirkte vor allem eine Täuschung der Bevölkerung ebenso wie die Etablierung radikal islamischer Verbände in Gesellschaft und Politik. Das beste Beispiel geben die Teilnehmer selbst. Sie präsentieren eine Spielart der aktuellen Regierungsmaxime „illegale Sachverhalte legalisieren“ und sollen auch in dieser Runde mitgestalten, statt außen vor gelassen zu werden. Ein vom Verfassungsschutz beobachteter Verein wird Mitglied eines Dachverbandes, bestimmt diesen aufgrund seiner Größe, firmiert



Horst Seehofer: Heute Hü und morgen Hott.

aber eben unter unbescholtenem Namen und nimmt schließlich an der Deutschen Islamkonferenz teil. Der Zentralrat der Muslime ebenso wie der Koordinationsrat sind in diesem Zusammen besonders zu erwähnen. Beide werden zwar nicht selbst in den Berichten der Verfassungsschützer erwähnt, dafür aber einige ihrer Mitgliedsvereine – Graue Wölfe, Muslimbrüderschaft, Milli Görüs-Bewegung,

Sure 4, Vers 34

Auch inhaltlich ging es den Teilnehmern bisher weniger um Integration in Deutschland, als vielmehr um eine Islamisierung der Lebenswirklichkeit der Gesamtgesellschaft in Deutschland.

2012 gab es eine Erklärung der Deutschen Islamkonferenz zur häuslichen Gewalt. Die Muslime betonten ausdrücklich, dass der Islam häusliche Gewalt und unter Zwang zustande gekommene Ehen ablehne. Sie hoben hervor, dass der Islam eine offene und tolerante Religion sei, die sich gegen jede Gewalt wende, zur individuellen Selbstbestimmung und freien Meinungsäußerung ermutige. Kann man diese Erklärung angesichts der Probleme aus der islamischen Gemeinschaft in Deutschland, mit Blick auf die ethnisch-religiöse Zusammensetzung vieler Frauenhäuser und mit Blick auf die Sure 4 Vers 34, in der aufgefordert wird widerspenstige Frauen zu schlagen, ernstnehmen? Die Politik nimmt solche Aussagen jedenfalls gern an und ignoriert die fehlende Glaubhaftigkeit, um nicht mit leeren Händen dazustehen.

Extra-Wurst auch in den Altenheimen. Nachdem die Integrationspolitik die kultursensible Pflege für sich entdeckte, wurde 2017 über die Islamkonferenz eine Studie zur muslimischen Altenpflege in Auftrag gegeben. Sie ergab, dass eine Mehrheit der muslimischen Befragten bei der Gestaltung der Altenpflege Wert darauf lege, dass auf ihre religiösen Be-

dürfnisse Rücksicht genommen wird. Um welche religiösen Bedürfnisse kann es bei der Altenpflege gehen? Es geht um die islamische Sexualmoral und die Reinheitsgebote. Es geht um die Frage, ob ein junger männlicher Pfleger eine muslimische Seniorin waschen darf und ob ein Gebet Geltung finden kann, wenn die rituelle Waschung von einem sogenannten „Ungläubigen“ durchgeführt wird? Diese Waschung gilt als religiöse Pflicht, mit welcher innere wie äußere Unreinheiten vor dem Kontakt mit Allah beseitigt werden sollen. Diese Art der Integration islamischer Regelungen und Moralvorstellungen, steht unserem Werteverständnis diametral gegenüber, kann als sexistisch und rassistisch qualifiziert werden und erweitert nicht nur den Machtbereich konservativ-radikaler Verbände (von der Wiege bis zur Bahre). Sie verschiebt auch unsere Werteordnung. Unser Denken und unsere Sprache wird islamkompatibel. Pflege hatte in Deutschland bislang nichts mit Sexualität zu tun. Nun aber wird dieser gesamtgesellschaftliche Bereich, von einer einzigen Religion, unter Unterstützung der deutschen Bundesregierung, geprägt.

Das grundgesetzlich garantierte Recht von religiösen Vorgaben anderer frei zu sein, wird umgangen. Weder in der Islamkonferenz noch in der Integrationspolitik wird über diesen Bruch gesprochen. Stattdessen arbeitet man ganz offiziell und mit sichtbarem Stolz an einem „deutschen Islam“, der Frieden bringen, Muslime wie Islamkritiker versöhnen will.

Vom Unsinn des „säkularen Islam“

Schauen wir, auf dem Weg zu einem „deutschen Islam“ auf den sogenannten friedlichen und liberalen Flügel, der nun ebenfalls mitentscheiden kann und einen „säkularen Islam“ vertreten will. Dass

es einen „säkularen Islam“ nicht geben kann, schließlich ist der Herrschaftsanspruch dieser Ideologie gottbefehlzentrales Kernelement, wird übergangen. Unter dem Label der „Vielfalt“ im Islam wird so getan, als ob dies nicht nur möglich wäre, sondern auch Teil eines Islams deutscher Prägung werden könnte.

Während die herrschende Meinung der Umma in ihrem „Haus des Friedens“ den Absolutismus extensiv lebt, ist die liberale Mindermeinung, die nur im „Haus des Krieges“ existieren kann, ein erstaunliches Phänomen. Der liberale Flügel wird mehrheitlich abgelehnt, weil sich das Islamverständnis zumindest oberflächlich unterscheidet. Nichtsdestotrotz wirken sie, als (unwillkommene) Mitstreiter. Diese Konstellation erinnert an das Stockholm-Syndrom. Dort, wo der liberale Flügel den Ausstieg wählen sollte, gerade auch wegen der eigenen Verfolgung, kämpft er gegen den Mainstream der Umma an der Etablierung derselben Kernelemente der gemeinsamen Ideologie und schmückt sich mit dem wohlfeil klingenden Begriff der „Vielfalt“. So kommt es, dass beide Flügel der Umma Suren verklären, um Kritik vom Islam abzuwenden. Die Konservativen lesen nur den ersten Halbsatz eines Verses, während die Liberalen die Gültigkeit einer Aussage historisieren bzw. linguistisch argumentieren und einzelnen Begriffen eine andere Bedeutung zumessen. Im Ergebnis gibt es damit bestenfalls schlechte Muslime, aber keinen schlechten Islam. Mit der so erfolgreichen Heroisierung des Islam unter Fingerzeig auf schlechte Mitgläubige kann kein neuer, friedlicher Islam entstehen, auch wenn er um das Adjektiv „deutsch“ bereichert und von säkularen Muslimen geformt wird; zumal jede Reform der Religion von innen wachsen und nicht mit einem nichtmuslimischen Staat ausgehandelt werden kann.

Man fragt sich eher, warum der fried-

liche Islam sich nicht vom gewalttätigen Islam und damit von der gesamten Ideologie lossagt. Welches Interesse hat der friedliche Islam, für den so viele nunmehr auf dem Boden des Grundgesetzes mitstreiten wollen, statt für das Grundgesetz und dessen Werte zu streiten?

Wenn es also nicht um das Grundgesetz und die Interessen der Mehrheitsgesellschaft geht, muss gefragt werden, welche Motivation die vielen islamischen Seiten, im Besonderen den liberalen Part, bei dem Projekt „Deutscher Islam“ antreibt. Es geht darum, den Islam in den deutschen Staat einzubinden. Deutsche Moschee, deutschsprachiger Imam, deutsche Körperschaft des öffentlichen Rechts, Teilhabe am Machtssystem. Mit anderen Worten: die Germanisierung des Islam, um den Islam in Deutschland zu verankern.

Der deutsche Staat kann nicht mit einem Gott konkurrieren

Der deutsche Staat wird mit seinem Anliegen, das Zusammenleben mit Muslimen im Sinne eigener Wertvorstellungen einfacher zu gestalten, nicht durchdringen. Er kann nicht mit den Wertvorstellungen eines Gottes konkurrieren. Das Argument, der von der Ibn Rushd propagierte liberale Islam habe nun wirklich nichts mit dem wahabitischen Islam Saudi-Arabien zu tun, geht fehl. Der Islam besteht nicht nur aus der vorrangigen Bejahung bzw. Ablehnung von Gewalt im Sinne des „Islamischen Staates“. Er hat viele weitere kritische Elemente, die letztlich immer auf Befehlsgewalt und Unterwerfung zurückzuführen sind bzw. einem gänzlich anderen Wertesystem folgen.

Beide Flügel des Islam haben einen gemeinsamen Kern. Sie glauben an dieselbe Gründergestalt, dessen Unfehlbarkeit und dessen Verbindung zu Gott, an dasselbe Bild des Jenseits, an die Mission und

die falsche Behauptung ihre Religion würde Frieden bedeuten. Folglich buhlen beide Konkurrenten um die Unterstützung der Politik. Unter dem Deckmantel des Beitrages zum Allgemeinwohl geht es um Deutungshoheit. Wer auch immer diese erlangt, hat die Unterstützung der „ungläubigen“ Außenwelt sicher, und kann auf seine Weise an der Islamisierung der Nichtmuslime und der Beseitigung der Ablehnung des Islam arbeiten. Im Ergebnis werden wir uns in einer Parallelwelt der Levante befinden, wo Sunniten und Schiiten ebenfalls um Deutungshoheiten kämpfen, ohne dem Islam abzuschwören.

Heuss, Adenauer und Co. konnten den Islam nicht voraussehen

So wird aus dem Staat, der sich nach den Vorgaben von Grundgesetz und Weimarer Verfassung aus der Religion herauszuhalten hat, ein „islamischer“ Streit-schlichter und Kadi. Auch aus deutscher Sicht stellt sich die Frage, ob der deutsche Staat bei der Entwicklung einer neuen, religiösen, verfassungskonformen Ausrichtung moderieren darf. Die Väter unseres Grundgesetzes entschieden sich aus gutem Grunde für die Trennung von Staat und Religion. In säkularen Systemen hat der Staat einer Glaubensgemeinschaft nicht zu sagen, wie er seine Religion zu verstehen habe. Er hat lediglich die Einhaltung seiner Gesetze einzufordern und gleichzeitig die ungestörte Religionsausübung zu garantieren. Man hatte weder im Rahmen der Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes noch bei der Rechtssetzung insgesamt mit dem politischen Anspruch und der Gewalt, die aus dem Islam hervorgeht, gerechnet.

Der Islam hat kein Oberhaupt

Mit Blick auf die Geschichte des Holocaust ging es viel eher darum, die religiöse Verfolgung einer Gruppe durch den Staat

zu verhindern. Auf die Idee, dass eine Religion sich aktiv gegen den Staat und die Mehrheitsgesellschaft in den Kampf zieht, dürfte niemand gekommen sein. Noch weniger kommen wir mit einer Ideologie klar, die von unsichtbarer Hand geführt zu werden scheint. Ganz ohne geistliches Oberhaupt und trotz verschiedener Ausrichtungen, trotz Widersprüchen und der freien Wahl der Mittel, die vom Töten bis zum Umarmen des Sünders bzw. Nichtmuslims reichen, arbeiten alle an einem gemeinsamen Ziel. Unsere Gesetze sind nicht gerüstet für Straftäter, die den Tod nicht fürchten und vor der Tötung eines Menschen keine Scheu zu haben scheinen. Unsere Politiker sind nicht in der Lage, der zur Erstückung gedachten Umarmung zu widerstehen.

In unserer Welt geht man vom Respekt gegenüber dem Nächsten aus und schreibt einem Menschen grundsätzlich unabhängig von seinen sonstigen Identitätsmerkmalen Menschenwürde zu. Wir können nicht wahrhaben bzw. erkennen, dass man uns dermaßen verachtet. Die Politik unterliegt einem Trugschluss, da sie davon ausgeht, feindliche Einstellungen zähmen zu können.

Eine erstaunlich hohe Anzahl von bei uns in Deutschland lebenden Muslimen verweigert sich den staatlichen Regelungen und der westlichen Werteordnung. Die Islamkonferenz ist eine aus der Verzweiflung der Ohnmacht entstandene Institution, mit den besten Absichten. Es mangelt nur an Weitsicht, interkultureller Kompetenz und politischem Urteilsvermögen. Ein deutschsprachiger Islam wird zwar gefordert, um religiöse Botschaften besser einordnen und kontrollieren zu können. Ein deutschsprachiger Islam bedeutet aber auch, dass der Islam in Deutschland angekommen ist und das in seiner jetzigen, nicht westlich sozialisierten Fassung.

Viel Geld für die Moscheen

Die Bezeichnung von Nichtmuslimen als Affen und Schweine klingt in deutscher Sprache eben auch nicht friedlicher. Ein deutscher Islam bedeutet zwar, dass der Sumpf Auslandsfinanzierung trockengelegt werden kann. Doch bleiben die Muslime immer noch überzeugte Mitstreiter bzw. Kämpfer Allahs und werden weder durch die Islamkonferenz noch die aktuelle Integrationspolitik zu Mitstreitern der Mehrheitsgesellschaft. Die Einbindung des Islam in die deutsche Rechtsordnung über das Institut der Körperschaft des öffentlichen Rechts erlaubt nicht nur die breitere Finanzierung der Seelsorge in den Gefängnissen, sondern auch die umfassendere Radikalisierung in den Gefängnissen, die Erweiterung der Mitgestaltung von Lehrplänen staatlicher Schulen, die Übernahme hoheitlicher Aufgaben. Letztlich ist es der Islam selbst, der sich jeder Eingrenzung verweigert. Die Islamisierung bei gleichzeitiger Germanisierung des Islam, kann weder den Islam bei uns in Deutschland noch in der Welt befrieden, solange Muslime unter dem Begriff „Frieden“ etwas anderes verstehen als der Nichtmuslime. Daran ändert auch die Beteiligung von liberalen Muslimen nichts. Bestenfalls werden sie eine gute kritische Stimme gegen die radikalen Kräfte auf dem Weg in einen deutschen Islam. Denn diese Religion kann nicht um seiner selbst willen bzw. nur für die eigenen Gläubigen existieren. Das Konzept des Islam begnügt sich nicht mit Spiritualität. Im Gegenteil, gerade eine solche kommt regelmäßig zu kurz. Es ist ihr Auftrag, sich bestimmend in die Lebenswelten Dritter einzubringen, um den eigenen Machtbereich zu erweitern – sei es mithilfe des Schwertes oder des Wortes, und wenn es sein muss, auch mit der Umarmung des Feindes.

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
Tel.: (030) 54 71 02 50 Fax: (030) 23 32 88 60
E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de
• per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion), (030) 54 71 02 50 (Verwaltung) • per Fax (auch Anrufbeantworter): (030) 23 32 88 60
• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 50 • E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unangeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

Unsere Kontaktadressen



J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin

(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Verwaltung, auch Anrufbeantworter)

redaktion@juedische-rundschau.de

(030) 23 32 88 60 (auch Anrufbeantworter)

www.juedische-rundschau.de

www.facebook.com/jrundschau

@jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)

49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)

73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)

32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____
 Strasse, Hausnummer _____
 PLZ _____ Wohnort _____
 Geburtsdatum _____ Telefon: _____ E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vor dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ Unterschrift **X** _____

Ich zahle gegen Rechnung:
 Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Gutschein vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, die bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

„Israelkritik“ – das gängige Ventil für kaschierten Antisemitismus

Treffen von Verschwörungstheoretikern, Israelfeinden und BDS-Aktivisten an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität

Von Marisa Kurz

Der „Lehrbereich Meyen“ am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) lud für den 7. November 2018 zu einer Veranstaltung mit dem Titel „Israel, Palästina und die Grenzen des Sagbaren“. Einziger Redner sollte der Journalist Andreas Zumach sein, seines Zeichens Mitglied des „Bündnisses zur Beendigung der israelischen Besatzungspolitik“ (BIB). Das BIB schreibt auf seiner Website unter anderem, dass „die Angriffe palästinensischer Attentäter und die Raketen aus dem Gaza-Streifen lediglich der Ausdruck der Verzweiflung und Ohnmacht“ seien und spricht von einer „ungebrochenen Kolonisierung und Enteignung von Land“ durch Israel.

Feindbild Münchener Stadtrat

Als Aufhänger für die Veranstaltung präsentierte der Lehrbereich Meyen die Entscheidung der Stadt München, für Veranstaltungen der BDS-Bewegung keine städtischen Räume mehr zur Verfügung zu stellen. Organisationen, die die BDS unterstützen, so der Beschluss des Stadtrats, sollen außerdem nicht mehr bezuschusst werden. Dies, so Prof. Meyen und Andreas Zumach unisono, schränke die Meinungsfreiheit ein. In der Einladung hieß es denn auch dramatisch: „Aber was passiert, wenn der Vorwurf ‚Antisemit‘ genutzt wird, um unbequeme Stimmen aus der Öffentlichkeit zu verbannen (...)?“ Weiter wurde dort fälschlicherweise behauptet, die Stadt München würde keine Räume für Veranstaltungen mehr zur Verfügung stellen, in denen „Israel kritisiert“ oder die BDS-Bewegung auch nur „erwähnt“ wird.

Wir erinnern uns: Die Bewegung „Boycott, divestment and sanctions“, kurz BDS, ist eine internationale politische Kampagne mit dem Ziel, Israel wirtschaftlich, kulturell und politisch zu isolieren und wird von unabhängigen Experten, etwa dem Berliner Verfassungsschutz, als in Teilen antisemitisch eingestuft.

Ein Mitarbeiter des Lehrbereichs Meyen, der in München bekannte Aktivist und Ex-DKP-Sprecher Kerem Schamberger, kündigte im Vorfeld der Veranstaltung auf seinem Facebook-Profil an, dass auf der Veranstaltung außerdem die „Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe München“ mit „einem kurzen Statement über ihre Erfahrungen präsent sein wird“. Die Gruppe ist offizieller Unterstützer der BDS-Bewegung und wird im weltweiten Antisemitismus-Bericht des Simon Wiesenthal Centers erwähnt.

Jüdische Organisationen fordern im Vorfeld die Absage

Wegen der tendenziösen Veranstaltungsankündigung, die einen höchst einseitigen Abend befürchten ließ, forderten u.a. die Jewish Agency für Israel in München, der Verband jüdischer Studenten in Bayern e. V., das Junge Forum der Deutsch-israelischen Gesellschaft e.V. München und die Europäische Janusz Korczak Akademie e.V. in einem offenen Brief an den Präsidenten der LMU, keine Räume für diese



Redner Andreas Zumach

Veranstaltung zur Verfügung zu stellen – allerdings ohne Erfolg. Der Präsident der LMU ließ in einer E-Mail, die der JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorliegt, durch einen Mitarbeiter ausrichten, dass der verantwortliche Professor zugesichert habe, „dass die Veranstaltung keine rassistischen, antisemitischen oder antidemokratischen Inhalte haben wird. D. h., dass insbesondere weder in Wort noch in Schrift die Freiheit und Würde des Menschen verächtlich gemacht noch Symbole, die im Geist verfassungsfeindlicher oder verfassungswidriger Organisationen stehen oder diese repräsentieren, verwendet oder verbreitet werden dürfen.“ Unter dem Vorbehalt, „dass ein diskursorientierter Austausch verschiedener Meinungen und Standpunkte gewährleistet sein muss, der den Standards wissenschaftlicher Reflexion genügt“ sprach sich der Uni-Präsident gegen eine Absage der Veranstaltung aus.

Socialer Parasit zur Einführung

So gab es an Deutschlands renommiertester Universität, in der ehemaligen „Hauptstadt der Bewegung“, eine beschämende Veranstaltung zu erleben, die alle Befürchtungen weit übertraf – und das nur wenige Meter entfernt von dem berühmten Lichthof, in dem einst die Geschwister Scholl ihre Flugblätter verteilten.

Professor Meyen führte mit einem Zitat des Publizisten und Soziologen Albert Schäffle in den Abend ein. Professor Armin Nassehi, Professor für Soziologie an der LMU, kommentierte seine Einlassungen so:

„In der Einleitung begründet der Kollege seine ‚Öffentlichkeitstheorie‘ ausgerechnet mit Albert Schäffle, der Ende des 19. Jahrhunderts die Figur des ‚Socialen Parasiten‘ mitgeprägt hat - ein Topos, der

zur Grundausrüstung des Antisemitismus gehört und bei Schäffle nicht einfach Konnotation ist, sondern explizite Notation. Diese Einleitung bei einer Veranstaltung zur Verteidigung des BDS zu wählen, versucht gar nicht erst, Assoziationen zu vermeiden, sondern stößt geradezu darauf. Auch die unschuldig daher kommende Semantik des ‚Elfenbeinturms‘ kann man im Kontext einer Parasitenkritik lesen. Eine Überinterpretation, lieber Kollege? Wer Assoziationsräume öffnet, bittet um Eintritt.“

Dann tritt Hauptredner Andreas Zumach auf. Zuallererst stellte er klar, wo für seine Person „die Grenze des Sagbaren“ zu verlaufen hat:

„Wer mich (...) mit der Absicht der Verleumdung falsch zitiert, der bekommt großen Ärger, das sage ich in aller Klarheit, das wird viel Geld kosten.“

Er habe gute Anwälte, fügt er hinzu. „Akteure“ einer „Kampagne“ würden den Antisemitismus-Vorwurf gegen seine Person und seine Mitstreiter nutzen, um legitime Kritik an Israel pauschal zu diffamieren und die Meinungsfreiheit von Kritikern einzuschränken – so wie es auch beim Verbot von BDS-Veranstaltungen der Fall sei. Ein Verbot, das, so kündigte Zumach an, irgendwann noch vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte diskutiert werden würde.

Einseitigkeit, Verschwörungstheorien und Verleumdungen gegen Israel und die Juden

Die Aufzeichnung der Veranstaltung ist auf dem Blog von Professor Meyen (Medienblog.hypotheses.org) veröffentlicht. Detailreich konstruierte Zumach während seines Vortrags das Feindbild einer von der israelischen Regierung gesteuerten, internationalen „Kampagne“, deren Ziel es sei, Kriti-

ker der israelischen Regierungspolitik mit einem falschen Antisemitismus-Vorwurf mundtot zu machen. Zumach nutzte den größten Teil seiner Redezeit, um zahlreiche angebliche „Akteure“ dieser „Kampagne“ namentlich zu verleumden – und inszenierte sich selbst als aufrichtigen Kritiker, der Opfer bössartiger Unterstellungen wird.

Volker Beck etwa sei „einer der eifrigsten Verleumder von Kritik an israelischer Regierungspolitik“ und habe „hinterücks“ eine „Kampagne“ gegen eine von Zumach geplante Tagung „organisiert“ (Minute 38). Weitere „Akteure“ der „Kampagne“ seien Deutsch-Israelische Gesellschaften, „auch hier in München“ (Minute 39). „Mitläufer“ der Kampagne seien außerdem auch „einige der von diversen Bundesländern ernannten Beauftragten gegen Antisemitismus“. Er könne, so Zumach, noch weitere Namen aus München nennen, aber unterlasse das an dieser Stelle. In einem früheren Vortrag in Würzburg hatte Zumach Charlotte Knobloch als „Teil einer Lobby“ bezeichnet, die „systematisch versucht (...), jegliche noch so präzise, legitime Kritik an israelischer Regierungspolitik (...) zu diffamieren“. Weiterer wichtiger Akteur der imaginierten Kampagne sei außerdem der Journalist Benjamin Weinthal von der „Jerusalem Post“.

Die „Kampagne“, so Zumach, sei in den letzten Jahren erheblich „eskaliert“, seit die israelische Regierung angefangen habe, auf BDS zu reagieren. Überhaupt sei die israelische Politik die „größte Gefahr und Bedrohung für eine dauerhaft gesicherte unbedrohte Existenz Israels“ (Minute 28) und „(...) es ist diese Besatzungspolitik, die der Verwirklichung der palästinensischen Rechte auf Selbstbestimmung und der Umsetzung ihrer universell gültigen

Menschenrechte entgegensteht.“ sagte er weiter. Die Kampagne umfasse „systematische Angriffe gegen Menschen, die Kritik an israelischer Regierungspolitik üben“ und verfüge über ein Budget in dreistellige Millionenhöhe.

„Apartheid“

„Die Kampagne“, so sprach Zumach weiter, „reißt sich sehr stark auf an dem Vorwurf, dass Israel ein Apartheidsstaat sei“. Solch historische Vergleiche lehne er grundsätzlich ab, weil es trotz aller „Gemeinsamkeiten“ immer spezifische Unterschiede gebe (um Minute 51). Doch tatsächlich sei „der Tatbestand der völkerrechtlichen Apartheidsdefinition im Wesentlichen erfüllt.“ (Minute 56).

Tatsächlich, so Zumach, seien viele Unterstützer Israels die wahren Verursacher von Antisemitismus, indem sie legitime Kritik an der israelischen Politik unterbinden. Zumach erzählte, wie er einmal Gregor Gysi erklärte, dass der Begriff „Staatsräson“, den viele Politiker „leider“ verwenden, wenn es um Israel geht, ein Begriff „aus dem preußischen Obrigkeitsstaat“ ist (Minute 22). Zumach will damals zu Gysi gesagt haben „hier wird von oben befohlen, du musst gehorchen, basta (...) wenn Sie so an dieses Thema herangehen (...) dann züchten sie eher Judenfeindlichkeit“.

Um eine klare definitorische Unterscheidung zwischen Antisemitismus und Kritik an Israel, ging es in dem Vortrag an keiner Stelle – weder von Seiten des Veranstalters, noch von Seiten des Referenten. Gängige Antisemitismusdefinitionen, so behaupteten die beiden, seien nicht präzise und deshalb unbrauchbar – und dienten letztendlich dazu, Israel-Kritiker mundtot zu machen. Genauso wenig wurde der Begriff der Meinungsfreiheit kritisch beleuchtet. Kommunikationswissenschaftler Meyen und Journalist Zumach, die sich von Berufswegen her mit der Bedeutung von Begriffen beschäftigen, hielten es also nicht für nötig, die Begriffe, auf denen ihre Prämissen aufbauten, zu definieren.

Wollte diese Veranstaltung einfach eine extrem einseitige, klar gegen Israel gerichtete Position präsentieren, die im Rahmen einer Vortragsveranstaltung schon wegen der Beschränkung der Redezeit für Diskutanten aus der Zuhörerschaft nicht angemessen diskutiert werden kann?

Ein Jude hat „den Holocaust nicht verstanden“

Schon während des Vortrags kam es immer wieder zu empörenden Zwischenrufen aus dem Publikum. Ein Herr, der eine Israel-Flagge trug, verließ schon früh den Saal und rief den Veranstaltern „Antisemiten“ zu. Auch nach dem Vortrag gab es viele kritische Wortmeldungen. Einem älteren Juden, Angehöriger von Holocaust-Überlebenden, der seinen Vortrag inhaltlich kritisierte, rief Zumach sichtlich empört zu, er habe „den Holocaust nicht verstanden“. Eine betagte Dame, selbst Holocaust-Überlebende, hatte sich der Strapaze unterzogen, mit ihrer Tochter die Veranstaltung zu besuchen. Wie muss es für sie gewesen sein, sich einmal mehr anzuhören, wie die Juden als die wahren Verursacher von Antisemitismus beschuldigt wurden und sich sagen zu lassen, sie hätte den Holocaust nicht verstanden? Nach der Veranstaltung trat sie zu Meyen, schüttelte den Kopf und fragte „warum“?

Ein Jude wird zum Rechtsextremisten

Andreas Zumach kommentierte auch die offenen Briefe gegen seinen Auftritt. Diese, so behauptete er, enthielten Falschbehauptungen und legen ihm falsche Zitate in den Mund. Besonders schlimm sei der Brief des „Münchner Bündnisses gegen Antisemitismus“, da die Urheber sich feige in der Anonymität des Internets versteckten. Den Zuruf der Geschmähten „Wir sind hier!“ ignorierte Zumach geflissentlich. Den Erstunterzeichner eines der Offenen Briefe gegen die Veranstaltung, Yonathan Shay von der Jewish Agency, der im Publikum saß, bezeichnete er als „eingefleischten rechtsextremen Agitator“.

Zwei Zuschauerinnen, die während des Vortrags kleine Israel-Fähnchen bei sich trugen, berichteten später, dass sie im Universitätsgebäude und an der U-Bahn-Station Universität von anderen Teilnehmern angefahren und aufgefordert wurden, ihre Fahnen wegzupacken. Die Holocaust-Überlebende und ihre Tochter wurden – vermutlich von Mitgliedern der antizionistischen Szene und aus dem Umfeld der Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe München – aufgefordert, „ihre Schnauze zu halten“.

Der Lehrbereich Meyen feiert seinen gelungenen Auftritt

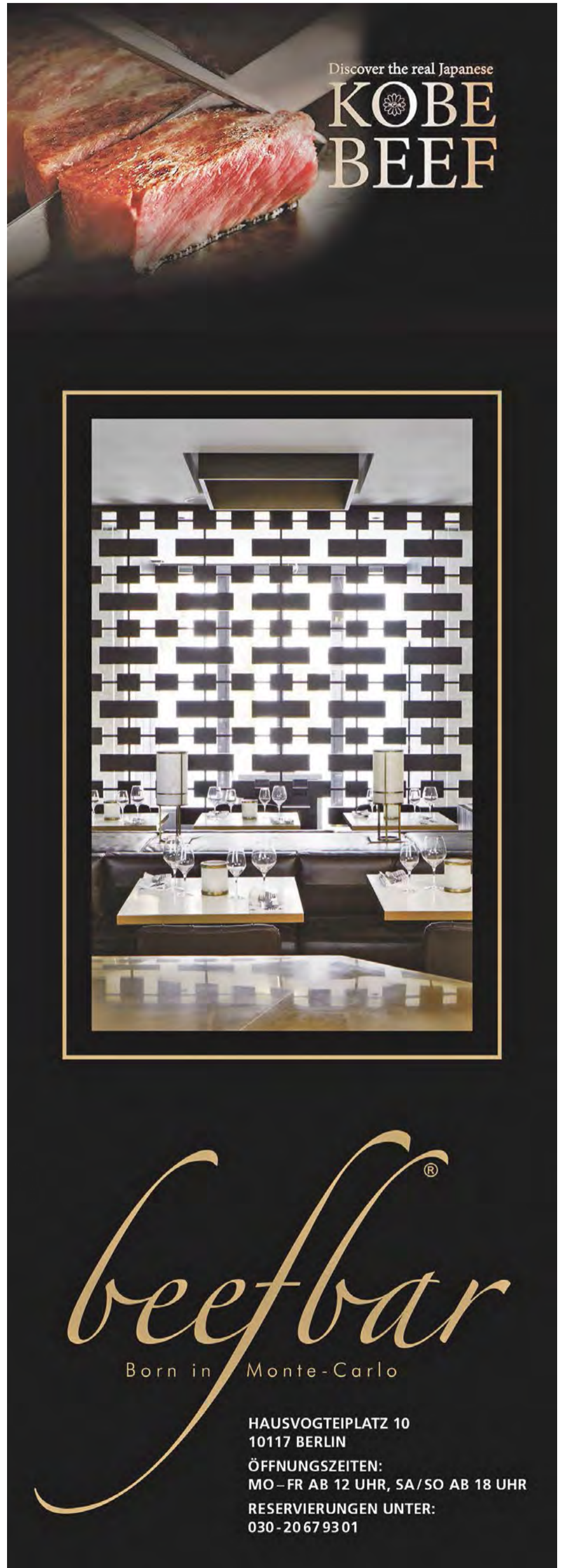
Professor Meyen hat das Video der Veranstaltung unter der Überschrift „Antisemitenmacher live (und mit Fahnen)“ ins Netz gestellt. Wie er dort erklärt, fordert die BDS-Bewegung zum Widerstand auf, „bis sich die israelische Regierung zu dem bekennt, was das Völkerrecht von ihr verlangt, und bis alle Bürger dieses Landes gleichberechtigt sind.“. Anstatt sich für die Entgleisungen seines Gastes zu entschuldigen, tritt Meyen auf seinem Blog nach und macht sich über die zahlreichen Kritiker, die während der Veranstaltung lautstark protestiert hatten, lustig: „Israelfahnen. In der Universität, nicht im Stadion. Wer sich als Fan verkleidet, will nicht diskutieren.“ Dass während des Vortrags zwei riesige „palästinensische“ Flaggen hochgehalten wurden und sich ein Träger sogar so vor das Publikum gestellt hatte, dass die Zuschauer die Flagge während des gesamten Vortrags in voller Größe bewundern konnten, vergisst er zu erwähnen.

„Völkerrecht vs. Radikalnationalismus“?

Auch Andreas Zumachs Mitstreiter schmücken sich auf der Website des „Bündnisses zur Beendigung der israelischen Besatzung e. V.“ mit der Veranstaltung an der LMU. „Zum ersten Mal seit langem gab es eine öffentliche Diskussion zwischen einem Vertreter des völkerrechtlichen Diskurses, Andreas Zumach, und Sympathisanten der israelischen Radikalnationalisten.“ Auf derselben Seite heißt es über die Kritiker der Veranstaltung „es sind Rechtsextreme, die unsereins mit dem falschen Vorwurf von Antisemitismus zum Schweigen bringen wollen“. Der Jude Yonathan Shay wird hier wieder namentlich als „rechtsextrem“ diffamiert.

Die gesamte Veranstaltung wurde aufgezeichnet und kann auf dem Blog von Professor Meyen (Medienblog.hypotheses.org) angeschaut werden.

Marisa Kurz, Jahrgang 1988,
ist Absolventin, ehemalige
Mitarbeiterin und Doktorandin der
Ludwig-Maximilians-Universität
München.



Discover the real Japanese
KOBE BEEF

beefbar[®]
Born in Monte-Carlo

HAUSVOGTEIPLATZ 10
10117 BERLIN
ÖFFNUNGSZEITEN:
MO-FR AB 12 UHR, SA/SO AB 18 UHR
RESERVIERUNGEN UNTER:
030 - 20 67 93 01

Facebook sperrt Beitrag eines bekannten Islam-Dissidenten

Der prominente Schriftsteller Hamed Abdel-Samad wurde wegen seines islamkritischen öffentlichen Aufschreis „Ihr Feiglinge!“ blockiert

Von Gerd Buurmann

Für diesen Text wurde Hamed Abdel-Samad von Facebook gesperrt.

„Ihr Feiglinge! Viele junge Muslime/Muslimas leben im Westen und genießen die Vorzüge der Freiheit, sie setzen sich aber für diese Freiheit kaum ein. Viele sind gut gebildet und haben einen guten Job, bleiben aber in den Zwängen der Religion und der eigenen Community verhaftet. Ihre Bildung und Engagement stellen sie selten in den Dienst der Aufklärung und des Gemeinwesens, sondern eher in den Dienst des Islam oder der Parallelgesellschaft. Sie kritisieren die rechte Ideologie, solange sie von Bio-Deutschen kommt, aber wir hören von ihnen kaum Kritik gegen die reaktionären Islamverbände, die nationalistischen Grauen Wölfe oder die patriarchalischen Strukturen in den eigenen Familien. Im Gegenteil, viele von ihnen sind Krawatten-Islamisten, die Erdogan, die Grauen Wölfe und die Muslimbruderschaft unterstützen und das Patriarchat verteidigen. Sie zitieren Kant und Adorno, um die Aufklärung zu relativieren und den Islamismus zu verniedlichen. Sie verlangen Sonderrechte für Muslime in Deutschland, lehnen aber die Minderheitenrechte für Kurden in der Türkei oder für Christen in der arabischen Welt ab. Selbst viele muslimische Intellektuelle und Journalisten sind in diesen Sippen verhaftet und werben ständig um Verständnis für den Islam und die Parallelgesellschaft, statt ihre Leute mit Kritik herauszufordern. Selbst wenn diese Kritik manchmal kommt, ist sie oft leise und relativiert sich nach zwei Sätzen, indem die Debatte in Richtung Kampf gegen Islamophobie driftet.“

Migrantenkinder der zweiten und dritten Generationen wissen ganz genau, was schief läuft in der Erziehung und in den Communities, und haben selbst oft darunter gelitten, nehmen aber ihre Leute sippenhaft in Schutz, wenn Kritik von außen kommt. Statt Selbstkritik zu üben, geben sie den anderen die Schuld für die Misere. Die Frauenhäuser sind voll von entrechteten muslimischen Frauen, aber viele gebildete Muslimas machen eher Kampagnen für das Kopftuch und Burkini. Statt sich vom Joch der patriarchalischen Tradition zu emanzipieren, starten sie Initiativen und Projekte, um einen Propheten, der Frauen als Kriegsbeute nahm und ein sechs-jähriges Mädchen heiratete, als Vorbild für den modernen Menschen zu rehabilitieren!

Ich sage Euch, Ihr seid Feiglinge und Heuchler! Ihr seid keine freien mündigen Bürger, sondern Untertanen Eurer Religion und Eurer Community! Und wenn Ihr genauso vehement gegen die Missstände in Euren eigenen Reihen vorgehen würdet wie gegen Islamkritik, wäre diese Kritik überflüssig! Wenn Ihr mehr Mut zeigen würdet statt Opferhaltung, wäre die Gesellschaft reicher. Wenn Ihr Euch für die Freiheit aller einsetzen würdet, statt nur Sonderbehandlung für Euch zu verlangen, wäre viel gewonnen!“

Nein zum Judenhass

Hamed Abdel-Samad kann nur mit Personenschützern sein Haus verlassen. Seine Freunde kann er nur geheim treffen. Sein unbeschwertes Leben wurde ihm genommen, weil er die Freiheit der Meinung lebt und den Islam kritisiert. Er lebt unter ständiger Lebensgefahr, weil er Homosexuelle nicht verurteilt, für Frauenrechte streitet, das



Hamed Abdel-Samad ist wütend.

Kopftuch für Frauen nicht fordert, Juden nicht hasst und den Islam an seinen fundamentalistischen Stellen kritisiert. Das ziehen viele Muslime in Europa als Grund heran, Hamed Abdel-Samad umbringen zu wollen.

Seine wichtigste Waffe im Kampf gegen die Fundamentalisten, die ihn töten wollen, ist das freie Wort und die Möglichkeit, seine Worte zu veröffentlichen.

Das Unternehmen Facebook ist ein Kind unserer aufgeklärten Gesellschaft. Für diese Freiheit sind viele Männer und Frauen gestorben, die für das freie Wort gestritten haben, wie Hamed Abdel-Samad. Ausgerechnet diesem Mann entzog Facebook nun eine seiner wichtigsten Selbstverteidigungswaffen und sperrte ihn.

Es ist nicht das erste Mal, das Hamed Abdel-Samad gesperrt wurde. Vor genau einem Jahr wurde er von Twitter gesperrt. Er kommentierte damals:

„Nachdem ich Bilder und Posts eines algerischen Islamisten veröffentlicht habe, der in seiner Heimat für Gewalt gegen religiöse Minderheiten im Gefängnis war und nun in Deutschland Asyl beantragt, hetzte er und seine Freunde gegen mich im Netz und verlangten meine Seite zu attackieren. Facebook reagierte nicht, Twitter aber wohl. Islamisten werden in Schutz genommen und sie dürfen weiterhin gegen den Westen hetzen, aber Kritiker des Islamismus werden gesperrt. Wir bewegen uns definitiv in die falsche Richtung!“

Hamed Abdel-Samad sieht sich einem Zermürbungskrieg ausgesetzt, bei dem ein Meldemob in der virtuellen Welt gegen einen Mann vorgeht, der in der realen Welt ständig auf der Flucht ist vor Fundamentalisten, die ihn töten wollen. Ein Meldemob beherrscht die

Netzwerke. Heute gilt, bringe nur genug Menschen gegen Dich auf und eine Sperrung wird sehr wahrscheinlich.

Die Art und Weise wie Facebook seine Seiten verwalten, ist ein Angriff auf den liberalen Geist der Individualität, wo der Gedanke der Freiheit und die persönliche Entfaltung zählen und nicht der Mob.

Einige mögen nun einwenden, Hamed Abdel-Samad habe zu viel Kritik geübt. Es gibt aber kein Zuviel an Kritik. Es gibt nur ein Zuviel an Beleidigtsein. Gegen Kritik, die schmerzt, möge sie nun schmerzen, weil sie wahr ist oder schmerzen, weil sie unwahr ist, hilft nicht mehr hinhören als Sofortmaßnahme und Gegenrede als zivilisierte Form der Verteidigung. Eine Rede jedoch zu verbieten, weil man glaubt, sie könne Gewalt befördern, ist ein Präventivschlag. Ein solcher Schlag sollte, wenn überhaupt, nur in ganz engen Grenzen gestattet sein, nämlich wenn ein physischer Angriff sicher und unmittelbar bevorsteht. Niemand aber ist in Gefahr, weil Hamed Abdel-Samad redet. Hamed Abdel-Samad aber ist in Gefahr, weil er redet!

Polizeiliches Verhör wegen Beleidigung eines seit über 1.000 Jahre toten Menschen

Im Jahr 2016 wurde Abdel-Samad angezeigt und von der Berliner Staatsanwaltschaft verhört, weil er Mohamed als „Massenmörder und krankhaften Tyrann“ bezeichnet hatte. Das Verhör war ein eklatanter Verstoß gegen die Meinungsfreiheit und ich schäme mich, in einem Land zu leben, wo es Gesetze gibt, die so ein Verhör ermöglicht haben. Hamed Abdel-Samad schrieb damals:

„Wie kann man eigentlich Volksverhetzung messen? Zählt man die Köpfe, die wegen meines Buches abgetrennt wurden, kommt man auf die Zahl Null. Auch wurden deshalb keine Menschen vertrieben oder von ihrer Arbeit entlassen. Wie viele Menschen sind aber seit dem Erscheinen meines Buches im Namen von Mohamed und dem Koran getötet worden?“

Wie viele Menschen wurden vertrieben, versklavt oder vergewaltigt? Wer soll wen eigentlich anklagen? Islamkritiker in der islamischen Welt müssen mit Todesstrafe, Gefängnis oder Auspeitschung rechnen. Auch in Europa werden sie von radikalen Islamisten bedroht. Für Politiker sind sie unerwünscht oder mindestens ‚nicht hilfreich‘. Von Linken und Dialog-Profis werden sie schikaniert, diffamiert und kritisiert. Dass auch die deutsche Justiz sich an dieser Sanktionierung beteiligt, ist für mich ein Skandal!“

Auf die Frage, ob Hamed Abdel-Samad die Konfrontation suche, sagt er:

„Nein, ich suche das Gespräch und daraus wird eine Konfrontation. Habe ich irgendjemanden beleidigt? Habe ich irgendjemanden angeschrien? Nein! Die Leute kommen auf mich zu und schreien.“

Hamed Abdel-Samad beleidigt und provoziert nicht. Menschen fühlen sich durch Hamed Abdel-Samad beleidigt. Deshalb aber seine Worte zu sperren, ist genauso falsch wie eine vergewaltigte Frau zu kriminalisieren, weil sie einen zu kurzen Rock getragen haben soll.

Der Mantel des Schweigens ist für die Redefreiheit das, was der Schleier und das Kopftuch für die Rechte der Frau ist. Jede Frau darf selbst entscheiden, ob sie einen Schleier tragen möchte und jeder Mensch darf selbst entscheiden, ob und zu was er schweigen und reden will. Es darf keinen Zwang geben, weder für den Schleier noch für den Mantel des Schweigens!

Hamed Abdel-Samad ist ein anständiger Mensch der Aufklärung. Er macht auf Missstände aufmerksam und zeigt mit dem Finger auf den Sumpf, aus dem immer wieder Blasen des Hasses aufsteigen. Er gibt einfach nicht auf, auch wenn es manchmal weh tut.

„Ich mag Orte, wo Menschen mit dem Herzen dabei sind, auch wenn ich nicht mehr religiös bin, aber ich mag sehnsuchts-geladene Orte, wo die Menschen weinen, wo die Menschen ihre Sehnsüchte aussprechen. Das Letzte, was ich will, ist letzten Endes Gefühle von irgendjemanden zu verletzen, ich meine, dass er sagt, ich hätte dann ...“

Hier überkamen ihm die Gefühle. Er weinte.

„Wenn ich jedes Mal immer darauf achten muss, dass der oder der oder die verletzt sein könnte oder das wäre zu viel, hör da auf, das ist eine Selbstzensur, die sehr gefährlich ist für einen Schriftsteller. Ein Schriftsteller lebt davon, dass er einfach seine Meinung sagt und sich darauf verlässt, dass die Anderen ...“

Hier überkamen ihm erneut die Tränen.

„Glaubst Du, dass ich das aus Spaß mache. Glaubst du, dass ich so leben will?“

Lieber Hamed Abdel-Samad,

Du kämpfst für mich. Du kämpfst für uns. Du bezahlst einen hohen Preis dafür. Ich glaube nicht an Helden, aber ich glaube an heldenhafte Taten. Du vollbringst sie jeden Tag. Danke dafür, vielen, vielen Dank! Und den Damen und Herren bei Facebook sei gesagt: Schämt Euch!

Airbnb streicht Angebote in Judäa und Samaria

Das amerikanische Unternehmen reagiert in vorseilendem Gehorsam auf Anwürfe der Israel-Delegitimierungs-Organisation „Human Rights Watch“.

Israelnetz

Der Unterkunftsvermittler Airbnb wird nicht länger Angebote in israelischen Siedlungen auflisten. Das teilte das amerikanische Unternehmen am Montag mit. Das US-Gesetz verbiete es zwar nicht, in israelischen Siedlungen wirtschaftlich tätig zu sein. Nach einer Beratung mit Experten sei man aber zu dem Entschluss gekommen, israelische Siedlungen im Angebot zu meiden.

Das Team von Airbnb erklärte weiter, es sich mit der Entscheidung nicht leicht gemacht zu haben. Man sei sich bewusst, dass das Thema umstritten sei, und re-



Während AirBnB-Miteigener Ashton Kutcher auf einer Gala spricht, stört eine BDS-Aktivistin die Veranstaltung.

spektiere andere Sichtweisen. Die Entscheidungsträger seien aber zu der Auffassung gelangt, dass „das Vorhandensein des Angebots in dem besetzten Gebiet eine direkte Verbindung zum größeren Disput in der Region hat“.

„Human Rights Watch“ prangert Airbnb an

Beobachter vermuten, dass Airbnb mit der Entscheidung vorweg auf einen Bericht der Organisation „Human Rights



Die Jüdin Moria Shapira aus Samaria ist von dem Boykott betroffen.

Watch“ (HRW) reagiert hat, der kürzlich erschienen ist. Der Titel lautet „Bed and Breakfast auf gestohlenem Land“. Airbnb selbst bezieht sich nicht auf den Bericht, umgekehrt erwähnt dieser Airbnb namentlich, daneben auch die Buchungsseite Booking.com.

Nach der Feststellung, dass der Siedlungsbau im Westjordanland „illegal“ sei, folgert HRW:

„Die Geschäftsaktivitäten, die Airbnb und Booking.com ausführen, helfen dabei, Siedlungen im Westjordanland profitabler und damit auch nachhaltiger zu machen, und damit den illegalen Transfer israelischer Bürger in die Siedlungen zu erleichtern.“

In dem Bericht untersucht HRW zusammen mit der israelischen Organisation „Kerem Navot“ 225 Standorte im Westjordanland und einige zusätzliche in Ost-

jerusalem, die bei Airbnb oder Booking.com zwischen Ende März und Anfang Juli dieses Jahres gelistet wurden. Zum Teil handele es sich bei den israelischen Angeboten um „palästinensischen“ Privatbesitz. Für HRW steht fest, dass „die Siedlungen zu schweren Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Gesetzes beitragen“. Daher fordert die Organisation, dass Airbnb das Angebot stoppt.

Empörung über Entscheidung

Die Nachricht, dass Airbnb dem Folge leistet, hat in Israel Unmut hervorgerufen. Knesset-Sprecher Juli Edelstein sprach von einer „unerhörten Entscheidung“. So werde „einer der schönsten Orte im Staat Israel boykottiert“. Seine Leser auf Twitter forderte er auf, nun umso mehr dort Urlaub zu machen. Die israelische Tageszeitung „Yediot Aharonot“ meldet, die is-

raelische Regierung werde sich in dieser Angelegenheit an Washington wenden.

Für den Knesset-Abgeordneten Michael Oren ist die Entscheidung von Airbnb antisemitisch. „Airbnb setzt jüdische Wohnungen in Judäa und Samaria auf die schwarze Liste, nicht in der marokkanisch besetzten Sahara, nicht im türkisch besetzten Zypern“, schrieb der Kulanu-Politiker auf Twitter. „Niemand sollte die Dienste (von Airbnb) nutzen.“

HRW beruft sich in seinem Bericht auf die Vierte Genfer Konvention, die in Abschnitt 49 einen „Zwangstransfer“ von Zivilbevölkerung in besetzte Gebiete verbietet. Manche Juristen bestreiten jedoch, dass es sich beim Westjordanland um besetztes Gebiet im Sinne der Konvention handelt. Zudem führen sie an, dass die dortigen Einwohner nicht zwangsumgesiedelt wurden.

Vier Jahrzehnte gegen anti-israelische Propaganda

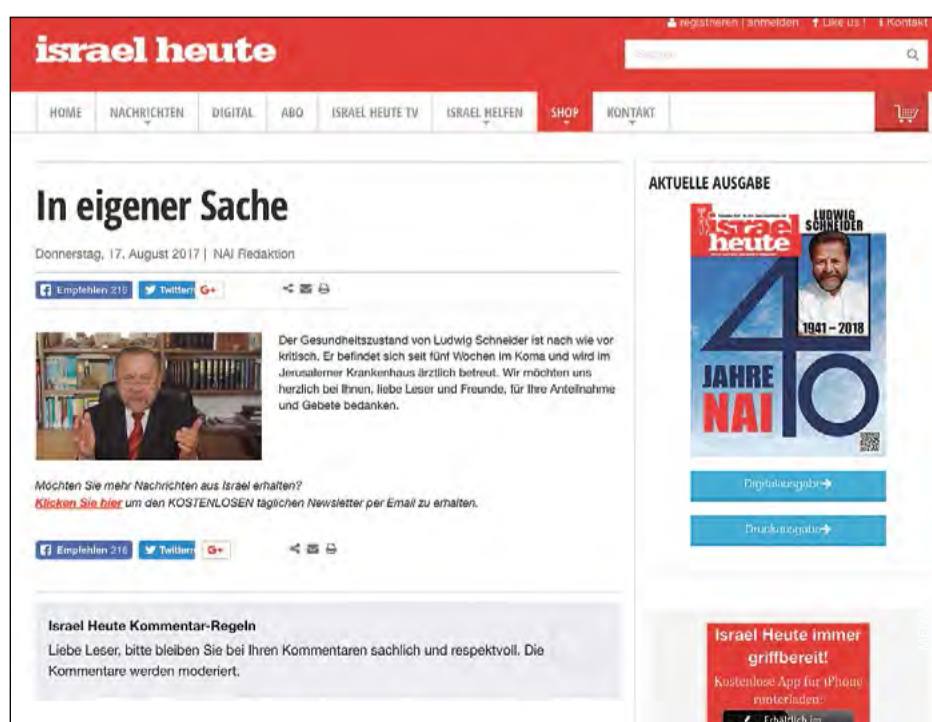
Vor 40 Jahren gründete der aus Deutschland stammende Journalist Ludwig Schneider den Informationsdienst „Israel heute“. Nun ist er im Alter von 77 Jahren verstorben.

Israelnetz

Der Gründer des Nachrichtendienstes „Israel heute“, Ludwig Schneider, ist tot. Er starb Anfang November im Alter von 77 Jahren in Jerusalem. Wegen eines Hirntumors hatte er sich am Ende seines Lebens mehreren Operationen unterziehen müssen, zuletzt lag er im Koma. Seine Familie teilte mit: „Er starb, wie er es sich immer gewünscht hatte: Zuhause in seiner Jerusalemer Wohnung umgeben von all seinen Büchern.“

Aus Magdeburg nach Jerusalem

Ludwig Schneider wurde 1941 in Magdeburg geboren. In Krefeld fand er 1960 zum christlichen Glauben. Mit seiner Frau Barbara und den Kindern wanderte er 1978 nach Israel aus. Als Journalist kritisierte er das einseitige Bild des jüdischen Staates in deutschen Medien, das von „arabischer Propaganda“ geprägt sei. Er mahnte zu mehr Wahrhaftigkeit und einer darauf gründenden Solidarität mit Israel. Zudem beschäftigte er sich mit Theologie. In Vorträgen und in



Beiträgen für den Sender „Bibel TV“ versuchte er, Verständnis zu wecken für die

Lage der Israelis. Wie das TV-Magazin „Fokus Jerusalem“ auf seiner Websei-

te anmerkt, zog sich eine Botschaft als roter Faden durch seine Verkündigung und seine Bücher:

„Es ist heute notwendiger denn je, die Menschen zu einer klaren Nachfrage aufzufordern, die keinen Spielraum mehr für Dinge lässt, die von Gott nicht gewollt sind. Zur gleichen Zeit sollen wir das lieben, was Gott liebt und auswählt hat, und das ist, ob es uns passt oder nicht, Israel.“

Trost aus dem Wochenabschnitt

Schneider hinterlässt fünf Kinder und zahlreiche Enkel. Die Hinterbliebenen ziehen nach eigenen Angaben Trost aus dem aktuellen Wochenabschnitt, der am vergangenen Schabbat in den Synagogen gelesen wurde: „Chaije Sarah“ (Sarahs Leben, 1.Mose 23,1 bis 25,18). „Dort geht es um den Heimgang Sarahs und Abrahams“, heißt es als Erklärung. „Fokus Jerusalem“ würdigt den Verstorbenen als „einen der wichtigsten jüdisch-christlichen Autoren Deutschlands“.

Geldregen für die Hamas sorgt für Regierungskrise in Israel

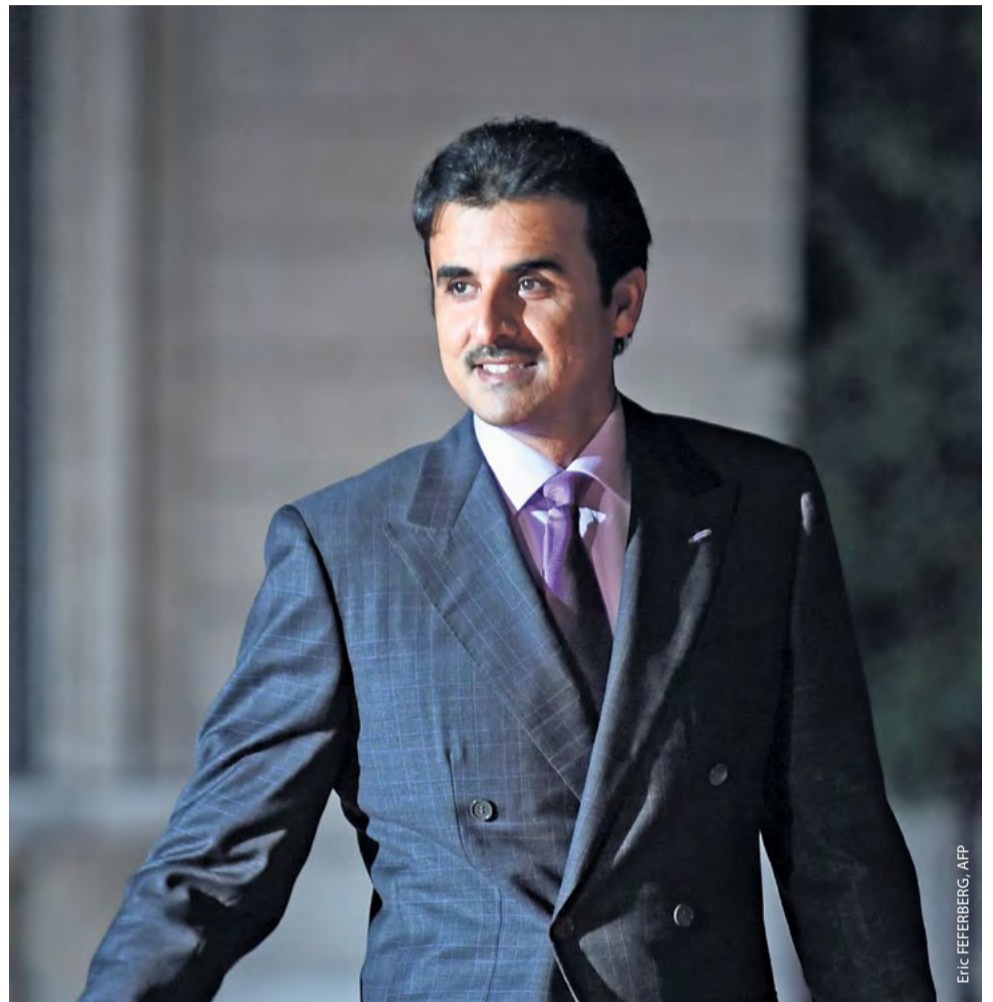
Die Terrororganisation erhält 15 Millionen Dollar aus dem Golfstaat Katar



MOHAMMED ABED, AFP

Von Stefan Frank

Hamas-Funktionär Haniya



ERIC FEFERBERG, AFP

Der Emir von Katar

Vor wenigen Tagen überbrachte Israel der Hamas im Gazastreifen ein 15 Millionen-Dollar-Geschenk des Emirs von Katar. Wie die Website „Times of Israel“ berichtete, landete ein Privatflugzeug aus Katar auf einem Flughafen in Zentralisrael. Vertreter des israelischen Verteidigungsministeriums

„brachten dann gemeinsam mit den Gesandten Katars die Koffer mit dem Geld zu Regierungsfahrzeugen, die zum Grenzübergang Erez fuhren und dann nach Gaza. Mit anderen Worten: Die israelische Regierung hat eine wesentliche Rolle dabei gespielt, den Geldtransfer abzuwickeln, um die Situation in Gaza zu beruhigen, ehe sie außer Kontrolle gerät. Und ja, die Lage hat sich beruhigt.“

Das war am 9. November 2018. Zwei Tage später schoss die Terrororganisation Hunderte von Raketen auf den Süden Israels. Eine lasergesteuerte Panzerabwehrwaffe des russischen Typs Kornet traf einen Bus, ein Mann wurde lebensgefährlich verletzt, die anderen Insassen waren vorher ausgestiegen. Dass es kein Massaker gab, muss eine Enttäuschung für die Hamas gewesen sein, wiederholte sich doch die Situation vom 7. April 2011: Damals hatten die Terroristen eine Waffe desselben Typs auf einen Schulbus gefeuert – der durch seine knallgelbe Farbe als solcher erkennbar war – und den 16-jährigen Jeschiwa-Schüler Daniel Viflic getötet. Was die Hamas nicht wusste: Alle anderen Schüler waren kurz zuvor ausgestiegen, so dass es keine weiteren Toten gab, obwohl die Hamas die eintreffenden Rettungssanitäter mit Mörsergranaten beschoss.

„Kein Nachgeben gegenüber Erpressern und Terroristen“, lautet ein immer wieder – wenn auch leider immer seltener – zu hörendes Schlagwort. Es ist die einzig vernünftige Position gegenüber Kriminellen, die versuchen, gewaltsam Geld oder politische Zugeständnisse (wie etwa die Freilassung gefangener Terroristen) zu erpressen. Was, wenn man Forderungen,

die mit dem Nachdruck von Pistolen oder Sprengstoff vorgetragen werden, nachkommt? Im günstigsten Fall hat man es mit einem Erpresser zu tun, dem es nur um das einmalige Erpressen einer großen Geldsumme geht und der sich, wenn er sie bekommen hat, für den Rest seines Lebens auf eine Insel im Pazifik absetzt, um dort seine Beute zu genießen. Selbst in einem solchen Fall animiert das Nachgeben Nachahmer. Noch schlimmer liegen die Dinge, wenn die Täter politische Anliegen haben, also aus Überzeugung handeln. Dann werden nicht nur andere zur Nachahmung motiviert, sondern dieselben Täter werden noch dreister; von ihrem Erfolg bestärkt und mit mehr Ressourcen ausgestattet werden sie weitere Verbrechen verüben und dabei womöglich noch rücksichtsloser zuschlagen.

Der deutsche Bundesverkehrsminister Georg Leber (SPD)

Was arabisch-palästinensische Terroristen angeht, blickt Europa auf eine schreckliche Geschichte des Mäzenatentums zurück. Am Anfang wurde das Schutzgeld noch bar ausgezahlt. So flog etwa der deutsche Bundesverkehrsminister Georg Leber (SPD) im Februar 1972 mit einem Koffer voller Geld – 15,5 Millionen D-Mark – in die libanesischen Wüste und übergab ihn dort an Terroristen der „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ (PFLP), damit diese die zuvor entführte Lufthansa-Maschine „Baden-Württemberg“ freilassen. „Menschenleben“ seien ihm „mehr wert als schnöder Mammon“, sagte er später.

Der „schnöde Mammon“ war just das Geld, mit dem die PFLP bald darauf die Terrorgruppe „Japanische Rote Armee“ anheuerte, die das Massaker am Flughafen Lod/Tel Aviv verübte; 26 Menschen wurden ermordet, 80 verletzt. Die Täter waren dafür bezahlt worden, und woher das Geld kam, war so offensichtlich, dass es schon Tage später im Spiegel stand: „Die Kosten des Unternehmens über-

nahm die PFLP. Vor wenigen Monaten noch als bankrott verschrien, hatte sie die 40.000 Mark für die Japaner schnell bei der Hand. Eingeweihte in Beirut tippen, die PFLP-Leute hätten ihre Kasse mit Millionen aus dem Lösegeld für den im Februar nach Aden entführten Lufthansa-Jumbo aufgefüllt.“

Hamas lässt sich für „Ruhe“ bezahlen

Heute fließt Monat für Monat für Monat Geld aus der EU an die PLO („Palästinensische Autonomiebehörde“) und, über den kleinen Umweg des UN-„Palästinenser“-Hilfswerks UNRWA, an die Hamas. Der Geldkoffer hat trotzdem nicht ausgedient. Im Oktober forderte die Hamas „15 Millionen Dollar pro Monat“ als Gegenleistung für Ruhe an der Grenze. Wie es aussieht, hat sie sich durchgesetzt. Über die jüngste Geldübergabe schreibt die ARD-Tageschau: „Die Szene erinnerte an einen Mafia-Film. 15 Millionen US-Dollar in bar wurden über die Grenze zum Gazastreifen geschafft. Ein Foto zeigt drei Reisekoffer auf der Rückbank eines Autos. Der israelische Journalist Gal Berger postete es auf Twitter: ‚Diese Koffer hat der Gesandte von Katar über die Grenze gebracht. Mit dem Geld sollen die Beamten der Hamas in diesem Monat bezahlt werden. An dem Deal ist gewissermaßen ein Dreieck beteiligt: Der Golfstaat Katar, Israel und die Hamas.‘“

Der Vorgang, so folgert der ARD-Korrespondent, könne nur eines bedeuten: „Das kann nur bedeuten, dass sich Israel und die Hamas offenbar angenähert haben.“ Würde demnach die Schutzgeldzahlung eines Pizzeria-Besitzers an die Mafia bedeuten, dass die beiden sich angenähert haben? Die „Times of Israel“ schreibt:

„Nicht nur sind die Gehälter der Hamas-Beamten eingetroffen, sondern das Geld kam mit Billigung der israeli-

schen Regierung in den Gazastreifen – diese erlag in den Augen von Gazas Öffentlichkeit dem Druck der Tausenden, die sich wöchentlich am Grenzzaun versammelt haben und Brandstifterballons losgelassen und Sprengsätze gelegt haben. Mit anderen Worten: die palästinensische Öffentlichkeit hat zum x-ten Mal den klaren Beweis erhalten, dass die Juden nur Gewalt verstehen.“

Unterdessen wurde bekannt, dass Machmud Abbas, der Präsident der „Palästinensischen Autonomiebehörde“, der seit Jahren im PA-Fernsehen und den von ihm kontrollierten Zeitungen einen Dschihad gegen die Juden führt, die „Al-Aqsa mit ihren schmutzigen Füßen entweihen“, und jährlich rund 300 Millionen Euro für Terroristenrenten ausgibt, ebenfalls unter akutem Geldmangel leidet. Der UN-Nahostgesandte Nikolay Mladenov und Vertreter der EU hätten Israel aufgefordert, die Überweisungen an die „Palästinensische Autonomiebehörde“ nicht zu kürzen, berichtet die israelische Tageszeitung „Israel Hayom“.

Das israelische Parlament hatte im Juli ein Gesetz beschlossen, wonach die von der PA an Terroristen und deren Familien gezahlten „Märtyrerrenten“ von den Steuern abgezogen werden, die Israel für die PA einzieht. „Diplomatische Vertreter überbrachten Jerusalem die Botschaft, dass die Durchsetzung des Gesetzes die PA in eine üble finanzielle Situation bringen würde, bis an den ‚Rand des Ruins‘, der zu einem ‚vollständigen Systemversagen‘ führen könne“, so „Israel Hayom“. Die PA habe bereits ein Budgetdefizit von einer Milliarde US-Dollar, so das Blatt unter Berufung auf gutunterrichtete Kreise. „Würde das israelische Gesetz umgesetzt, würden die Geberländer aufhören, für den täglichen Betrieb der PA zu zahlen und stattdessen humanitäre Projekte finanzieren“ – was es offenbar aus Sicht westlicher Ratgeber zu verhindern gilt.

Neue Wege zur Verständigung

Israel hat überraschend viel Erfolg mit seinen arabischsprachigen Facebook-Auftritten gegen anti-israelische Hass-Propaganda

Von Gil Yaron
(www.audiatour-online.ch)

Es liest sich wie Nachrichten aus einer utopischen Parallelwelt. Patienten aus der gesamten arabischen Welt erhalten kostenlos medizinische Beratung von israelischen Fachärzten. Tausende Araber fordern die Eröffnung israelischer Botschaften in Saudi-Arabien, Irak oder Marokko. „Tel Aviv und Dubai sind die schönsten Städte der Welt, mit Parties, Diskos, Konzerten, sauberen Straßen und schönen Stränden. Wie gern würde ich Euch besuchen!“, schreibt ein Ibrahim al Harbi aus Saudi-Arabien. Jussef Summer aus Agadir in Marokko preist Israel als „Land der Gerechtigkeit und Freiheit“, Salah Mahdi aus Basra im Irak bezeichnet es als „erfolgreichen, besseren und wunderbaren Staat“. Doch es ist keine Traumwelt, sondern Realität. Hunderttausende Bürger arabischer Staaten besuchen täglich die Webseiten des israelischen Außenministeriums und machen sie somit zum erfolgreichsten offiziellen Internetauftritt des Judenstaats. Der will mit seiner „digitalen Diplomatie“ den anti-israelischen Konsens in der arabischen Welt aufbrechen – und hat dabei beachtliche Erfolge.

Die arabischen sozialen Kanäle Israels sind sehr populär

Dabei ist Israels Ausgangssituation denkbar schlecht. Nur zwei von insgesamt 22 arabischen Staaten haben einen Friedensvertrag mit Israel. Viele befinden sich noch im Kriegszustand mit dem jüdischen Staat, oder erkennen sein Existenzrecht nicht an. Das schlägt sich in der öffentlichen Meinung nieder. In der angeblich „größten Meinungsumfrage in der arabischen Welt aller Zeiten“ quantifizierte das „Arabische Zentrum für Forschung und Politikstudien“ in Katar im Juli den Israel-Hass. Demnach betrachten 91 Prozent der 18.830 Befragten aus 11 arabischen Staaten den Judenstaat als „Bedrohung“. 87 Prozent sind gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, auch nach dem Abschluss eines Friedensabkommens mit den „Palästinensern“. Dennoch: Keine der rund 800 Webseiten und Twitter-Accounts, die Israels Außenministerium in 50 Sprachen betreibt, erfreut sich einer so großen Popularität wie die auf Arabisch. Allein die arabische Facebookseite des Außenministeriums hat 1,6 Millionen Follower. Ihre Posts wurden dieses Jahr bereits 275 Millionen mal angeklickt. Hinzu kommen arabische Kanäle auf Twitter, Youtube und Instagram, mit hunderten Tausenden Followern. Damit hat Israel angeblich eines der „vier am besten vernetzten Außenministerien der Welt“. Warum ist diese Anhängerschaft ausgerechnet in der doch offenbar feindseligen arabischen Welt so groß?

Wie macht Israel das nur?

„Menschen in der arabischen Welt sind von Israel fasziniert“, sagt Jonathan Gonen. Der 32 Jahre alte Ex-Journalist leitet seit drei Jahren ein Team von Mitarbeitern, die die arabischen Kanäle der Abteilung für digitale Diplomatie im Außenministerium betreiben. Bei vielen spielt sicher die jahrzehnte-



Manchmal hilft Facebook tatsächlich neue Freunde zu gewinnen.

alte Rolle Israels als Sinnbild des „Bösen“ eine Rolle. Doch die meisten Surfer seien 25-34 Jahre alte Männer, die von anderen Fragen getrieben würden, glaubt Gonen: „Sie wollen verstehen wie es Israel gelungen ist, eine demokratische, wohlhabende, militärisch starke und wissenschaftlich führende Nation zu werden.“ Viele von ihnen stünden der Propaganda kritisch gegenüber. „Etwa ein Drittel reagiert positiv, manchmal gar begeistert, auf unsere Posts“, so Gonen. „Auffallend ist, dass dabei die Zurückhaltung nachlässt. Früher nahm kaum jemand mit uns Kontakt auf. Jetzt gibt man sich zu erkennen, mit Vor- und Nachnamen, und steht offen zu Israel.“

Als Jude Arabisch gelernt

Diese Faszination beruht bei Gonen auf Gegenseitigkeit: Er habe Araber „nie als Feinde betrachtet“. Doch als Jugendlicher kannte er sie wie die meisten Israelis nur aus den Nachrichten, wo sie hauptsächlich erwähnt werden, wenn es um Israels Sicherheitsprobleme geht. Als er seinen Wehrdienst beim Militärgeheimdienst antrat, perfekt Arabisch lernte und als Übersetzer fungierte, bekam dieses Bild von der arabischen Welt plötzlich mehr Tiefe: „Ich lerne die Menschen hinter der Sprachbarriere kennen: Ihre Gesellschaft, Kultur, und das faszinierte mich“, sagt Gonen. Sein Posten im Außenministerium böte ihm nun die Gelegenheit „direkt mit dieser Kultur auf Augenhöhe Kontakt aufzunehmen.“

Sanfte Themen

Dabei will er vor allem Stereotype ändern. Zu diesem Zweck finden sich auf seinen Webseiten neben den offiziellen Verlautbarungen viele „seichte“ Nachrichten, die den Alltag in Israel widerspiegeln: Videos über Tel Avivs Nachtleben oder Israelis Gastronomie, die Rechte nicht-jüdischer Minderheiten im Land oder die Geschichte eines muslimischen Arabers, der sich freiwillig zum Wehrdienst meldete. „Die größten Erfolge haben wir mit Videos, in denen wir Leute von der Straße zu Wort kommen lassen“, sagt Gonen. Wie ein kurzer Clip, in dem Israelis gefragt wurden, welches arabische Land sie am liebsten besuchen würden. Es wurde innerhalb kurzer Zeit von vier Millionen Menschen angeklickt. Das bislang erfolgreichste Video war ein Clip in dem Israelis Muslime zum Ramadan beglückwünschten: „Er wurde von mindestens sechs Millionen Menschen gesehen, selbst arabische Medien berichteten darüber“, sagt Gonen.

Diese Entwicklungen bleiben Extremisten nicht verborgen. In vielen Ländern erließen muslimische Geistliche Fatwas, islamische Rechtsgutachten, gegen Israels Webseiten. Die Hamas verbot den Bewohnern des Gazastreifens, sie aufzurufen – mit der Begründung, der Mossad rekrutiere so Agenten. So bleibt der Konflikt stets präsent. Rund die Hälfte der Surfer hasst Israel, droht mit Rache oder Genozid. Gonen lässt die meisten Posts stehen, aus zwei Gründen: „Wir sind eine Demokratie

und müssen so etwas aushalten. Wir löschen Kommentare nur, wenn sie konkret zu Gewalt aufrufen“, sagt er. Außerdem sind ihm auch diese Posts letztlich nützlich: „Schließlich sehen dann alle Kontakte des Users, was er gerade verfluchte, und werden so auf uns aufmerksam.“

Die Araber nähern sich Israel an

Gonen erkennt deutliche Unterschiede zwischen arabischen Ländern. Ägypten, Jordanien und die „Palästinenser“-Gebiete haben zwar Friedensverträge mit Israel, fallen aber durch negative Kommentare auf. Menschen aus dem Irak oder Marokko reagierten indes freundlich: „Vielleicht, weil dort einst viele Juden lebten und sie sie mit einer heilen Vergangenheit assoziieren“, meint Gonen. Die Reaktionen aus dem Irak warne so positiv, dass das Außenministerium vor fünf Monaten eine irakische Facebookseite einrichtete. Sie hat inzwischen 70.000 Follower. Gonen will mit seinen Aktivitäten diplomatischen Beziehungen den Weg ebnen. Vergangene Woche zeigte sich, dass dieser Wunsch nicht ganz utopisch ist: Nach 20 Jahren war Premierminister Benjamin Netanyahu erstmals wieder in Oman zu Gast, in den Vereinigten Arabischen Emiraten traten israelische Judoka zu einem Wettbewerb an und wurden herzlich empfangen. Strategische Interessen sind für diesen Wandel ausschlaggebend. Digitale Diplomatie dürfte dennoch zugleich eine immer größere Rolle spielen.

Orthodoxe jüdische Soldaten in der IDF

Von den Problemen und Chancen gläubiger Soldaten, die immer häufiger Mitglied der Zahal werden



Von Tina Adcock

Israelische Soldaten des religiösen Bataillon „Netzah Yehuda“ beim Morgengebet.

Religion und Armee sind zwei Institutionen, die Menschen meist auf den ersten Blick nicht miteinander verbunden sehen. Jedoch ist der Einfluss von Religion auf den Dienst des einzelnen Soldaten und die Armee als Körperschaft an sich nicht zu unterschätzen. Religion kann zu Krieg und Frieden führen und selbst das Verhalten von Soldaten in bestimmten Situationen und Gegebenheiten verändern.

Die israelische Armee „Israel Defence Force“ (IDF) ist vor allem in diesem Fall ein interessantes Forschungsgebiet, da sie nicht nur eine spezielle Rolle in der israelischen Gesellschaft einnimmt, sondern schon seit ihrer Gründung eine multireligiöse Armee darstellt. Unter anderem dienen Christen, Drusen und Muslime in der IDF. Sie bilden zwar die Minderheit neben den jüdischen Soldaten, aber dennoch sind sie ein wichtiger integraler Teil der Armee. Besonders während ihrer Gründungsjahre übernahm die IDF nicht nur eine Schutzfunktion, sondern wirkte auch als eine Art „Integrationsbecken“ für neue Immigranten aus Europa, Afrika und dem Nahen Osten. Somit formte die IDF die israelische Gesellschaft und den physischen sowie sozialen Charakter des gesamten Staates. Solch eine Rolle ist nahezu einzigartig in der Geschichte. In meiner Bachelorarbeit untersuchte ich deshalb folgende Fragen und konzentrierte mich ob des Umfangs des Themas im Speziellen auf jüdische religiöse Soldaten:

a) Was sind die religiösen Überzeugungen, die für den Armeedienst sprechen, und was geschieht, wenn die Bedürfnisse des jeweiligen Soldaten unmöglich gemacht werden durch spezielle Situationen wie die Zusammenarbeit mit Frauen und säkularen Soldaten während besonderer Einsätze?

b) Gibt es spezielle Programme und Einheiten für religiöse Soldaten – und wenn ja, was beinhalten sie?

c) Welche Entwicklungen ergeben sich für die IDF aus dem Einfluss, der Dynamik und den Problemen, die jüdische religiöse Soldaten eventuell mit sich bringen?

Die Vorgänger der IDF

Die IDF entstand mit der politischen Idee des Zionismus, jedoch durchlief sie einige Stadien verschiedener physischer Veränderungen und Namen in der Zeit vor der Staatsgründung Israels. Zwei der herausragendsten Organisationen bildeten die „Bar Giora“ (nach Shim'on Bar Giora, dem Kopf der Revolution gegen die Römer im Jahr 66-73 n.d.Z.) und die „Hashomer“ (Die Wächter) die das Bild des „Neuen Juden“ verkörperten und fördern wollten, welcher stark und furchtlos sein und die nationalen Interessen nicht nur durch das Wort, sondern auch mit dem Schwert verteidigen sollte. Aus beiden Vorläufern entstand schließlich die Hagana (Die Verteidigung), welche der direkte Vorläufer der IDF (1948) werden sollte.

Die Aufgaben des Militär-rabbinats

Neben den traditionell gemischten Einheiten existieren verschiedene Programme, die religiöse Soldaten durchlaufen können. Diese Programme sollen den Militärdienst in Kombination mit dem Einhalten von religiösen Ge- und Verboten sowie ein paralleles Thora-Studium ermöglichen. Während des gesamten Armeedienstes gibt es die ständige Möglichkeit die eigens von der IDF geschaffene Einheit, das Militär-Rabbinat, zu konsultieren. Sie nimmt die höchste religiöse Position innerhalb der israelischen

Armee ein und hat zahlreiche Aufgabenbereiche. Sie berät die IDF in allen religiösen Fragen und hat in jeder Einheit einen Vertreter. Ebenfalls stellt sie sicher, dass die Teilnahme an religiösen Veranstaltungen wie dem Besuch der Synagogen an bestimmte Tagen und Feiertagen möglich ist, dass am Schabbat keine Arbeit verrichtet wird, und die Küchen koscher sind.

Das „National Service Law“ (1949) schuf zum ersten Mal einen Gesetzeskatalog bezüglich der Regelung von Einberufung und dem Reservendienst. Juden, welche keine gravierenden körperlichen Gebrechen aufweisen, müssen in der Armee ab dem Alter von 18 Jahren dienen. Männer für 3, und Frauen für 2 Jahre insgesamt. Die Wehrpflicht gilt hierbei nur für Juden, welche 97 Prozent der IDF ausmachen, und nicht für Drusen, Christen, Beduinen, Muslime etc. Die einzige Ausnahme gilt für ultra-orthodoxe Jeschiwa-Studenten (Haredi), welche ihren Dienst für die Zeit ihres Studiums verschieben können. In die Unabhängigkeitserklärung Israels von 1948 wurde unter anderem die Freiheit von Religion und Gleichheit vor dem Gesetz als Fundament des Jüdischen Staates mit aufgenommen. Trotzdem gab es seit Beginn der Staatsgründung Spannungen zwischen Zionisten und den religiösen Parteien. Während des Unabhängigkeitskrieges verlangten die Rabbiner eine separate Einheit für religiöse Soldaten. Ben-Gurion jedoch lehnte diese Forderung strikt ab, da er keinen Grund dafür sah und vielmehr fürchtete, dass solch eine Trennung die Idee der „Volksarmee“ zerstören könnte, in der Juden – egal welcher Herkunft oder welchen Hintergrundes – eine Einheit werden sollten.

National-religiös und ultra-orthodox

Schaut man auf die religiösen Begründungen für die Notwendigkeit eines Militärdienstes, so muss man vorerst einen Unterschied zwischen religiösen und ultra-orthodoxen Juden machen. Letztgenannte machen einen Bevölkerungsanteil von insgesamt 8-10 % aus, und die große Mehrheit sieht ihre Bestimmung im Thora-Studium, welche durch nichts gestört werden darf. Wie bereits erwähnt, können sie eine Befreiung vom Militärdienst bekommen. Eine andere Gruppe bilden die religiösen Zionisten mit einem Bevölkerungsanteil von 12-15 %. Trotz ihrer Verbundenheit mit dem traditionellen Judentum sehen sie den Militärdienst, anders als ihre ultra-orthodoxen Glaubensbrüder, als Mitzvah. Die Geburt des modernen jüdischen Staates ist ihrer Ansicht nach ein göttliches Zeichen und bedeutete daher, dass die Verteidigung Israels Gottes Wille ist, da es die Verteidigung seines Werkes darstellt. Trotzdem ist es für sie unabdingbar, dass die IDF jegliche religiösen Bedürfnisse befriedigen muss.

Die religiöse Begründung für den Militärdienst beruht vor allem auf der Auslegung verschiedener religiöser Texte. Vor allem das Ergebnis des 6-Tage-Krieges (1967) wird als heiliges Zeichen verstanden, wurde doch die Altstadt von Jerusalem zurückerobert. Ein anderes Ergebnis dieses Krieges war die Besiedlung von Judäa und Samaria, welche erklärt, warum die Siedler in diesen Gebieten zum großen Teil religiöse Zionisten sind. Sie glauben, dass G'tt verlangt, dass die Grenzen geschützt, sowie das gesamte Gebiet unter jüdischer Kontrolle sein soll. Seit dem Jahr 1967 erfolgte ein wahrer Strom an rabbinischen Publikationen mit dem Namen „Das Gesetz des

Krieges“. Es wurden darin Klassifikationen vorgenommen, um aufzuzeigen, welche Aktivitäten in der Armee nach göttlicher Regel erlaubt seien und welche nicht. Eine davon ist die sogenannte *piykua nefeš* (ein Leben retten) und sagt aus, dass wann auch immer ein jüdisches Leben in Gefahr ist, nahezu jede Handlung erlaubt ist, um es zu retten. Dies basiert auf einer Auslegung der Halacha, wonach zum Beispiel während Jom Kippur eine Person, welche zu krank ist, um zu fasten und dies selbst von einem nicht-jüdischen Arzt bestätigt wird, von dieser heiligen Pflicht ausgenommen ist und kein Rabbi dieser Welt eine Verurteilung dieser Handlung vornehmen kann. Einer der einflussreichsten Rabbiner, der die Auslegung der Regelungen für das Militär beeinflusste, ist Moses ben Maimon (1135-1204), auch bekannt als Maimonidas. Er sammelte und arbeitete selbst religiöse Instruktionen aus, und vereinigte sie in seinem wohl bekanntesten Werk - der Mischna.

Die verschiedenen Programme für religiöse Soldaten

Wie bereits erwähnt existieren unterschiedliche Programme für jüdische religiöse Soldaten, um den Alltag in der Armee zu vereinfachen und gleichzeitig eine Atmosphäre der Zugehörigkeit zu schaffen. Eines dieser Programme ist die „Hesder Yeshivot“, welches im Jahr 1965 gegründet wurde, und das zum ersten Mal in der Geschichte das Studium der Thora mit dem Militärdienst vereinte. Andere Programme sind „Shiluv“ und „Mekhinot“, welche jeweils nicht in eine derartige öffentliche Kritik gerieten wie die Hesder Yeshivot, da beide Programme argumentieren, dass das Thora-Studium nicht den Standard-Militärdienst ersetzen oder verkürzen und die Jeschiwa-Studenten denselben Dienst ableisten sollten wie jeder andere auch. Die Programme unterscheiden sich also vor allem in der Länge und Vertiefung des Thora-Studiums und der Dienstzeit, der Freiwilligenarbeit in ihren Gemeinden, der sozialen Herkunft, dem jeweiligen zusätzlichen Unterricht in Fächern wie zum Beispiel Jüdische und Biblische Philosophie, kritische Auslegung biblischer Texte inklusive einiger (für religiöse Juden) kontroverser Denker, sowie der Motivation nach dem allgemeinen Wehrdienst in der Armee zu bleiben und ihre Positionen einzunehmen.

Ein besonderes Programm jenseits der bereits genannten bildet das Netzah Yehu-

da Bataillon (1999). Es ist speziell für ultra-orthodoxe Juden gegründet worden und ist auch unter dem Namen „Nahal Haredi“ bekannt. Dieser Schritt markierte einen Meilenstein in der Beziehung der Haredi-Gemeinschaften und der IDF. Mit der Zeit wurde das Bataillon jedoch gemäßigter. Es brachte einige Probleme mit sich – denn wie bereits erwähnt, ist einzig das Thora-Studium die Berufung eines Mannes. Einige Soldaten wurden gar von ihren Familien und Gemeinschaften verstoßen, selbst die Brüder der Haredi-Soldaten konnten wegen der „Schande“, die ihre Familie erlitt, keine Ehefrauen mehr finden! Aufgrund dessen wurde die nicht-militärische Organisation „Netzach Yehuda Association“ gegründet, welche Informationsmaterial und Publikationen für betroffene Familien und deren Gemeinschaften zur Verfügung stellt, um eine bessere Aufklärungsarbeit zu gewährleisten. Ein anderes Netzwerk bildet „Friends of Nahal Haredi“, welches vor allem Hilfestellung vom Beginn der Rekrutierung an bis zum Ende der Dienstzeit anbietet.

Welche Veränderungen bringt diese Vielfalt an religiösen Soldaten nun mit sich, und welche Dynamiken und Probleme lassen sich nachweisen? Sowohl in der israelischen Gesellschaft als auch in der IDF gibt es rege Diskussionen über den Militärdienst religiöser Soldaten. Diese lassen sich in drei Punkte einteilen, welche hier nacheinander mittels Beispielen dargestellt werden sollen. Als die PLO und Israel in den Oslo-Abkommen eine Aufteilung von Judäa und Samaria in Zonen beschlossen, verursachte dies die verschiedensten Emotionen im gesamten Land. Eine Gruppierung von mehr als 200 Rabbinern veröffentlichte ein Schreiben, welches die Übergabe von jüdischen Siedlungen in „palästinensische“ Hände als Gefahr für jüdisches Leben beschrieb, da es sich gegen den Grundsatz von *piykua nefeš* richte und somit verboten wäre. Die rabbinische Gegenseite argumentierte dagegen mit der halachischen Regel, dass es in Notsituationen erlaubt sei, denjenigen die Entscheidung zu überlassen, die Experten in dem jeweiligen Feld sind – was hier die Politiker, und nicht die Rabbiner wären. Sie riefen ebenfalls zur nationalen Einheit anstelle von Abgrenzung auf.

Dem Rabbiner oder dem Kommandeur gehorchen?

Es bleibt zu sagen, dass schlussendlich nur eine Minderheit der Soldaten tat-

sächlich die Befehle während militärischer Operationen verweigerte und die diesbezüglichen Ängste der Menschen sich also nicht bewahrheiteten. Eine andere Befürchtung betrifft den Einfluss auf das Einsatzverhalten der Truppe an sich und deren religiöse Beeinflussung. Das Rabbinat der IDF ist in Gefahrensituationen für die Moral der Truppen verantwortlich. Im zweiten Libanon-Krieg gingen sie sogar mit den Soldaten aufs Schlachtfeld – ein bis dahin noch nie dagewesener Vorgang! Während des Sechstages-Krieges sprach der Oberste Militärrabbiner, Rabbi Goren, durchs Radio zu den Soldaten versah seine Ermunterungen mit religiösen Konnotationen. Die Befürchtung einer zu großen spirituellen Beeinflussung der Truppen war geboren. Mit Sicherheit ist es für einen jeden religiösen Soldaten eine schwierige Frage, wem seine Loyalität zuerst gilt – dem Rabbiner oder dem Kommandeur? Trotzdem gibt es bis zum heutigen Tage keinen einzigen Beleg dafür, dass Einheiten mit einer hohen Anzahl an religiösen Soldaten einen negativen Einfluss auf die Einheit der Truppe hätten und somit Probleme in Form von internen spiritueller Beeinflussung aufgekommen wären.

Der letzte Punkt befasst sich mit der Befürchtung bezüglich der Beeinflussung des Truppenzusammenhalts und der IDF als Institution selbst. Als eines der Beispiele sei hierbei das Aufwachsen in religiösen Gemeinschaften und der spätere Dienst in gemischten Einheiten angeführt. In solch einem Umfeld großwerden heißt, dass man Schulen besucht, welche Mädchen und Jungen getrennt unterrichten, und auch der Kontakt mit säkularen Juden nahezu nicht vorkommt. In der IDF schließlich dienen Frauen und Männer in Einheiten zusammen, was durchaus einen Schock für den vormalig behüteten „Kokon-Bewohner“ bedeuten kann.

Andererseits jedoch nutzen ein Viertel der Rekruten diese Möglichkeit, um aus ihrem vorherigen religiös bestimmten Leben auszubrechen. Die IDF als Institution kommt ihren religiösen Soldaten großzügig entgegen. So müssen sie z. B. bei ihrer Vereidigung nicht „Ich schwöre“ sagen, sondern „Ich verspreche“ und an jedem Samstagmorgen nehmen religiöse Soldaten an anderen Programmen teil, als es ihre nicht-religiösen Kameraden tun.

In den allermeisten Fällen werden einfach Kompromisse zwischen den jeweiligen Parteien ausgehandelt, um die Einheit der Gruppe nicht zu gefährden und das Miteinander angenehm zu gestalten. Einer der Soldaten, den ich für meine Bachelorarbeit interviewte, erzählte mir, dass es ihn oft geärgert habe, dass diejenigen Soldaten, die nicht religiös waren, während der Gebetszeiten der Anderen Aufgaben zu erledigen hatten wie z. B. die Reinigung der Waffen oder der Schlafräume. Jedoch sagte er ebenfalls, dass dies niemals zu Streitigkeiten in der Gruppe geführt hätte, da das Zusammengehörigkeitsgefühl durch die gemeinsame Zeit so stark gewesen wäre und sich deswegen niemand wegen solcher Kleinigkeiten aufgeregt hätte.

Das gemeinsame jüdische Band ist stark

Am Ende meiner Arbeit gelangte ich zu dem Schluss, dass die IDF einen großen Aufwand unternimmt um ihre jüdischen religiösen Soldaten so gut wie möglich einzubinden und ihnen ihren Wehrdienst so angenehm wie möglich zu gestalten. Die verschiedenen Programme helfen ihnen bei der Eingliederung in die Armee, bei Glaubensfragen und den täglichen Belangen sowie in Krisenzeiten. Durch die unterschiedlichen Schwerpunkte, die die jeweiligen Programme selbst bestimmen, kann jeder Soldat den individuellen Fokus selbst legen. Trotz der Unterschiede zu ihren nicht-religiösen Kameraden steht immer das gemeinsame Erbe des Judentums im Vordergrund.

Nach Sichtung der verschiedensten Dokumente und Ereignisse bleibt festzustellen, dass nur eine geringe Anzahl an religiösen Soldaten wirklich einmal Befehle verweigerte und Probleme auf Grund ihres Glaubens verursachten. Sie teilen mit ihren Kameraden die selbe Verantwortung für ihr Land, die selbe Herkunft und das selbe Ziel während ihres Armeedienstes – die Sicherheit Israels und seines jüdischen Volkes zu schützen. Selbst nach ihrer Zeit in der Armee steht die Mehrheit der Einheiten in engem Kontakt zueinander, trifft sich jährlich wieder auf Hochzeiten der Kameraden oder einfach, um sich einmal wiederzusehen. Die Mehrheit der Soldaten, ob religiös oder nicht, will ohne Probleme zusammenarbeiten und ihren Dienst ohne Komplikationen ableisten – „Schalom“ und „Am Israel Chai“ sind hierbei die Schlagwörter.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben rechts und ganz unten im Menü „Service“) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Tomaten-Samen aus Israel sind wertvoller als Gold

Israelisches Tomatensaatgut wird allseits geschätzt: die Tomaten schmecken besser, halten länger, und sind weitaus nährstoffhaltiger – 6 erstaunliche Fakten.

Von Abigail Klein Leichman
(www.audiatour-online.ch)

Ursprünglich kommt die Tomate nicht aus Israel; doch unsere Agrarzauberer haben aus daer wilden Beerenfrucht eine schmackhafte, lang haltende, nährstoffreiche und karankheitsresistente kommerzielle Kulturpflanze gemacht, die als frischer Bestandteil und Quelle gesunder Extrakte überall beliebt ist.

„Was Tomaten betrifft, ist Israel ein Kraftwerk in Sachen Zucht- und Erkenntnisentwicklung“, sagt der bekannte Wissenschaftler Ilan Levin, Leiter des Pflanzenkunde-Instituts der in Bet-Dagan. „Das Interesse multinationaler Unternehmen an unserer Arbeit macht uns, denke ich, zu einem der führenden Wissensquellen über Tomaten.“

Im Jahr 2013 produzierte Israel nach Angaben der jüngsten verfügbaren Datenerhebung 421.000 Tonnen Tomaten. Noch bedeutender als die Früchte selbst ist indes das israelische Tomatensaatgut – das überall in der Welt für seine mühevoll gezüchteten Eigenschaften geschätzt wird.

„Wir entwickeln auf der Basis unserer Erkenntnisse vor Ort Samen, deren Unze mehr wert ist als die gleiche Menge Gold“, sagt Tomatenexperte Prof. Haim D. Rabinowitch vom Institut für Pflanzenkunde und Landwirtschaftsgenetik an der Hebräischen Universität Jerusalem. „Ein Samenkorn stellt Wissen dar. Alles, was ich weiß, ist in seiner DNA eingeschrieben.“

Zum Abschluss des US-amerikanischen Tomatenmonats (Oktober) veröffentlichte ISRAEL21c sechs faszinierende Tatsachen über israelische Tomatenneuerungen in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

1. Die Wahrheit über Kirschtomaten

Stimmt das Klischee, Israel habe die Kirschtomate erfunden?

Wir fragten einen der sogenannten „Väter“ der Kirschtomate: den bereits zitierten Prof. Rabinowitch von der Hebräischen Universität.

In den 1970er und 1980er Jahren setzten Rabinowitch und sein Kollege, der inzwischen verstorbene Prof. Nachum Kedar, mit den ersten Tomaten mit einer verlängerten Lagerbeständigkeit eine weltweite Revolution in Gang. Anschließend nutzten sie ihr genetisches Know-how, um das wundervolle Aroma und den Geschmack der Tomaten zurückzugewinnen – die in früheren Zuchtprogrammen zugunsten erhöhter Krankheitsresistenz und verbesserter Erbeigenschaften verlorengegangen waren.

Und dann nahmen sie die münzgroße Kirschtomate vor – ursprünglich ein südamerikanisches Unkraut; sie wurde bis dahin vor allem in europäischen und amerikanischen Hinterhöfen angebaut.

„Kirschtomaten waren geschmacklos und kaum haltbar, sodass sie sich nicht zur Handelsware eignete – bis Nachum Kedar und ich eine geschmacklich verbesserte und haltbarere Sorte züchteten“, sagt Rabinowitch.

Mit diesem Durchbruch wurden zum ersten Mal in der Geschichte Kirschtomaten im Westen massenmarkttauglich. Weil das Pflücken einzelner Kirschtomaten arbeitsintensiv, zeitraubend und teuer ist, züchteten die israelischen Wissenschaftler auch solche, die in Trauben wachsen.

2. Das wunderbare Lycopin

Neben Vitaminen und Mineralien enthalten Tomaten Lycopin: der carotinoide



Pflanzennährstoff, der ihnen die rote Farbe verleiht.

Lycopin ist ein kraftvolles Antioxidant und daher gut für das Herz, den Blutdruck, die Prostata sowie für Haut und Knochen. Am besten nimmt der menschliche Körper das Lycopin in Verbindung mit Öligem (wie Olivenöl oder Käse) auf.

Die multinationale Firma Lycored wurde 1995 in Beer Schewa gegründet; sie produziert Lycopin-haltiges Öl aus dem Extrakt vor Ort angebaute Tomaten.

Heute verkauft das Unternehmen als Nahrungsergänzungsmittel sowie für bestimmte Gesundheitsprobleme natürliche Farbstoffe und Extrakte aus israelischen Tomaten (oder kalifornischen aus israelischem Saatgut) – bis nach Nordamerika, Europa und Asien.

Laut Lycored-CEO Rony Patishi-Chillim, arbeitet die Firma zusammen mit Wissenschaftlern der Hebräischen Universität an der Entwicklung einer Sorte gentechnisch unveränderter Tomaten mit höherem Lycopingehalt – und zwar auf der Basis von Genen, die am Volcai Center entdeckt wurden.

Gegenwärtig fördert Lycored Forschungsarbeiten an der Ben-Gurion-Universität (Negev) zu den Vorzügen von Tomaten generell sowie in Kombination z. B. mit Rosmarin und Olivenöl. Neueste Forschungen legen nahe, dass sich gesundheitsfördernde Effekte nicht allein durch Lycopin, sondern aus dem Zusammenspiel verschiedener Elemente der Tomate ergeben. „Wir konzentrieren uns jetzt auf Carotinoide allgemein“, sagt Patishi-Chillim, „von denen Lycopin nur eines ist.“

Lycored experimentiert daher z. B. mit Sorten wie den goldenen Tomaten; sie enthalten Pflanzennährstoffe, die die Haut vor UV-Strahlen schützen. „Wir können sie mit typischen Tomaten kombinieren oder auch unabhängig verwenden“, sagt sie.

3. Verwöhne dein Gesicht mit Tomaten

Ein weiteres multinationales Unternehmen in Israel, das die Tomatenwissenschaft zu nutzen weiß, ist Frutarom Industries.

Der Duft- und Aromariese brachte vor Kurzem PhytoFLORAL auf den Markt: einen Inhaltsstoff aus reinem Tomatenpulver, der – als Kapsel, Kautablette, Getränk und vorgemixter Trinkbeutel zu sich genommen – Hautgesundheit und -farbe verbessert.

Das patentierte Kosmetikprodukt setzt sich aus urheberrechtlich geschützten, gentechnisch nicht veränderten und an farblosem carotinoide Phytoen und Phytofluen reichen Tomaten zusammen und wurde von Israeli Biotechnology Research entwickelt – einer Firma, die

im vergangenen Februar von Frutarom übernommen wurde.

Klinische Daten zeigen, dass aufgenommene Carotinoide sich in der Haut sammeln und dort einen Schutz vor Sonnenstrahlen und oxidativen Schädigungen bilden; zudem ebnet es den Teint, verhindert die Entwicklung von Altersflecken und reduziert Entzündungen und DNA-Schäden.

4. Den Code eines Tomatenvirus knacken

In den vergangenen drei Jahrzehnten seines fast hundertjährigen Bestehens hat sich das Volcani Center auf Vorzüchtungsforschung spezialisiert und damit internationale Anerkennung erlangt.

„Wir suchen nach positiven Eigenschaften wie z. B. Krankheitsresistenz, und nutzen die Genomik und Bioinformatik, um effiziente Wege zur Einführung solcher Eigenschaften in Elitesorten zu entwickeln“, sagt Ilan Levin. „Anschließend geben wir die Informationen an Saatgutfirmen weiter, die sie zur Produktion krankheitsresistenter Elite-tomaten nutzen.“

Internationale Saatgutfirmen – von denen einige Forschungs- und Entwicklungszentren in Israel unterhalten – nutzen israelische Entdeckungen, um den Geschmack, das Nährstoffprofil und die Krankheitsresistenz ihrer Tomaten zu verbessern. So konnten Volcani-Forscher Tomatengene bestimmen, die mehr Fruktose als Glucose enthalten. Und Levin erklärt: „Fruktose schmeckt doppelt so süß wie Glucose.“

Er und sein Volcani-Forschungskollege Moshe Lapidot rufen in der Branche Begeisterung für ihre Forschung über TBRFV-resistente Sorten hervor; dabei handelt es sich um einen Pflanztomaten-

virus, der sich weltweit rasant verbreitet. Zwar greift TBRFV die Gesundheit des Menschen nicht an, führt jedoch zu einem Ertragsverlust von 50 %; außerdem werden die infizierten Tomaten braun, runzelig und unansehnlich.

Die beiden Wissenschaftler haben eine neue Widerstandsquelle entdeckt und sind außerdem dabei, das Gen zu bestimmen, das die TBRFV-Resistenz kontrolliert, sagt Levin.

5. Schädlinge ohne Chemikalien von Tomaten fernhalten

Agrarexperten suchen permanent nach Wegen, um Insekten und Krankheitserreger von Nutzpflanzen fernzuhalten und gleichzeitig den Einsatz chemischer Sprays zu reduzieren.

Eine Strategie besteht darin, Sorten zu züchten, die bestimmten Krankheiten gegenüber resistent sind.

„Wir binden in alle derzeitigen Tomaten 8–10 verschiedene Gene mit ein, die zusammen einen eingebauten Resistenzmechanismus bilden – sodass Krankheitserreger nicht mit Chemikalien bekämpft werden müssen. Doch noch immer gibt es mehr Schädlinge als Resistenzen“, sagt Rabinowitch von der Hebräischen Universität.

Andere israelische Methoden zur Bekämpfung von Schädlingen auf Tomatenpflanzen nutzen dichte Netze, klebrige gelbe und blaue Platten (die Farben ziehen Insekten an) sowie ein spezielles blaues Licht gegen eine besondere Mehltau-Art.

„Wir kennen jede Menge Tricks“, sagt Rabinowitch. „Manche Insekten, Bakterien und Pilze überleben jedoch jede chemische Keule und Viren lassen sich durch Pestizide nicht bekämpfen. Deshalb reichern wir die Tomatensorten mit vielen Resistenzgenen an.“

6. Tomaten das Überleben im Klimawandel sichern

Tomatenforscher wie Ilan Levin und Haim Rabinowitch sind angesichts der drohenden Auswirkungen des Klimawandels überaus besorgt.

„Wenn du eine reife, grüne Tomate pflückst und sie bei Zimmertemperatur auf die Fensterbank legst, wird sie von allein rot. Legst du sie aber bei über 30°Celsius in einen Inkubator, wird sie niemals rot werden – denn diese Temperatur liegt über dem Maximum für den biosynthetischen Prozess des Lycopins [das rote Pigment der Tomate]“, sagt Rabinowitch.

Wenn die Temperatur der Umgebung also über 29°C beträgt, wird eine Tomatenblüte sich weder voll entwickeln noch Früchte ansetzen. Und selbst ein nur leichter Temperaturanstieg beschleunigt bereits den Lebenszyklus von Insekten immens.

Deshalb entwickeln israelische Wissenschaftler Tomatensaatgut, das extreme Hitze und andere durch den Klimawandel verursachte Bedingungen aushält – etwa einen erhöhten Kohlendioxidgehalt in der Luft und auch einen erhöhten Salzgehalt im Wasser.

Da Schädlinge konstant mutieren und immer neue Schadstoffe auftauchen, wird die israelischen Tomatenforscher ihre Arbeit wohl noch viele Jahre lang beschäftigen.

Auf Englisch zuerst erschienen bei israel21c.org. Übersetzung Audiatour-Online.

Das neue Buch „Vereinte Nationen gegen Israel“

Wie die UNO vom Pro- ins Contra-Israel-Lager kippte

Von Dr. Nikoline Hansen

Wer sich mit Israel und der UN beschäftigt hat, der weiß, dass es um das Verhältnis zwischen dem Staat Israel und der Weltorganisation, die im Juni 1945 unter dem Eindruck des Zweiten Weltkrieges ins Leben gerufen wurde, nicht gerade zum Besten bestellt ist. Dabei sah die Weichenstellung kurz nach dem Krieg durchaus anders aus – die Resolutionen zum Teilungsplan Palästinas und der Gründung des Staates Israel, wohl noch unter dem unmittelbaren Eindruck der Verfolgung der Juden im nationalsozialistischen Deutschland, blieben in den Folgejahren rühmliche Ausnahmen eines Gremiums, das es sich seitdem konsequent zur Politik gemacht hat, diesen neuen Staat zu verurteilen und zu delegitimieren.

Was führte zu der Wende?

Wie es dazu kommen konnte, beschreiben die Autoren Alex Feuerherdt und Florian Markl sehr eindrücklich in ihrem übersichtlich strukturierten neuen Buch „Vereinte Nationen gegen Israel“, das mit reichlich Quellenmaterial belegt ist. So werden hier erstmals systematisch die Schritte offengelegt, die dazu führten, dass sich die Sympathien der UN wendeten und dass das Gremium nun systematisch als propagandistisches Kampfmittel der arabischen Staaten und ihrer Verbündeten gegen Israel genutzt wird.

Auch wer sich mit dem Thema bereits intensiv auseinandergesetzt hat, kann hier noch einmal die Strategie nachvollziehen, die die arabischen Staaten mit der Etablierung des „Palästinenser“-Problems und der Schaffung der UN-

WRA verfolgen und bekommt anhand der wichtigsten Dokumente – teilweise



erstmalig von den Autoren ins Deutsche übersetzt – eine wichtige Argumentationshilfe an die Hand, um sich gegen die Delegitimierung Israels zu wehren.

Beispielsweise die sukzessive Legitimierung des Terrors durch die Resolutionen der UN-Generalversammlung durch die Anerkennung Arafats und der PLO, die sich im Zuge der Entdeckung der „Palästinenser“ in ein scheinbar umgekehrtes „David-gegen-Goliath“-Phänomen verwandelte und dem Staat Israel eine Stärke attestierte, die in keinem Verhältnis zu den realen Gegebenheiten in der Region steht. Dabei geht es – auch das wird im Buch deutlich – immer um alles oder nichts. Der Staat Israel darf in den Augen der „Palästinenser“ nicht

existieren. So wird auch deutlich, dass diese Negierung des Existenzrechts das eigentliche Hindernis für einen künftigen Frieden in Koexistenz mit dem Staat Israel im Nahen Osten ist, und nicht etwa die israelischen Dörfer und Städte in Judäa und Samaria, die immer wieder gerne als Argument angeführt werden und die nach Ansicht der UN illegitim sind. Dass UN-Resolutionen mit geltendem Recht nicht unbedingt viel gemein haben, zeigt Kapitel 9, in dem es um „Lawfare“ geht – einen eigens im Kampf gegen Israel kreierten Begriff, der Gesetze gezielt zum Zweck der Kriegführung gegen den Staat Israel auslegt.

Die Durban-Konferenz im anti-israelischen Südafrika

Ein weiteres Kapitel widmet sich der Geschichte der Durban-Konferenz, in der es darum ging, Menschenrechtspolitik gezielt gegen Israel zu nutzen. Dabei stand der absurde Vorwurf im Raum, Israel sei der letzte Kolonialstaat und Zionismus sei Rassismus. Das tägliche Leben in Israel beweist Gegenteiliges, aber die UN hat einen ganz eigenen Blick auf den Konflikt, der zunehmend einseitiger wird. Am Ende geht es – auch das machen die Autoren deutlich – um einen Kampf zwischen Freiheit und Unfreiheit, zwischen Demokratie und Diktaturen, für den Israel einfach ein probates Mittel zu sein scheint. Das wirklich Schlimme daran ist allerdings, dass inzwischen bereits mehrere Generationen mit einem ungeheuren Hass gegen das Land erzogen wurden, das ihnen „die Rückkehr verwehrt“. So hat sich die UNRWA als „Hilfswerk“ der UN, das bei seiner Gründung den Anschein einer Friedensmission hatte, in ein

Instrument entwickelt, das den Terror fördert und täglich dazu beiträgt, einen Frieden unwahrscheinlicher zu machen, indem es ihn aktiv behindert.

Das wäre deprimierend, gäbe es nicht auch die ersten Anzeichen dafür, dass dieses einfache Weltbild auch erschüttert werden kann. Zunehmend wird die hinter den Resolutionen und Aktivitäten der UN stehende Strategie von klardenkenden Menschen durchschaut und es entwickeln sich – bei aller Kritik an den Missständen in den demokratischen Staaten – Zweifel daran, dass die UN ein Gremium ist, in dem unvoreingenommen diskutiert wird.

Als Beispiel führen die Autoren die amerikanisch-jüdische Feministin Betty Friedan an, die bei einer Frauenkonferenz 1970 in Mexiko schockiert war angesichts des glühenden Anti-Amerikanismus, Antisemitismus und Antizionismus. Es bleibt viel zu tun, denn solche Zweifel müssen öffentlicher artikuliert und vehementer eingebracht werden, wenn wir unsere freiheitlichen Demokratien verteidigen wollen.

Das Buch trägt dazu bei, die Strategien der UN gegen Israel aufzudecken und zu hinterfragen, und sollte in keinem Bücherschrank fehlen. Es ist ihm eine breite und aufgeschlossene Leserschaft zu wünschen.

Alex Feuerherdt, Florian Markl
Vereinte Nationen gegen Israel
Wie die UNO den jüdischen Staat delegitimiert
 336 Seiten, ISBN: 978-3-95565-249-4
 Hentrich & Hentrich Verlag
 Berlin 2018,
 24,90 €

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen

in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!

Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre
 JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Zu Gast bei der Sängerin Tzlil Danin

Die in Israel berühmte Musikerin gewährt einen Einblick in ihr Künstlerleben

Von Michael Fritz

Das Haus liegt in einer stillen Straße in Jaffa, mit dem Auto etwa eine dreiviertel Stunde von meinem Hotel am Strand in Tel Aviv entfernt. Das Klingelbrett ist mit vielen Aufklebern mit Namen versehen, wodurch ein heilloser Durcheinander entsteht – dabei macht das Viertel einen gediegenen Eindruck. In Deutschland würde man vielleicht von gutbürgerlich sprechen. Bäume spenden Schatten, die langen Balkone der Neubauten auf der gegenüberliegenden Straßenseite sind mit Markisen fast völlig verdeckt. Wir haben Ende Oktober, für mitteleuropäische Verhältnisse sind die Temperaturen noch hochsommerlich und laden zum Baden ein, zum Sitzen in kurzen Hosen in einem der vielen Cafés am Strand, über den die hämmernden Geräusche des Matkot hallen, des mit Holzschlägern betriebenen Ballspiels, das als inoffizieller Nationalsport gilt.

Auf mein Klingeln rührt sich nichts. Der Eingang ist verwinkelt und durch ein Gittertor verschlossen. Bin ich überhaupt richtig hier? Als ich ratlos auf und ab gehend nach anderen Türen suche, kommt ein Schwung junger Leute und nimmt mich mit ins Haus. Die schwarzhaarige, sehr zierliche Frau mit den dunklen Augen und leicht getönten Hautfarbe, die zu ihnen gehört, ist Tzlil Danin. Mit beiden Händen hält sie einen offenen Karton mit ihren Einkäufen.

„Willkommen“, sagt sie, während wir im Treppenhaus nach oben steigen.

Eine marokkanisch-jemenitische Sabarit

Im eindrucksvoll riesigen Flur im obersten Stock steht ein Flügel, die Wände schmücken Bilder mit surrealistischen Motiven. Vom Flur gehen mehrere Zimmer ab, in denen die Leute verschwinden; er öffnet sich nach zwei Seiten zu Balkonen, der zum Hofweisende liegt im Schatten, wo ich die Hitze des Nachmittags vergesse und mich in einem bequemen Sessel niederlasse. Ich blicke auf Häuser unter uns, aus denen ein Minarett herausragt. Tzlil Danins Mutter ist Marokkanerin, ihr Vater Jemenite, sie selbst indes vor 29 Jahren bereits in Israel geboren, also eine Sabarit. Sie ist eine in Israel sehr bekannte Sängerin und Liedermacherin, Tzlil produziert auch Titel, freilich nicht in diesem Haus, sondern in Studios.

Sie gehört zur Gruppe „Yafo Creative“, die verschiedene künstlerische Independent-Projekte unterstützt, in ihrem Fall Musik und Videoclips, die eigenwillige Wege beschreiten, ohne dass sich die Stadt oder das Land mit Zuschüssen beteiligten. Sie wohnt und arbeitet zwar in Jaffa, aber ohne die Einflüsse des nahen Tel Aviv wäre diese Musik nicht denkbar. „Es ist Großstadtmusik“, erläutert sie und drückt mir eine Tasse Tee in die Hand. „Ich singe zwar auch auf Hebräisch, aber vor allem auf Englisch, wodurch ich nicht nur in Israel verstanden werde. Die Musik wird sowohl für Israelis als auch für Araber produziert. Und wir wissen, dass wir auch im Westjordanland gehört werden. Die jungen Leute dort haben den gleichen Geschmack wie wir.“

Sie gießt mir nach, klappt geschäftig ihren Laptop auf, klickt sich durch zu dem Ordner mit ihrem Titel. Indem sie auf Wiedergabe drückt und ich sie auf der Bühne sehe, lächelt sie herüber und sagt, dass ihr Haar früher länger gewesen sei, ich sie vielleicht nicht gleich erkenne. Als



Tzlil Danin

ob mich das interessieren müsste, wenn es um ihre Musik geht. Erheitert schüttle ich den Kopf, diese Geste, unverkennbar weiblich, scheint überall auf der Welt gleich zu sein. Die Frau begegnet mir mit allem anderen als mit exaltierter Attitüde, die ich womöglich erwartet habe. Ich bin beeindruckt von ihrer umgänglichen und auf erfrischende Weise offenen Art.

Alles auf Russisch

Tzils Musik ist eine ganz eigene Mischung aus internationaler Popmusik mit musikalischen Einflüssen aus dem Nahen Osten – eine eingängige Musik, die wieder mehr auf die Stimme setzt als auf elektronische Effekte und die durchaus auch in Europa als reizvoll empfunden werden könnte. Bei Tzils erstem Single-Hit trat sie als Sängerin der populären Rockgruppe „Metropolin“ auf, die 2005 von dem Musiker und Produzenten Ofer Meiri gegründet wurde, der in Israel berühmt ist. Gemeinsam mit ihm schrieb sie den erfolgreichen Song „Lesachek Im Harosh“, was Deutsch in etwa „Spiel mit meinen Gedanken“ heißt. Der Titel ist auf vielen einschlägigen russischen Internetseiten zu finden. Russisch ist wegen der massiven Zuwanderung längst im israelischen Alltag angekommen. Wenn man auf den großen Straßen Tel Avivs unterwegs ist, auf dem Rothschild Boulevard oder der Allenby-Straße, stößt man in den Geschäften auf Angebote in kyrillischer Schrift. Improvisierte Schilder zu Baustellenzufahrten werden manchmal weder auf Hebräisch noch Arabisch, sondern nur auf Russisch beschriftet. Neulich nachts stieg ich in ein Taxi, dessen Fahrer nur Russisch konnte, obwohl er schon seit über zehn

Jahren hier lebt; wie groß war seine Freude, dass ich mich mit ihm in seiner Sprache verständigen konnte.

Der Muezzin ruft zum Gebet vom Minarett herab. Ich schaue auf die Uhr, es ist 15.30 Uhr. Die Stimme kommt elektronisch verstärkt daher. Für einen Augenblick halten wir inne und werden daran erinnert, dass Jaffa heute ein gemischter Ort ist, die Juden sind zwar in der Mehrheit, ein Drittel jedoch bestreiten Muslime und Christen. Dieser Ruf ist so selbstverständlich, dass er unsere Arbeit nicht unterbricht, sondern im Grunde illustriert. Wir müssen beide lachen, als ich sage, dass der Muezzin auch nicht ohne elektronische Verstärkung auskäme.

Die Themen der Titel von Tzlil Danin drehen sich um Liebe, erklärt sie, persönliche Stimmungen, städtische Entfremdung, aber auch den Lauf der Jahreszeiten. Tel Aviv ist liberal und tolerant dem Einzelnen gegenüber wie sonst keine andere Stadt im Nahen Osten, hier kann jeder nach seiner Fassung glücklich werden, wie einst Friedrich der Große für Preußen postulierte. Der Vergleich ist nicht ganz aus der Luft gegriffen, schließlich waren die Gründerväter der Stadt zum großen Teil Juden aus Deutschland.

Aus dem Flur dringt Klaviermusik heran, eine anmutige Melodie, die sich wie ein Rauchfaden den Weg ins Freie bahnt. Interessiert Tzlil Geschichte, jüdische Geschichte, könnte sie eine Rolle in ihren Songs spielen? Durch die Eltern ist ihr Blick nicht so sehr auf europäische Geschichte gerichtet. Aber natürlich: Indem sie Jüdin ist und in Israel lebt, schwingt der jüdische Hintergrund stets mit, ob er nun ausgesprochen wird oder nicht. Es ist

ein Politikum, wenn die Sängerin Israelin ist – überall auf der Welt.

Das Musikfestival „InDnegev“

Demnächst würde sich die große Popmusikszene auf den Weg zum Musikfestival „InDnegev“ machen, entweder um aufzutreten oder als Publikum. Über drei Tage hinweg seien auf mehreren Bühnen Bands aus Israel zu erleben.

„Einhundert Bands“, versichert sie und lässt ihre dünne Augenbraue in die Höhe schnellen.

Ich wusste nichts davon – wie denn auch? Kulturelle Ereignisse in Israel finden in den deutschen Medien kaum statt, auch wenn sie ihresgleichen in dieser Region suchen und inhaltlich doch europäisch orientiert sind.

„InDnegev gibt's schon seit Jahren und ist in Israel eine feste Größe“, fügt Tzlil hinzu.

Mir kommt beim Wort Musikfestival Woodstock in den Sinn, obwohl es einigermaßen abwegig ist, weil es eine andere Zeit war, die ich eigentlich vergessen geglaubt habe. Tzlil war damals noch nicht geboren. Der Gedanke daran, dass ich keine Chance hatte, dorthin zu kommen, nagt plötzlich in mir: Erstens war ich zu jung, zweitens stand mir die Mauer im Weg.

„Wo wird das Festival sein?“, frage ich und ernte sofort einen ermüdeten Blick aus diesen dunklen Augen. „Wie der Name schon sagt: in der Negev, mitten in der Wüste.“

Der Goi, der auch gar keine Ahnung hat, kann gerade noch „Toda raba“ entgegen, vielen Dank, und sich freundlich verabschieden. Mehr fällt ihm nicht ein.

Das Flugzeug als Kriegsschauplatz

Vor 50 Jahren begann der arabische Terror gegen die israelische Luftfahrt

Von Efraim Ganor

Arabisch-islamistischer Terror in Israel und auch außerhalb des Landes ist seit vielen Jahrzehnten im israelischen Alltag präsent. Entstanden nach dem Sechstageskrieg 1967, spielte er zu dieser Zeit eine besonders große Rolle: Dieser Krieg gab den arabischen Staaten wie auch den „Palästinensern“ deutlich zu verstehen, dass Israel in einem Feldzug nicht zu besiegen wäre, sodass als einziger Weg der Terror blieb – sei es direkt mörderisch oder für den Geist der Israelis und für die israelische Wirtschaft zermürend, diskriminierend, erniedrigend.

Die israelischen Passagierflugzeuge wurden für arabische Terroristen zum Objekt der Begierde. Die erste Terrorattacke solcher Art führte am 22. Juli 1968, ein Jahr nach dem Sechstageskrieg, die „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ (PFLP) durch.

„Palästinensische“ Terroristen brachten das Flugzeug der Fluglinie EL AL auf dem Weg von Rom nach Tel Aviv in ihre Gewalt und zwangen die Piloten zu einer Landung in Algerien.

Flughafen Athen

26. Dezember 1968: Am Athener Flughafen konnte eine Terrorgruppe auf den Flugplatz gelangen und beschoss mit Maschinenpistolen einen EL AL-Linienflug. Glücklicherweise befanden sich dort zu der Zeit weder Besatzung noch Passagiere. Ein israelischer Techniker, der die Wartung der Maschine vor dem Abflug vornahm, wurde jedoch dabei getötet.

Das war ein Alarmzeichen für die israelischen Sicherheitsdienste: Es wurde deutlich, dass arabischer Terror über die Grenzen Israels hinausgeht und seine empfindlichsten Stellen trifft – genau dort nämlich, wo die besagten Dienste die Situation nicht völlig unter Kontrolle halten können. So wurde beim israelischen Inlandsgeheimdienst Schin Bet und dem Mossad (Auslandsgeheimdienst) eine Sonderabteilung gegründet, deren Aufgabe es war, dafür zu sorgen, dass sich der Athener Vorfall nicht wiederholt.

Die einzige erfolgreiche EL AL-Entführung

Dabei hatte die Terror-Serie schon begonnen: Am 22. Juli 1968 stiegen drei Mitglieder der „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ (PFLP) in Rom zusammen mit anderen Passagieren in einen EL AL-Linienflug ein. Auf dem Weg nach Tel Aviv konnten sie ins Cockpit gelangen und eine Landung in Algerien erzwingen. Nach fünf Tagen zermürender Verhandlungen wurden Frauen, Kinder und ausländische Staatsbürger aus dem Flugzeug freigelassen. Im Gegenzug haben die Terroristen die Freilassung der 15 in israelischen Gefängnissen inhaftierten Kameraden erpresst. Weitere 39 Tage verblieben alle männlichen Passagiere sowie die Besatzung als Geiseln an Bord, bis Israel einverstanden war, noch eine Gruppe Terroristen aus der Haft zu entlassen.

Israelische Sicherheitsdienste mussten mit großer Sorge feststellen, dass diese Flugzeugentführung – die erste in der Luftfahrtgeschichte des Landes – für die Terroristen nicht nur erfolgreich war, sondern auch minutiös durchorganisiert war. Der Schock war umso größer, als dass man sich der Wahrscheinlichkeit einer solchen Terrorattacke bewusst war; irgendwelche nennenswerten Sicher-



Die Boeing 720 N° X-ABB wurde im Februar 1970 in Zürich überfallen.

heitsvorkehrungen wurden jedoch nicht unternommen.

Piloten mit Kampfausbildung

Dafür zog man aus diesem Vorfall nun endlich Konsequenzen: Eine besondere Abteilung, aus Mitarbeitern des Schin Bet und der EL AL, wurde ins Leben gerufen. Die neuen Kräfte wurden von Schin Bet instruiert und ausgebildet, sie erhielten Waffen und spezielle Technik, die man an Bord effektiv nutzen konnte. Unmittelbar nach dem ersten Lehrgang begleiteten die Wachleute (seinerzeit Elitesoldaten der IDF) zu zweit jeden EL AL-Flug. Kein Fluggast an Bord wusste, dass sich im Handgepäck dieser „Passagiere“ nicht Geschenke oder Hygieneartikel befanden, sondern Uzi-Maschinenpistolen.

Bald verkündeten die Medien in aller Welt, dass die israelische nationale Fluglinie ab sofort von jeder Terrorattacke vollkommen sicher sei. Die logische Folge dessen war, dass viele es vorzogen, mit EL AL zu fliegen, wodurch das Unternehmen viel Gewinn machte.

Der Terror ging allerdings weiter. Die Islamisten begriffen, dass die Entführung einer bereits fliegenden Maschine nahezu unmöglich geworden war; die neue Taktik hieß: Man muss den Flieger direkt am Flughafen unter seine Kontrolle bringen oder ihn während der Landung beziehungsweise beim Abheben attackieren.

Zürich

Im Februar 1970 beschossen vier Terroristen am Züricher Flughafen Kloten eine EL AL-Maschine, die sich vor dem Abflug in Bewegung setzte. Sofort reagierte ein Sicherheitsmann, der Israeli Mordechai Rachamim: Er zerbrach das Flugzeugfenster und erwiderte das Feuer. Daraufhin rannten die Terroristen weg, Rachamim sprang aus dem Flugzeug und verfolgte sie. Es gelang ihm, einen von ihnen zu erschießen, zu den anderen Dreien eilten auch schon Schweizer Polizisten und überwältigten sie. Leider wurde beim Beschuss einer der Piloten, Yoram Peres, schwer verletzt; sein Leben konnte man nicht mehr retten. Mordechai Rachamim wurde zum Nationalhelden – zurecht, denn er riskierte sein Leben und konnte eine größere Tragödie abwenden. Er wurde jedoch von der Schweizer Polizei verhaftet – dafür, dass er die Gesetze des Landes missachtete: Waffen einsetzte und einen Menschen erschoss.

Während der Ermittlungen gab Rachamim zu, den israelischen Sicherheitsdiensten anzugehören. Bei der Gerichts-

verhandlung zitierte er eine Strophe aus dem Tanach, die frei übersetzt heißt: „Töte zuerst denjenigen, der kommt, um dich zu töten.“ Davon nicht sonderlich beeindruckt, beschuldigten ihn die Richter der „Tötung unter mildernden Umständen“. Rachamim verbrachte 10 Monate im Gefängnis, bevor er nur dank der Bemühungen Israels freikam und in die Heimat zurückkehren konnte. Später wurde er Personenschützer Golda Me'irs.

Die drei von der Schweizer Polizei verhafteten Terroristen – palästinensische Araber aus Judäa und Samaria, Mitglieder der „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ – bekamen je 12 Jahre Haft.

Diese misslungene Aktion zwang „palästinensische“ Terrororganisationen erneut ihre Taktik zu ändern. Sie sahen, dass es sich als äußerst schwierig erwies, israelische Flugzeuge zu attackieren; so wurde die Aufmerksamkeit auf ausländische Fluglinien gerichtet, mit denen Israelis flogen.

Sabena-Maschine 1972 in Tel Aviv

Am 8. Mai 1972 brachte eine Gruppe von Fatah-Mitgliedern eine Boeing-707 der belgischen Fluglinie Sabena auf dem Weg von Brüssel nach Tel Aviv in ihre Gewalt. Als am Abend die Maschine mit den Terroristen an Bord am Ben-Gurion-Flughafen landete, wurde sie sofort von Elitesoldaten der Spezialeinheit umstellt. Sie ließen die Luft aus den Reifen und der Treibstoff wurde abgelassen, damit ein Weiterflug unmöglich wurde.

Israelische Unterhändler begannen den Dialog mit den Terroristen; diese Verhandlungen leitete der damalige Verteidigungsminister Mosche Dajan.

Die Forderungen der Araber blieben gleich: Sofortige Freilassung der inhaftierten 317 arabischen Terroristen aus israelischen Gefängnissen; die Namen, zusammengefasst in einer Liste, gingen an die Unterhändler. Sollten diese Forderungen nicht erfüllt werden, würde die Maschine samt aller Insassen in die Luft gesprengt.

Während der Verhandlungen wurde eine Befreiungsaktion akribisch vorbereitet. Ehud Baraks Stabschef trat, alle in weißen Overall – wie technisches Flughafenpersonal – gekleidet, an das Flugzeug heran. Gemäß dem Plan handelten die Sicherheitsmänner schnell und präzise: Sie öffneten die Türen der Maschine und neutralisierten die Terroristen in wenigen Augenblicken und befreiten die erschöpften Geiseln, die noch nicht ein-

mal verstanden hatten, was da eigentlich geschah. Während des kurzen Kampfes wurden zwei Terroristen erschossen und zwei weitere festgenommen. Drei Passagiere wurden verletzt, leider erlag einer von ihnen später seinen Verletzungen. Und dennoch: Diese Operation kann als hohe Leistung bezeichnet werden, wenn man den engen Raum des Flugzeug-Interieurs berücksichtigt.

Ein interessantes Detail: An dieser Operation nahm damals der noch ganz junge Soldat der Spezialeinheit Benjamin Netanjahu teil.

Noch interessanter war die Reaktion der Medien in aller Welt: Diese Operation wurde unisono als die „dreisteste von allen, welche jemals auf diesem Planeten durchgeführt wurde“, bezeichnet.

30. Mai 1972: Japaner erschießen Israelis

Es war dennoch zu erwarten, dass auch dieses Unglück die militanten „Palästinenser“ nicht stoppen würde. Drei Wochen später unternahmen sie erneut eine, für Israel sehr schmerzhaft Aktion, in die auch Mitglieder der Terrororganisation „Japanische Rote Armee“ einbezogen wurden: Gelandet in Paris mit einer Air France-Maschine, gingen drei Terroristen durch die Passkontrolle und dann zur Gepäckausgabe. Sie holten ihre Koffer vom Band, nahmen die Kalaschnikows heraus und eröffneten auf dutzende Passagiere im Saal das Feuer. Bevor es den Sicherheitskräften gelang, zwei von ihnen zu erschießen und den Dritten festzunehmen, richteten sie ein Blutbad an: 26 Menschen wurden ermordet und über 70 verletzt. Einer der Ermordeten war der weltberühmte israelische Wissenschaftler Prof. Aaron Katzir, Bruder des zukünftigen israelischen Präsidenten Ephraim Katzir.

Entebbe

Vier Jahre später ereignete sich erneut eine Flugzeugentführung, durchgeführt von zwei Terroristen der „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ (27. Juni 1976, diesmal in Kooperation mit zwei deutschen „linken“ Terroristen – Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann, - Anm. d. Übers.); es war ein Air France-Flug, der von Tel Aviv über Athen nach Paris fliegen sollte. Die Terroristen stiegen während des Zwischenstopps in Athen ein, mit Waffen und Sprengstoff im Handgepäck, besetzten das Cockpit und zwangen die Piloten, das Flugzeug nach Libyen umzuleiten. Seitens des libyschen Staates wurde die Landung jedoch offiziell abgelehnt, um Probleme mit Israel zu vermeiden. Nach mehrstündigem Warten und weiterer Flugzeit landete die Maschine in Ugan- das Hauptstadt Entebbe. (Diese Flugzeugentführung und ihre Auswirkungen insbesondere auf die Politik der Bundesrepublik Deutschland wurden in der deutschen wie internationalen Presse oft thematisiert; dem Leser sind sicherlich auch mehrere Spiel- wie Dokumentarfilme über dieses Ereignis bekannt, - Anm. d. Übers.).

Zur Erinnerung:

Im Zuge der in jeder Hinsicht beispiellosen Aktion der israelischen Eliteeinheit, unterstützt von Mossad-Mitarbeitern, wurden die Geiseln befreit und nach Israel ausgeflogen. Das einzige Todesopfer der Einsatztruppe war Oberstleutnant Joni Netanjahu, der Bruder des jetzigen Ministerpräsidenten.

Die unglaubliche Geschichte der überlebenden Juden von Königsberg

„Die Sowjets glaubten uns nicht, dass wir Juden sind“, berichtet die 1945 aus Nazi-Hand befreite Jüdin Hella Markowsky – jetzt Nechama Drober

Nechama Drober wohnt in einer kleinen Wohnung in Kirjat Ata, einer Satellitenstadt von Haifa. Doch vor 80 Jahren lebte sie in Königsberg (Ostpreußen), wo sie Zeugin der Reichspogromnacht wurde. Nechamas Lebensgeschichte ist eine faszinierende, voll von dramatischen Ereignissen und unerwarteten Wendungen. Trotz ihres Alters (sie ist 91 Jahre alt) hat Nechama ihr klares Gedächtnis nicht verloren: Sie kennt sowohl die alten als auch die neuen Straßennamen Kaliningrads/Königsberg, erinnert sich an Einzelheiten der Ereignisse jener tragischen Nacht. Viele Male hat sie Königsberg besucht, meistens in Begleitung ihres Sohnes Eduard. Doch diesen Sommer ist Eduard Drober nach einer schweren Krankheit verstorben. Und jetzt, obwohl sich von ihrer Trauer noch nicht vollständig erholt hat, fand Nechama die Kraft, ihre Heimatstadt zu besuchen, um nach 80 Jahren bei der Einweihung der Synagoge dabei zu sein.

Nechama Drober: Ich bin glücklich darüber, dass man mich eingeladen hat. Es fiel mir schwer diesen Weg auf mich zu nehmen, habe es aber trotzdem gewagt.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Haben Sie gesehen, was in jener Nacht vor 80 Jahren geschah?

ND: Wir haben in der Nähe gewohnt, in der Weidendamm-Straße, jetzt ist es die Oktjabrskaja. Da stand und steht nun wieder die Synagoge. Plötzlich kamen die Nachbarn und sagten, die Synagoge stehe in Flammen. Wir liefen zum Fenster, von unserer dritten Etage aus war alles zu sehen. Dort, in der Synagoge, befand sich unsere jüdische Schule. Dann kam der Herr des Hauses mit den SA-Leuten in unsere Wohnung. Sie nahmen meinen Vater mit, er war drei Wochen in Haft. Ich sah, wie Kinder aus einem Waisenhaus nebenan auf die Straße getrieben wurden. In dieser kalten Novemberrnacht wurden sie in ihren Nachthemden hinausgetrieben. Am nächsten Morgen liefen wir zur Synagoge. Sie brannte immer noch, wir hatten Angst: Dies ist unsere Schule, wo sollen wir jetzt was lernen? Jedenfalls sah ich wie die Synagoge brannte. Und jetzt sehe ich, dass sie wiedererrichtet wurde. Ich darf das miterleben, und das ist gut so.

JR: Sind Sie in Königsberg geboren?

ND: Ja, am 17. August 1927. Meine Eltern hießen Paul und Martha Markowsky. Ich hatte zwei jüngere Brüder. Einer – Hans-Georg – starb 1936 an Diphtherie und der andere – Denny – 1945 an Hunger. Die ältere Schwester Rita (Riwa) lebt mit mir in Israel, im selben Haus wie ich. Sie ist 93 Jahre alt, kann nicht gehen, ist aber immer im Internet.

JR: Oh ja, ich bekomme immer „Likes“ von ihr auf meine Facebook-Postings... Sagen Sie, was halten sie von der neuen Synagoge?

ND: Sie gefällt mir sehr.

JR: Sieht sie so aus wie die alte?

ND: Nicht ganz, aber sie ist ihr ähnlich.

JR: Gab es in Königsberg noch andere Synagogen?

ND: Ja, die gab es. Ich erinnere mich, wie an Simchat Tora alle getanzt haben und die Kinder mit Süßigkeiten verwöhnt wurden. Und als die Süßigkeiten in der großen Synagoge aus waren, liefen wir zu einer anderen Synagoge – in der Feuergasse. Das war eine Chassidische, dort gab es dann noch mehr Süßigkeiten.

JR: Haben Sie noch Kontakt zu Freunden aus der Kindheit?

ND: Manchmal telefoniere ich mit Amelie Baer, sie lebt in Amerika. Auch mit Fred Flatow, aber er hat mir lang nicht mehr geantwortet. Michael Wieck lebt in Stuttgart. Er war krank, hatte sich aber wieder erholt. Doch angerufen hat er mich schon lange nicht mehr ... Ich dachte, er würde jetzt kommen ... Es ist unsere Gesundheit, sie wissen schon, das Alter ...

JR: Was wurde aus der Synagoge nach dem Brand in der Kristallnacht? Wie ist sie zerstört worden?

ND: Nach ein paar Monaten hat man sie gesprengt. Dann mussten wir, die Juden, die in der Stadt geblieben waren, das Gelände mit eigenen Händen räumen, wo dann Kasernen errichtet wurden, in die Handwerker und Spezialisten aus Konzentrationslagern zur Arbeit für die Gestapo gebracht wurden. Die Gestapo war im Waisenhaus untergebracht, das überlebt hat und von der Gemeinde konfisziert wurde.

JR: Warum fuhren Sie nicht weg?

ND: Um wegzufahren, brauchte man Geld. Wir wollten ja weg, und Papa fuhr nach Hamburg, um Tickets für den Dampfer zu bekommen. Aber alle Tickets für die dritte Klasse waren ausverkauft und für die zweite hatte mein Vater nicht genug Geld. Nach 1939 war es bereits unmöglich abzureisen. Wir wollten sogar die Grenze illegal überqueren.

JR: Sie entkamen der Deportation in ein Konzentrationslager, weil sie, aus Sicht der Nazis, zu einer „Mischlings“-Familie gehörten?

ND: Ja, meine Mutter war Deutsche und eine Christin. Aber sie konvertierte zum jüdischen Glauben, als sie meinen Vater heiratete; sie tauchte in die Mikwe.

JR: Ich würde gern wissen, wie die jüdische Gemeinde unter der NS-Diktatur lebte. Wie ging es da zu? Beispielsweise schreibt Michael Wieck in seinem Buch „Zeugnis vom Untergang Königsbergs“ über seine Bar Mitzwa im Sommer 1941 in der Synagoge „Adas Israel“. Das war eine kleine Synagoge, umringt von „arischen“ Gebäuden, weshalb sie nicht in der „Kristallnacht“ niedergebrannt wurde.

ND: Bis zum Sommer 1942 war die jüdische Schule noch geöffnet, und dann wurde alles geschlossen, die Lehrer wurden in ein Konzentrationslager abtransportiert. Wir, die jungen Leute, die in der Stadt geblieben waren, hielten weiter den Kontakt zueinander aufrecht. Im Juli 1944, an der Weidendamm-Brücke vorbei, sah mein Vater Lastkähne mit Leuten. Juden wurden aus dem Ghetto in Vilnius verschifft, damit sie nicht von der Sowjetarmee befreit werden konnten. Meine Schwester und ich stießen sofort in die jüdische Gemeinde und erzählten von den Lastkähnen. Hans Weinberg, früher Sportlehrer an unserer Schule, arbeitete in den letzten Jahren in Königsberg in der jüdischen Gemeinde, hatte Zugang zur Gestapo und rettete viele. Er ging sofort zur Gestapo und erhielt die Erlaubnis, die Menschen mit Essen zu versorgen. Unsere jungen Leute – die wir in Kenntnis setzen konnten – sammelten Produkte nicht nur bei jüdischen, sondern auch deutschen Familien. Wir haben einen großen Wagen mit Lebensmitteln gesammelt. Es war harte Arbeit, aber so haben wir den Unglücklichen irgendwie helfen können.

JR: Das heißt, dass eine jüdische Gemeinde bis zur Ankunft der Roten Armee noch lebendig war. Was ist mit Weinberg geschehen?



Nechama Drober und Oberrabbiner Berl Lasar

ND: In der Stadt waren ein paar Dutzend Juden geblieben, die aus verschiedenen Gründen überlebt hatten. Und Weinberg ... er hatte irgendwelche Verdienste und ist, glaube ich, sogar aus dem Judentum ausgetreten, hat sich taufen lassen. Das hat ihn vor der Deportation bewahrt. Man sprach davon, dass er 1945, als die Russen nach Königsberg kamen, ohne die genauen Hintergründe zu kennen, erschossen wurde. Im Winter 1945 reiste er nach Berlin, um seine Exfrau zu besuchen, und sie versuchte ihn zum Bleiben zu überreden, aber er antwortete: „Ich kann meine Juden nicht verlassen.“ Das war ein sehr guter Mann.

JR: Die Juden, die die Naziherrschaft in Königsberg überstehen mussten, hatten es auch unter den Sowjets nicht leicht oder?

ND: Man glaubte uns nicht, dass wir Juden waren. Sie sagten: „Hitler hat die alle umgebracht.“ Einmal stellte uns eine Gruppe Soldaten an eine Wand und wollte uns erschießen. Wir haben unsere gelben Sterne gezeigt, aber die glaubten uns nicht. Zum Glück kamen ein Offizier und ein Soldat, die beide Juden waren, uns zur Hilfe. Sie retteten uns vor dem Tod. Papa sagte, Gott habe die beiden geschickt. Der Soldat hieß Mischa Braverman, er brachte uns sogar mehrmals was zu Essen. Dann wurde Papa nach Sibirien verschleppt, Mama und mein Bruder verhungerten. Ich blieb mit Rita zurück. Sie war auch krank. Der Winter 1945-1946 war furchtbar kalt. Es gab nichts zum Heizen, ich suchte nach Brennholz zwischen den Ruinen: Ich nahm eine Axt und schnitt Splitter von Türen ab, wenn man solche Türen fand.

JR: Wie kam es, dass Sie in der Sowjetunion blieben? Denn die gesamte deutsche Bevölkerung Ostpreußens wurde im Jahr 1948 nach Deutschland zwangsumgesiedelt.

ND: Im Frühjahr 1946 verließen wir Königsberg, die Stadt unserer Kindheit. Nach einigen Missgeschicken fanden wir uns in Kaunas (Litauen) wieder. In der dortigen jüdischen Gemeinde glaubte man uns auch nicht, weil deutsche Juden kein Jiddisch sprachen. Wir erinnerten uns an die Lastkähne, und unter den Leuten um uns herum befand sich ein Mann, der auf diesen Schiffen war. Er bestätigte unsere Geschichte und fügte hinzu, dass nur wenige dieser Menschen von damals noch am Leben waren. Wir waren froh, dass wenigstens einer fliehen konnte. Man gab uns ein jüdisches Gebetbuch, einen Siddur. Hebräisch haben wir in der Schule gelernt und konnten lesen. Rita war älter als ich, sah aber aus wie ein 12-jähriges Mädchen. Sie wurde in einem jüdischen Waisenhaus in der Daukanto-Straße untergebracht. Ich wurde als Haushaltshilfe in eine jüdische Familie gebracht.

Weil ich Deutsch sprach, nannte mich ein Junge namens Maxim eine „Faschis-

tin“. Ich verstand natürlich, dass die Leute so sehr unter den Deutschen gelitten hatten, dass sie die deutsche Sprache nicht mehr hören wollten. Oft habe ich mich gefragt, warum das Leben so grausam mit uns umging. Schließlich haben wir sehr unter den Nazis gelitten, und dann hatten wir das „Glück“, als Überlebende unter den Befreier zu leiden, die nicht glaubten, dass wir Juden sind. Dann brachte man auch mich in ein Waisenhaus. Man veränderte unsere Dokumente so, dass niemand wusste, dass wir aus Deutschland stammen, denn man hätte uns nach Sibirien verschleppen können. In Kaunas lernte ich Schmuël kennen. Er wurde in Kischinew in Moldawien geboren. Auch seine Kindheit war schwer: Sein Vater galt als vermisst, die Mutter war gestorben. Schmuël war allein und ich hatte nur Rita. 1949 zogen wir nach Kischinew. Rita kam auch nach Kischinew. Ich erzählte allen, dass wir aus Litauen stammen. Ebenfalls im Jahr 1949 fand uns unser Vater über die jüdische Gemeinde in Kaunas. Er war krank und rief uns zu sich. Wir erhielten Briefe von ihm, antworteten, hatten aber Angst, über alles zu schreiben. Die Briefe wurden geprüft. Papa hat nie erfahren, dass wir mit den neuen Dokumenten nicht nach Deutschland zurückkehren konnten. Er starb 1958 in Hamburg. Erst 1989 haben wir zum ersten Mal sein Grab besucht.

In den späten 80er Jahren wollte Nechama mit ihrer Familie nach Deutschland einwandern. Doch ihr Antrag auf Übersiedlung wurde nicht angenommen. So wanderte sie von Moldawien nach Israel aus. Im Jahr 1989 veröffentlichte Nechamas Mitschüler Michael Wieck sein Buch „Zeugnis vom Untergang Königsbergs: Ein ‚Geltungsjude‘ berichtet“, wodurch nahezu alle Kinder der jüdischen Schule und andere Königsberger Juden einander wiederfanden. So gelang es Nechama zu beweisen, dass sie Hella Markowsky aus Königsberg ist, um die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten. Von der „arischen“ Gesellschaft abgelehnt und in ihrer Jugend mit dem gelben Stern gekennzeichnet, zur Sowjetzeit als bescheidene Arbeiterin, danach als bescheidene israelische Rentnerin lebend, wird sie Mitte der 2000er Jahre Teilnehmerin verschiedenster Foren und Veranstaltungen, welche sich dem Gedenken an die Opfer des Holocaust verpflichteten haben, und sie wird mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

In deutscher und russischer Sprache erschienen ist ihre Autobiografie „Ich heiße jetzt Nechama: Mein Leben zwischen Königsberg und Israel“. Auch der deutsche Bundespräsident traf sich mit ihr. Bei der Eröffnung der Königsberger Synagoge war sie nun wieder Gesprächspartnerin hoher Beamter des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik.

JR: Wir hoffen, in diesem Sommer ein Festival jüdischer Kultur in Kaliningrad zu veranstalten. Wir laden die ehemaligen Königsberger Juden und ihre Nachkommen ein. Hoffentlich wird Michael Wieck kommen. Kommen auch sie!

ND: Wenn mich meine Kräfte nicht verlassen.

JR: Wir würden uns über ihren Besuch sehr freuen.

ND: Und ich würde mich auch freuen.

Das Interview führte Viktor Schapiro
Übersetzt aus dem Russischen von
Edgar Seibel

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig die historisch interessanten Titelblätter der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Erhalten



Jüdische Rundschau.

Abonnementspreis
(Zusendung inbegriffen)
Vierteljährlich:

1. durch die Expedition:
 - a) in Berlin M. —,90.
 - b) nach auswärts M. 1,—
 - c) für das Ausland M. 1,50.
2. im Postabonnement M. 1,25
3. bei Sammelbezug durch die Ortsgruppe M. —,60.

Postzeitungsliste No. 3944.
Inserate
die viergespaltene Petitzeile 25 Pf.
Inseratenbllagen
15 M

☆ **Organ** ☆
der
Zionistischen Vereinigung
für
Deutschland.
Erscheint jeden Freitag.

**Adresse für Geldsendungen
und Bestellungen:**
Verlag Jüdische Rundschau,
E. G. m. b. H.
Berlin N 34, Auguststrasse Nr. 49 a.
Sprechstunden:
v. 4—5 Uhr nachmittags.
Redaktion:
Dr. Heinrich Liewe, Berlin NW. 40,
Lehrterstrasse 14/15.
Sprechstunden:
Montag und Donnerstag 4—6 Uhr.

No. 49. Berlin, 4. Dezember 1903. 15. Kislew. 5664. VIII. Jahrgang.

Inhalt.

<p>Jüdische Künstler. Von Eljaszim.</p> <p>Das ostafrikanische Projekt des sechsten Kongresses. VI. Der ewige Jude in Basel. Von S. Kleniec. VII. Ostafrika und kein Ende. Von J. S. Salem.</p> <p>Der grosse Ungenannte. Von Dr. F. J. Rülfi. (Fortsetzung.)</p> <p>Aus der Bewegung. Nachrichten aus Palästina.</p>	<p>Rundschau. Der Kischinewer Prozess.</p> <p>Kustige Ecke.</p> <p>Kleine Chronik.</p> <p>Nationalfond. Für die Waisen von Kischinew. Für die Rumänischen Juden.</p> <p>Feuilleton. Mordetai Zwi Manne. Von Simon Milner.</p> <p>Litteraturbericht.</p>
---	--

Singer & Halberstädter, Juweliere

BERLIN W., Leipzigerstrasse 131

Israelitische Kultusgegenstände

Gewürzbecher, Chanukalampen etc. Magen-David, echt
Silber und vergoldet à 1,50, als Shlipsnadel und Berloque.

— Grosse Auswahl in Bestecken, Theelöffeln, Jardinièren, Pokalen. —

➔ **Gedenket des Schekels!** ➔

Edgardo Mortara: Entführung eines jüdischen Kindes im Namen der katholischen Kirche

Wie das Schicksal eines zwangsgetauften jüdischen Kindes das Ende des Kirchenstaates einläutete

Diese Episode aus dem Leben einer jüdischen Familie aus Bologna hat sich vor 160 Jahren zugetragen. Dennoch sollte sie eine beträchtliche Rolle sowohl in der Geschichte Italiens, als auch für die Situation der europäischen Juden spielen und wurde sogar zum Anlass für die Abschaffung des Kirchenstaates.

Die Dienstmagd gesteht die geheime Taufe

Am Abend des 23. Juni 1858 kamen die Carabinieri ins Haus des jüdischen Paares Marianne und Salomon Mortara in Bologna, um von den acht Kindern der Familie den sechsjährigen Edgardo abzuholen. Dem gingen folgende Ereignisse voraus:

Eine gewisse Anna Morisi, junge Dienstmagd im Hause Mortara, eine Katholikin, gab während der Beichte zu, vier Jahre zuvor den elfmonatigen Sohn des Ehepaares, Edgardo, heimlich getauft zu haben. Das jüdische Kind sei sehr krank gewesen und sie habe sich bloß für seine Seele gesorgt – sollte das Kind sterben, wäre seine Seele, nach ihrer Vorstellung, in die Hölle gekommen.

Lange hat sie die Taufe geheim gehalten, doch als diese Geschichte von der Taufe eines jüdischen Kindes während der Beichte erzählt wurde, meldete der Pater diesen Vorfall der Inquisitionsbehörde in Rom; so wurde die Anweisung erteilt, das Kind umgehend aus der Familie zu nehmen und im katholischen Glauben zu erziehen.

Bologna war zu dieser Zeit ein Teil des Kirchenstaates – Stato Pontificio. Laut seiner theokratischen Grundsätze durften Juden keine christlichen Kinder erziehen, selbst wenn es sich dabei um ihre eigenen Kinder handelte. Das Argument, der kleine Edgardo sei heimlich und, im Grunde, zwangsgetauft worden, spielte keine Rolle: Eine solche Taufe fand schon in den Quellen des Christentums ihren Platz; und die Tragödie der Familie Mortara hatte ihre Wurzel tief in der Geschichte des jüdischen Volkes, welche genug Fälle der mitunter brutal durchgeführten Zwangstaufe der Juden der Diaspora kannte.

Das Schicksal der Juden wurde als verdienter Zorn Gottes auf Nicht-Christen betrachtet

Die Zwangstaufe hatte ihre ideologischen Ursprünge in der Lehre der christlichen Kirche, welche besagt, jeder Christ habe Nichtchristen zu bekehren. Das traurige Schicksal der Juden, die Jesus als Messias nicht anerkannten, sollte den Christen als Beispiel des Zorns Gottes auf diejenigen, die sich Seiner Lehre entziehen, dienen. Diesem Zorn Gottes könnten Juden nur entgehen, wenn sie sich dem Christentum zuwenden, so war deren Heranführen an die christliche Kirche – die Taufe – der Ausdruck des Gebots Jesu „Liebe deinen Feind“.

Die Zwangstaufe der Juden, gezielt und massenhaft zunächst von den Mönchen durchgeführt, begann kurz nach 325 – dem Jahr des Ersten Konzils von Nicäa, wo das Glaubensbekenntnis unterschrieben und die Gottgleichheit Jesu und die oberste Rolle des Christentums beschlossen wurden. Die jüdi-



Moritz Daniel Oppenheim: Die Entführung des Edgardo Mortara (1862)

schen Kinder wurden zum besonderen Objekt der Zwangstaufe – nicht selten wurden sie ihren Eltern weggenommen und zur Taufe „überredet“.

Wer zwangstauft, kommt ins Paradies

Im späten Mittelalter verbreitete sich der Volksglaube, dass jeder Christ, während einen „Ungläubigen“ zur Taufe führt, des Paradieses sicher sei; dies führte zu einer Welle von Zwangstaufen, deren Opfer in erster Linie Kinder waren. Fälle der Kindesentführung nahmen solche Maßstäbe an, dass 1747 Papst Benedikt XIV. in einer Bulle das Konvertieren der jüdischen Kinder unter sieben Jahren ohne Erlaubnis der Eltern verbieten musste.

Dennoch nahmen die Bischöfe Italiens den jüdischen Eltern ihre Kinder zwecks Taufe ganz offiziell weg bis zu der Zeit, als sich auf diesen Territorien die Macht des revolutionären Frankreichs etablierte. Die Römische Kurie wollte aber ihre Vorrechte nicht abge-

nicht nehmen lassen, sich persönlich an der Erziehung des jüdischen Jungen zu beteiligen und nannte ihn „Figlio“ – „Söhnchen“. Die Eltern unternahmen alles, um das Kind zurückzubekommen. Inzwischen hatte der Fall Mortara internationale Aufmerksamkeit erlangt. Die Empörung der Öffentlichkeit in Europa war groß. Jüdische Gemeinden des unabhängigen Königreiches Sardinien wandten sich an ihre Regierung; mehrere deutsche Rabbiner schickten eine entsprechende Petition an Pius IX.; die Juden Großbritanniens organisierten Massenkundgebungen; der berühmte britischer Unternehmer und Philanthrop Moses Montefiore kam nach Rom in der Absicht, den Papst mit einer persönlichen Bitte aufzusuchen. Die katholischen Herrscher Europas – Napoleon III. und der österreichische Kaiser Franz Josef I. – schrieben Pius IX. an und rieten ihm, sich der öffentlichen Meinung zu beugen. Alles war vergebens: Weder die Petition der Rabbiner wurde beantwortet noch

„ Fälle der Kindesentführung nahmen solche Maßstäbe an, dass 1747 Papst Benedikt XIV. in einer Bulle das Konvertieren der jüdischen Kinder unter sieben Jahren ohne Erlaubnis der Eltern verbieten musste.“

ben, und so kam 1857 ein Erlass, der vorschrieb, dass die zwangsgetauften jüdischen Kinder auch gegen den Willen der Eltern christlich bleiben sollen. So war der Fall Edgardo Mortara keineswegs ein Einzelfall.

Sogar Katholiken stellten sich gegen den Papst

Der Junge wurde nach Rom, in ein Kinderheim für getaufte jüdische Kinder gebracht. Zunächst gab es gar keine Kontakte zur Familie, später wurden die Besuche im Heim erlaubt, allerdings unter Aufsicht.

Die Historiker konnten herausfinden, dass die Anordnung, Edgardo seinen Eltern wegzunehmen, von Papst Pius IX. selbst kam. Er hat es sich auch

Montefiore empfangen. 1859 rügte der Papst auf dem jährlichen Empfang die römische Gemeinde, zu viel Lärm um diese Sache gemacht zu haben, und drohte mit Repressionen. Die Meinung der ganzen Welt, so verkündete er, interessiere ihn nicht.

Von seinen Eltern entfremdet

Im Jahre 1859 wurde Bologna an Sardinien angeschlossen, und Edgardos Eltern unternahmen einen erneuten Versuch, ihren Sohn zurückzubekommen, aber er befand sich in Rom. In 1870 eroberten die Truppen des Königreiches Italien Rom, die päpstliche Armee kapituliert. Offiziell war es das Ende der weltlichen Herrschaft des Papsttums. Die Familie Mortara ließ nicht davon

ab, noch einmal das Schicksal herauszufordern und Edgardo nach Hause zu holen, aber diesmal machte ihnen die Zeit den Strich durch die Rechnung: Edgardo, inzwischen 18 Jahre alt, äußerte den Wunsch, im Schoß der katholischen Kirche zu bleiben. Erzogen in einem Kloster, erschien er nicht selten auf den Straßen der Gettos, um Juden zu ärgern. Er wurde in den Augustiner-Orden aufgenommen, bekam den Namen Pius, wurde später zum Priester geweiht. Als Pater Pio Edgardo Mortara ging er als Missionar nach Deutschland und auch nach New York; wurde zum Kanoniker und Theologieprofessor in Rom. Einige Jahre später verlieh Papst Leo XIII. ihm, dem glühenden Anhänger der Kirche, den Titel „Apostolischer Missionar“.

Seine letzten Lebensjahre verbrachte Edgardo Mortara in einem belgischen Kloster, wo er 1940 verstarb.

Als 1859 eine jüdische Delegation in den Vatikan kam und den Papst anflehte, er möge doch bitte das jüdische Kind den Eltern zurück geben, war Pius' Antwort darauf, es sei nur dann möglich, wenn die Eltern auch zum Christentum übertreten würden, was sie natürlich ablehnten. Sein Vater war bis zu seinem Tod 1871 das Ziel steter Angriffe der Kleriker. Die Mutter starb 1895 in Florenz, Edgardo war bei ihrer Beisetzung anwesend. (Er schien seine jüdische Familie akzeptiert zu haben und 1900 in einem Brief widerlegte er sogar die Gerüchte, seine Mutter sei vor ihrem Tod zum christlichen Glauben übergetreten, - Anm. d. Übers.)

Der Fall läutete das Ende des Kirchenstaates mit ein

Der Fall Mortara trug zweifelsohne zur Entmachtung der Römischen Kurie bei, so groß war der durch diese Kindesentführung seitens des Kirchenstaates ausgelöste Skandal. Dem Papst Pius IX. war das bewusst – so meinte er eines Tages Edgardo gegenüber: „Sehr hoch war der Preis, den ich bezahlen musste, um dich, mein Sohn, für die Kirche zu gewinnen.“

Viele Historiker weisen darauf hin, dass der Fall Mortara für das politische Leben des damaligen Europas sehr prägend war. Enttäuscht vom Papst, nicht zuletzt wegen dieses Falles, zog Napoleon III. die französische Garnison aus dem Kirchenstaat ab, was dem König Sardinien Viktor Emmanuel erlaubte, seine Territorien umgehend dem eigenen Königreich anzuschließen. Nun herrschte der Papst lediglich über Rom, doch 1870 wurde Rom ein Teil des vereinigten italienischen Staates, als Napoleon III. im Zuge des Deutsch-Französischen Krieges gezwungen wurde, Rom zu verlassen.

Der Fall Mortara diente 1860 ebenfalls als Anstoß zur Gründung der französischen jüdischen Organisation Alliance Israélite Universelle, welche sich „den Schutz der Bürgerrechte und der Religionsfreiheit der Juden“ zum Ziel setzte.

Noch heute rechtfertigen katholische Theologen die Entführung

Interessant ist, dass das Echo des Falls Mortara bis zum heutigen Tag zu vernehmen ist. Im Frühling dieses Jahres

(April 2018, - Anm. d. Übers.) veröffentlichte die katholische Zeitschrift „First Things“ die Rezension auf ein kürzlich erschienenen Buch von Vittorio Messori „Kidnapped by the Vatican? The Unpublished Memoirs of Edgardo Mortara“, die Rezension verfasste der Theologe Romanus Cessario. Der Buchautor, Kirchenhistoriker Messori, hat das persönliche Archiv Mortaras studiert, und ist zu dem Schluss gekommen, dass eine Entführung stattgefunden habe. Cessario hingegen verweist in seiner Rezension auf das Gesetz, das der Handlung Pius' IX. zugrunde lag und spricht davon, dass es „nicht unbegründet“ war. Er schildert die Entführung als ein durchaus positives Ereignis; er geht also davon aus, dass die Entscheidung des Papstes richtig war. „Die Göttliche Fügung war gnädig“, schrieb er, „so wurde entschieden, dass dieses Geschöpf ein christliches Leben bekommt. Die Forderung, dass alle per Gesetz getauften Kinder die katholische Bildung erhalten, war nicht willkürlich: Eine Taufe ist der Anfang eines neuen Lebens in Christus, und die Kinder müssen dieses neue Leben erst erlernen.“ Cessario behauptet, der Ewige hätte die Entführung gutgeheißen. Er schreibt: „Bevor die Gendarmen des Papstes in sein elterliches Haus kamen, war Edgardo Mortara ein namenloser Katholik. In seinem Fall geschah der Eintritt in das reguläre katholische Leben durch eine Göttliche Fügung.“

Dieser Artikel wurde von den gemäßigten christlichen Kommentatoren scharf kritisiert. „Die Wegnahme eines Kindes aus seiner eigenen Familie war abstoßend; es wäre peinlich, dies zu rechtfertigen“, schrieb auf Facebook Prof. Robert P. George (University Princeton), ein katholischer Intellektueller. „Alle theologische Syllogismen der Welt können dieses moralische Verbrechen, getätigt durch den Papst gegen diese hilflose jüdische Familie, nicht decken“, schrieb in „The American Conservative“ der christliche Autor Ray Oliver „Rod“ Dreher. „Das Argument von Cessario mag einen emotionalen Sinn für Männer haben, da sie kein Kind zur Welt bringen. Dennoch ist es eine Groteske.“

Der Widerstand

Woher kommt aber dieser innere Zwang einiger konservativer Intellektuellen, Papst Pius IX. zu verteidigen? Antisemitismus ist hier kaum ein Motiv. Messori schreibt: „Ich schätze das jüdische Volk und die jüdische Religion sehr. Das ist die Quelle des Christentums.“ Wie einige Autoren meinen, handelt es sich wohl nicht um die Beziehung des Christentums zu den Juden, sondern vielmehr um die theologischen Kriege innerhalb der katholischen Kirche.

Seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil ändert sich zunehmend die Einstellung der Kirche gegenüber den weltlichen Moralprinzipien; Papst Franziskus hat diesen Prozess weiter beschleunigt. Die eingetretenen Änderungen lösen Unmut innerhalb der meist traditionalistischen Kreise aus.

Religion ist wichtiger als Bürgerrechte?

Andererseits muss man anmerken, dass, wenn einige Traditionalisten die Kindesentführung durch die Kirche rechtfertigen, dies nicht allein auf die Nostalgie für eine vergangene Ära zurückzuführen ist, für die „guten alten Zeiten“, wo der Papst allmächtig und vollkommen frei in seinem Tun war. Die theologische Position ist hier brei-

ter zu verstehen: Die Lehre Gottes ist höher als die menschliche Moral und die Religion wichtiger als die Bürgerrechte.

Cessario wie Messori sprechen offen darüber. „Sollen etwa die zweifelhaften bürgerlichen Freiheiten höheren Stand haben als die Glaubensforderungen?“ – schreibt Cessario. Das ist eine rhetorische Frage. In seinem Buch vertritt Messori eine ähnliche Position und ruft zu einer katholischen Sicht auf die Welt auf, wo die Seelenrettung wesentlich



Edgardo Mortara (rechts) mit seiner Mutter

wichtiger ist als sämtliche andere Probleme.

Dieser Meinung zufolge ist gerade das der Kern des Falls Mortara. Ja, den Eltern ihr Kind wegzunehmen, ist grausam. Und ja, das widerspricht allen unseren menschlichen moralischen Werten. Aber Pius IX. hatte sich vor einer höheren moralischen Autorität zu verantworten – der katholischen Lehre. Und diese Lehre hatte ihm die Pflicht auferlegt, Edgardos „Seele zu retten“. Messori meinte, dieser Entschluss fiel dem Papst nicht leicht: „Pius wusste, welch ein Drama diese Tat nach sich ziehen wird, er hatte aber keine Wahl.“

Nicht jeder Traditionalist würde die Entführung eines getauften jüdischen Kindes lobenswert finden. Nicht Wenige finden diese Idee abstoßend. So nennt der britische katholische Traditionalist Joseph Shaw die Entführung

Mortaras „eine der unverzeihlichsten Taten, vollzogen von einem Papst der Neuzeit.“

Traditionalismus ist durch das breite Spektrum der konservativen Katholiken vertreten, zu denen sowohl diejenige gehören, welche bereit sind, gegen den Vatikan einzutreten, als auch solche, die sich seitens des Franziskus einfach etwas mehr Vorsicht wünschen.

Die Katholische Kirche ändert sich statt andere

Aber der Fall Mortara betrifft ein Postulat, welches viele von ihnen verinnerlicht haben: Der durch eine Offenbarung gegebenen Lehre soll man folgen, möge sie auch dem widersprechen, was man sogenannte „universelle humanistische Werte“ nennt. Wenn Papst Franziskus die Position der „Heiligen“ Kirche etwa die Homosexualität, Ehe nach der Scheidung etc. betreffend, mäßigt, sind viele Traditionalisten von dieser Herangehensweise, die menschliche Werte höher stellt als die transzendente und die sie Anthropozentrismus nennen, irritiert. Sie merken, dass die Kirche ihre Position prinzipiell ändert – sie fordert nicht mehr von den Menschen, sich ihrer Lehre anzupassen, sondern passt die Lehre den menschlichen Werten an.

Abtreibung erlauben, oder staatliches Geld weg

„Eine Spannung zwischen der katholischen und der weltlichen Moral gab es immer“, meint Dan Hitchens, stellvertretender Chefredakteur der katholischen Wochenzeitung „The Catholic Herald“ mit Sitz in London. Er behauptet, viele Katholiken „sind immer skeptischer eingestellt der Idee einer neutralen weltlichen Macht gegenüber, was sich zum Teil durch die letzten Ereignisse erklären lässt.“

Als Beispiel nennt er die Entscheidung der neuen kanadischen Regierung, die besagt, dass „die Kirchen sich schriftlich verpflichten müssen, die „individuellen Rechte“ zu respektieren um bestimmte staatliche Gelder zu bekommen. Die letzten Monate haben gezeigt, dass unter diesen Rechten auch das Recht auf Abtreibung genannt wird.“

Der Papst verbot bis 1919 die Teilnahme an den italienischen Parlamentswahlen

Die Wahrnehmung dieser tiefgehenden Spannung zwischen der religiösen und der weltlichen Moral bestärkte in der Vergangenheit einige Völker Europas in ihrer Überzeugung, dass eine Verbannung der Religion aus dem gesellschaftlichen Raum für die Demokratie unvermeidbar ist.

Dies zeigt nicht nur das strenge Konzept eines laizistischen Staates in Frankreich, sondern auch die Geschichte Italiens in der Neuzeit. Während der Entstehung des modernen italienischen Staates, nur drei Jahre nach dem zugetragenen Fall Mortara, traten italienische Nationalisten offen gegen Vatikan auf und kämpften gegen die Truppen des Pontifex. Als Antwort darauf verbot Pius IX. den gläubigen Katholiken an den Parlamentswahlen teilzunehmen. Dieses Verbot wurde erst im Jahre 1919 aufgehoben.

Auch wenn die Meinung, die kirchliche Ethik solle unverändert bleiben, existiert, so war die Kirche de facto immer um die Balance zwischen ihrem moralischen System und dem dominierenden moralischen System der konkreten Zeit bemüht.

Der Kampf innerhalb der Kirche ist noch im Gange; das zeigt der neueste Konflikt um den Fall Mortara. Auch diejenigen, welche die Entführung und ihre Befürworter missbilligen, geben zu, dass im Kern dieses Streites ein theologisches Problem liegt, das alles andere als trivial ist. Wie es Rod Dreher, der konservativer Denker, welcher Cessarios Argumente „grotesk“ nannte, formulierte: „Theologisch betrachtet stellt der Fall Mortara eine ernsthafte Frage dar, dadurch, dass die Christen tatsächlich an die Unumkehrbarkeit der Taufe glauben. Wir glauben tatsächlich, dass das Christentum eine objektiv richtige Lehre ist. Außerdem sollten Menschen äußerst vorsichtig sein, wenn sie nach heutigen Standards über diejenigen urteilen wollen, welche vor vielen Jahren gelebt haben.“

Übersetzung aus dem Russischen von Irina Korotkina

BEAUVITÉ®

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel.: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITE.DE

Das Ende einer Ära

*Der Aufstieg von Josef, das Ende der Epoche der Vorfäter und die Versklavung in Ägypten.
Die Wochenabschnitte, die im Dezember gelesen werden.*

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Diesen Dezember haben wir gleich fünfmal Schabbat, und deshalb werden wir in diesem Monat gleich fünf Wochenabschnitte lesen: mit „Vajeschew“, „Miketz“, „Waigasch“ und „Wajechi“ die letzten vier Abschnitte des Buches „Bereschit“ und mit Paraschat „Schemot“ wird das 2. Buch Moses angefangen.

Es sind noch immer spannende und lehrreiche Kapitel, die atemberaubende Geschichten über unsere Vorfäter erzählen.

Edle Motive – wollten sich Josefs Brüder nur verteidigen?

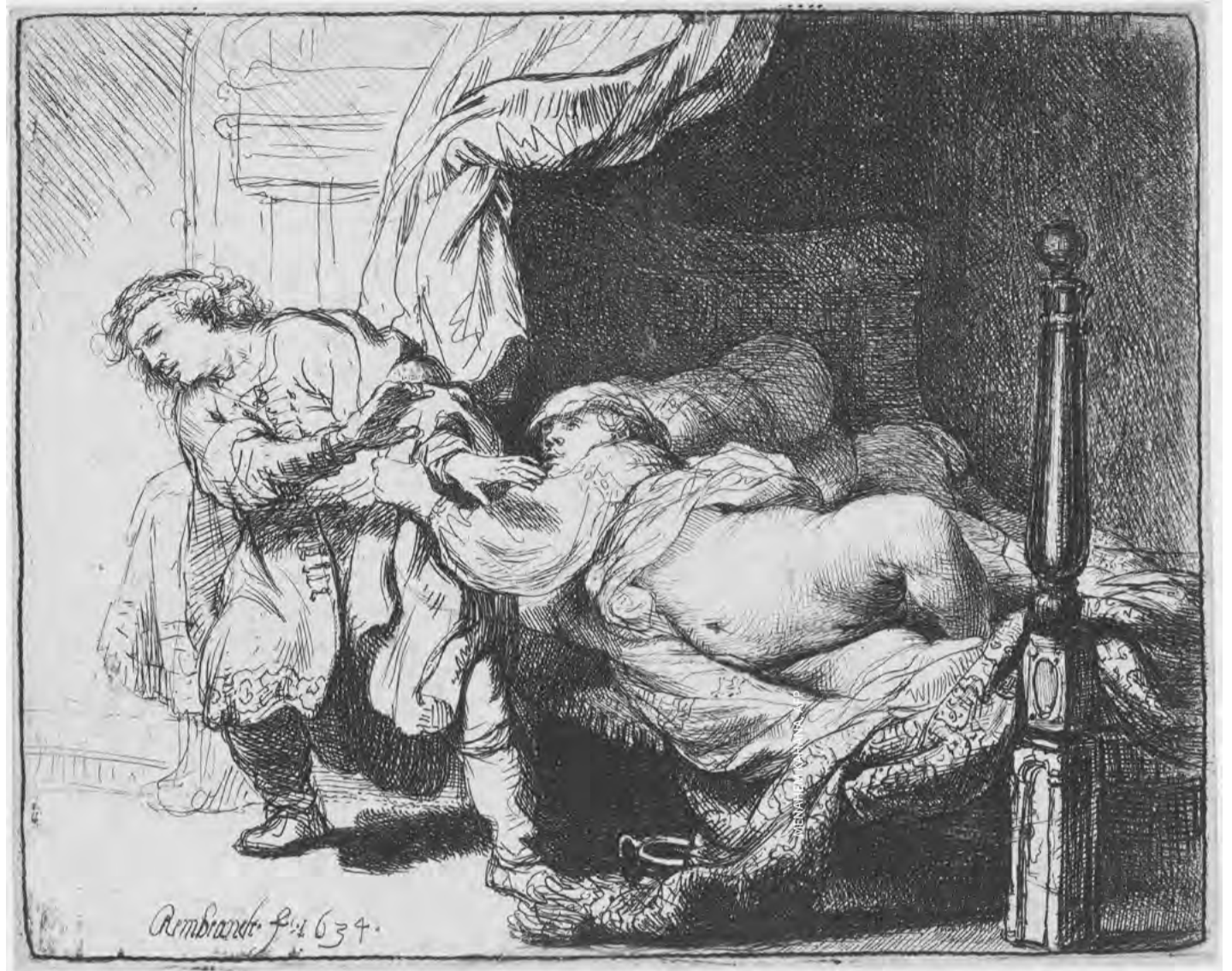
Gerade im Wochenabschnitt „Wajeschew“ („Und er wohnte“) kommt es oft vor, dass auch sehr bekannte Geschichten, die wir über die Protagonisten lesen, oft eine andere Bedeutung haben, als es auf den ersten Blick scheint.

So erzählt uns die Thora vom bekanntesten Konflikt zwischen Josef und seinen Brüdern. Wir erfahren zuerst Folgendes: „Josef war siebzehn Jahre alt, als er mit seinen Brüdern das Vieh hütete, und er war als Knabe bei den Söhnen von Bilha und Silpa, den Weibern seines Vaters; und Josef brachte Klagen über sie vor ihren Vater.“ Den Brüdern gefällt das natürlich nicht, und dazu kommen noch die bekannten Träume des Josef, die den Brüdern den Rest geben: „Da sprachen seine Brüder zu ihm: Willst du etwa gar unser König werden? Willst du über uns herrschen? Darum hassten sie ihn noch mehr wegen seiner Träume und wegen seiner Reden.“ Schlussendlich kommt es dazu, dass die Brüder, die ihn beinahe hingerichtet haben, den Josef stattdessen „nur“ in die Sklaverei verkaufen – und so gelangt Josef nach Ägypten.

Geht es hier um einfachen Neid und Geschwister-Rivalität? Nein, sagt die Überlieferung, es geht viel tiefer: Josef war über die „nicht ausreichende“ Frömmigkeit der Brüder besorgt und wollte, dass ihr Vater Jakob sie zurechtweist. Die Brüder, die sich sicher waren, dass sie alle Gebote korrekt erfüllen, verdächtigten Josef, dass er ihren Vater genauso irreführt, wie es einst Esau mit Jizhak gemacht hat und sie beseitigen möchte. Deshalb betonen unsere Weisen, dass das harte Vorgehen der Brüder gegen Josef eigentlich eine Selbstverteidigung gegen einen vermeintlichen Verfolger war!

Die Herrin will mit dem Sklaven fremdgehen

Das Gleiche sehen wir auch bei der nicht weniger bekannten Geschichte zwischen Josef und der Ehefrau von Potifar. Potifar kaufte Josef als Sklaven, bei dem er schließlich zum Verwalter des Hauses aufstieg. Er wurde von der Ehefrau des Herrn bemerkt und dann versuchte die Herrin Josef ins Bett zu bekommen. Auch wenn es beim ersten Lesen vermeintlich nur um einen üblichen Verführungsversuch zwischen Herrin und schönem jungem Sklaven handelt, so steckt auch hinter dieser Geschichte viel mehr. Die Überlieferung erzählt uns, dass die Frau von Potifar eine sehr gut begründete astrologische Vorhersage bekommen hatte, nach der sie und Josef Nachkommen haben werden, von dem dann der Maschiach (Messias) abstammen würde. Deshalb hat sie versucht Josef zu überzeugen, dass sie beide unbedingt zusammen-



Joseph und Potiphars Frau (Rembrandt, 1634)

kommen müssen! Auch deshalb war es für Josef, der damals erst 17 Jahre alt war, eine große Versuchung: nicht nur, dass die Herrin eine sehr schöne und attraktive Frau war (Midrasch berichtet, dass sie jeden Tag ihre Kleider gewechselt hat, um Josef zu verführen), sondern auch das Wissen, dass es sich tatsächlich um solch eine wichtige Angelegenheit wie den Maschiach handelt, hätte auch den Widerstand erfahrenerer Männer brechen können. Josef wusste jedoch ganz genau, dass man nicht durch eine Sünde eine Mitzwa machen kann (da die Herrin verheiratet war, war sie für Josef absolut verboten). Und nur die starke und nachhaltige Erziehung, die Josef von Jakob bekommen hat, half ihm diese Probe zu überstehen.

Interessanterweise hat sich die astrologische Prophezeiung tatsächlich, auf legale Weise, schließlich doch erfüllt: Josef heiratete später die Tochter von Potifar und dessen Frau, und dadurch entstand die Stammlinie des zukünftigen Maschiach ben Josef (der Vorbote von Maschiach ben David sein wird).

Der Aufstieg von Josef und die Konfrontation mit den Brüdern

Im Wochenabschnitt „Miketz“ („Am Ende“) erfahren wir, wie Josef den Lohn für seinen Sieg bei der Versuchung von Potifars Frau bekommt: er deutet den berühmten Traum über die „fetten Jahre und die mageren Jahre“ des Pharaos und wird zum Vize-König von Ägypten!

Doch ein großer Teil des Wochenabschnitts erzählt von der Konfrontation zwischen Josef und seinen Brüdern: nach sieben fetten Jahren ist es mit dem Wohlstand vorbei, die Dürre hat begonnen

und Getreide ist nur noch in Ägypten zu finden, weil Josef es rechtzeitig sammeln ließ.

Die Brüder müssen aus dem Land Kanaan nach Ägypten kommen, um Getreide zu erwerben. Josef wartet dort schon auf sie, wird von den Brüdern jedoch nicht erkannt und beginnt ein großes Spektakel: zuerst beschuldigt er die Brüder Spione zu sein, lässt Schimon im Gefängnis als Geisel zurück, schickt die Brüder nach Hause, um seinen kleinen Bruder Benjamin zu holen. Dabei gibt er ihnen doch das nötige Getreide, und versteckt dabei das dafür gezahlte Geld in ihren Taschen! Als die irritierten Brüder mit Benjamin zurück zu Josef kommen, macht Josef noch eine weitere Prüfung: er lässt seinen teuren Becher in der Tasche von Benjamin verstecken, um dann Benjamin des Diebstahls zu beschuldigen.

Und hier zeigen die Brüder ihre wahre Größe: sie verstehen sofort, dass das was ihnen jetzt passiert, eine Strafe des Himmels dafür ist, was sie Josef vor vielen Jahren angetan haben: „Sie sagten aber zueinander: Wahrlich, das haben wir an unserm Bruder verschuldet, dessen Seelenangst wir sahen, als er uns um Erbarmen anflehte; wir aber hörten nicht auf ihn. Darum ist diese Not über uns gekommen!“ Sie verstehen auch sofort, dass der vermeintlicher Vize-König nur ein Instrument in G'ttes Händen ist, um sie zu bestrafen.

Josef fordert nun, dass der mutmaßliche „Dieb“ Benjamin bei ihm als Sklave bleibt, und die anderen Brüder zurück zum Vater gehen können. Was werden die Brüder jetzt machen?

Glückliche Vereinigung

Zu Beginn des Wochenabschnitts „Waigasch“ („Da trat“) erreicht die Konfrontation ihren Höhepunkt. Jehuda, der vor dem Vater Jakob die Verantwortung für den kleinen Bruder übernommen hatte, tritt vor Josef und beginnt eine starke Rede, in der er klarmacht, dass sie Benjamin nicht zurücklassen werden. Der wohl ergreifendste Satz, bei dem einem der Atem stockt: „Denn wie könnte ich zu meinem Vater hinaufziehen, ohne dass der Knabe bei mir wäre? Ich möchte das Leid nicht sehen, das meinen Vater trübe!“

Für Josef ist sofort klar: die Brüder haben sein Verhalten gegenüber ihm komplett bereut und damit hat er mit diesem ganzen Theater sein Ziel erreicht. Er offenbart seinen Brüdern, dass er Josef ist, was die Brüder sprachlos lässt. Auch im Palast von Pharaos wird diese Nachricht wohlwollend registriert: Josef ist, wie sich herausstellt, nicht irgendein ehemaliger Sklave, sondern Sohn des berühmten Jakob!

Rückkehr aus Ägypten

Josef bittet seine Brüder sofort nach Kanaan zurückzukehren und ihren Vater zu benachrichtigen, dass er lebt und Großes erreicht hat. Außerdem bittet er Jakob mit seiner ganzen Familie nach Ägypten zu kommen, um sie dort versorgen zu können.

Jakob konnte die Nachricht zuerst nicht glauben, dass Josef immer noch am Leben ist und dazu noch Solches erreicht hat. Jedoch wichtiger war für ihn zu hören, dass sein Sohn immer noch ein G'ttesfürchtiger Mensch geblieben



Die Auffindung des Moses (Lawrence Alma-Tadema 1904)

ist. Unsere Weisen deuten den Vers „Da sagten sie ihm alle Worte Josefs“ so, dass Josef den Brüdern die Lehre erzählte, welche er von seinem Vater vor ihrer Trennung gelernt hatte. Dass Josef nach 22 Jahren des Lebens an einem solchen Ort wie Ägypten immer noch daran denkt, war für Jakob der beste Beweis für Josefs „spirituelle Gesundheit“.

Auch wenn Jakob bereits geahnt hat, womit seine Reise nach Ägypten enden würde, so musste er sie doch antreten, auch weil G'tt ihm Seine Unterstützung zusagte: „Da sprach Er: Ich bin der starke G'tt, der G'tt deines Vaters; fürchte dich nicht, nach Ägypten hinabzuziehen; denn daselbst will ich dich zu einem großen Volke machen!“ Beim Umzug listet die Thora alle lebenden Nachkommen von Jakows Familie auf, die zu diesem Zeitpunkt die Stärke von 70 Personen erreicht hatte.

Jakows Segen

Der Wochenabschnitt „Wajechi“ („Und lebte“) beschreibt das Leben, den Tod und sogar die Beerdigungszeremonie (was die Thora selten macht) von Jakob.

Die letzten 17 Jahre, die unser Vorvater im Ägypten verbracht hat, waren die glücklichsten und die ruhigsten in seinem Leben.

Vor seinem Tod segnete er seine Kinder und auch Josefs Söhne – seine Enkelkinder. Interessanterweise wurde der Segen, mit dem Jakob Josefs Söhne Menasche und Ephraim gesegnet hat, zum „Kinder-Segen“: heutzutage werden Jungs in jüdischen Familien jeden Freitagabend damit gesegnet: „Der Engel, der mich erlöst hat von allem Übel, der segne die Knaben, und durch sie werde mein Name genannt und der Name meiner Väter Avraham und Jizhak, und sie sollen zu einer großen Menge werden auf Erden!“

Dieser Vers bringt gleich mehrere Fragen, und die stärkste davon ist, warum ausgerechnet mit diesem Segen jüdische Junggebliebene 63-jährige, neugierig auf diese Welt, wohnt und arbeitet in Berlin, möchte einen Partner kennenlernen. Bitte per mail: bri75071@gmail.com

werden? Warum nicht mit einem von den zahlreichen Segen, mit denen Avraham, Jizhak und Jakob gesegnet wurden?

Unsere Weisen geben viele Antworten auf diese Frage: Eine inspirierende Antwort ist, dass wir unseren Kindern nicht nur wünschen ihr Potenzial auszuschöpfen, sondern sogar noch mehr zu erreichen, wie es mit den Kindern von Josef passiert ist. Menasche und Ephraim waren eigentlich nur die Enkelkinder von Jakob, jedoch wurden sie zu Stammesgründern auf dem gleichen Stand wie die Söhne von Jakob!

Der Wochenabschnitt endet mit dem Tod von Josef, der laut unseren Weisen als Erster von Jakows Söhnen von dieser Welt genommen wurde.

Damit endet auch das ganze „Sefer Bereschit“ – das 1. Buch Moses. Dieses Buch wird auch „Sefer Jescharim“ genannt – „Buch der Geradlinigen“, weil dort das Leben unserer Patriarchen beschrieben wird, und ihr Leben war ein Beispiel von großer Liebe zu den Mitmenschen, Furcht vor G'tt und bedingungslosem Einsatz für jüdische Werte.

Die Barmherzigkeit von Avraham (Chessed), die Stärke von Jizhak (Pachad) und die ultimative Aufrichtigkeit von Jakob (Emet) sind sehr nachahmenswerte Eigenschaften auch für uns, ihre Nachkommen.

Die große Aufgabe von Mosche

Das 2. Buch Moses – „Sefer Schemot“ („Die Namen“) beginnt mit der Geschichte über die Versklavung der Juden in Ägypten.

Als Gegensatz beschreibt die Thora sehr präzise die Geburt von Mosche, seine wunderbare Rettung, sein Erwachsenwerden, seine Heirat und sein Wirken. Die Bedeutung von Mosche, der später ehrfürchtig als Rabejnu genannt wird, ist für das jüdische Volk so groß, dass die ganze Thora als „Torat Mosche“ bezeichnet wird und sogar der

allerletzte Vers des Heiligen Buch von Mosche handelt (Dwarim 34:12): „...und in allen gewaltigen Handlungen und großen, bewunderungswürdigen Taten, welche Mose vor den Augen von ganz Israel verrichtete“. Die Thora bezeugt selbst, dass es keinen so großen Propheten wie Mosche gab: „Es stand aber in Israel kein Prophet mehr auf wie Mose, welchen der HERR kannte von Angesicht zu Angesicht“.

Mosche diskutiert mit G'tt

Und gerade deshalb wunderten sich alle sehr über den merkwürdigen Dialog zwischen G'tt und Mosche in unserem Wochenabschnitt. Als der verzweifelte Schrei der Juden, die unter unmenschlicher Versklavung in Ägypten ätzten, G'tt erreichte, beauftragt er Mosche, der in dieser Zeit in Midjan weilt, nach Ägypten zu gehen und die Juden zu befreien. Jedoch weigerte sich Mosche diese Aufgabe zu übernehmen und diskutierte mit G'tt darüber ganze sieben Tage lang, bis G'tt zornig wird und Mosche zwingt doch zu gehen. Es stellt sich die Frage, wieso ein so großer Prophet wie Mosche einen Streit mit G'tt wagte. Gab es einen besonderen Grund dafür?

Der Esel des Avraham

Der 7. Ljubawitscher Rebbe (Rabbi Menachem Mendel Schneerson) gibt eine brillante Antwort auf diese Frage, basierend auf einem sehr merkwürdigen Kommentar von Raschi (Rabbi Schlomo Jizchaki). Zum Vers „Also nahm Mosche sein Weib und seine Söhne und ließ sie auf einem Esel reiten und zog wieder nach Ägypten“, sagt Raschi: „Auf dem Esel – dem bestimmten Esel; das ist der Esel, den Avraham zur Opferung Jizhaks gesattelt hatte und auf dem einst der gesalbte König erscheinen wird.“ Was meint Raschi

hier? Ist es tatsächlich ein Esel, der mehrere tausend Jahre lebt? Der Rebbe erklärt das alles folgendermaßen: das letzte Argument von Mosche beim Streit war „Bitte, Herr, sende doch, wen du senden willst!“ und laut unseren Weisen meinte Mosche damit den Maschiach (endgültige Befreiung, auf die wir immer noch warten). Und gerade mit diesem Esel antwortet G'tt Mosche auf seine Bitte gleich den Maschiach zu senden, und nicht erst ihn, Mosche:

„Schau lieber Mosche, dieser Esel war schon von Avraham Avinu genutzt, jetzt benutzest du ihn und am Ende der Tage wird auf diesem Esel Maschiach reiten. Das bedeutet, dass die Mission, die Avraham angefangen hat und der Maschiach beenden wird, jetzt von dir vorgesetzt wird. Du bist ein wichtiges Kettenglied dieser Kette und dein Beitrag für diese große Mission ist enorm! Sei nicht zu bescheiden: Ich habe dich ausgewählt und du bist der Richtiger dafür.“

Ein Glied in einer langen Kette

Diese Aussage ist auch für uns alle heute noch sehr wichtig. Manchmal denken wir, dass wir nicht viel bewirken können, und jemand auch ohne uns das alles schon erledigen wird. Diese Sichtweise ist jedoch nicht richtig: G'tt hat uns erschaffen und auf dieser Welt auf einen besonderen Platz gestellt. Deshalb sind wir für G'tt wichtig, wir alle haben großes Potenzial und können viel bewegen. „Bescheidenheit“ wäre hier fehl am Platze. Wenn wir alle unsere Stärken und Talente, die wir sicherlich besitzen, richtig anwenden, können wir die ultimative Befreiung bringen, wie es Mosche in Ägypten gelungen ist.

Aber davon werden wir in den Januar-Wochenabschnitten zusammen mehr erfahren.

Junggebliebene 63-jährige, neugierig auf diese Welt, wohnt und arbeitet in Berlin, möchte einen Partner kennenlernen. Bitte per mail: bri75071@gmail.com

Tunesiens jüdischer Minister

Der Tourismusminister René Trabelsi ist das einzige jüdische Regierungsmitglied in der gesamten arabischen Welt

Von Andreas Edom
und Janet Ben Hassin

Nicht zuletzt seitdem am vergangenen 5. November der djerbische Jude René Trabelsi vom tunesischen Parlament zum Minister für Tourismus gewählt wurde, wird deutlich, wie sehr Juden am öffentlichen Leben dieses Landes teilhaben, obwohl sie heutzutage mit weniger als einem Zehntel Prozent einen verschwindend geringen Anteil an der Gesamtbevölkerung stellen.

Die jüdische Präsenz in Tunesien hat eine lange Geschichte: Schon nach der ersten Zerstörung des Salomon-Tempels in Jerusalem durch die Babylonier sollen die ersten Juden im Jahr 586 v.d.Z. über Ägypten nach Nordafrika geflohen sein, um sich in Libyen und dem südlichen Tunesien anzusiedeln, und zwar 1.400 Jahre bevor mit den Arabern der Islam dorthin kam. Ab dem Ende des 15. bis tief ins 17. Jahrhundert hinein stießen dann sephardische Juden aus Spanien und Portugal hinzu – vertrieben von den christlichen Herrschern der iberischen Halbinsel.

Tunesischer Alkohol

Der 2.500 Jahre währende jüdische Einfluss findet sich heute alltäglich und überall in der tunesischen Küche wieder. Populäre Gerichte wie die frittierten gefüllten Brik-Teigtaschen und gefalteten Mlawi-Teigfladen, so wie die Kefta-Hackbällchen, sind alle jüdischen Ursprungs. In der Nähe von Tunis stellte im Jahre 1880 die jüdische Familie Bokobsa zum ersten Mal den typischen Feigenschnaps Boukha her, der zum alkoholischen Nationalgetränk wurde. Dort sitzt die mittlerweile größte Destillerie des Landes und exportiert in die ganze Welt.

Vor dem Zweiten Weltkrieg noch bei über 100.000, schrumpfte die Zahl der Juden bis jetzt auf nur 1.700, wobei 1.200 von ihnen auf der Insel Djerba leben. Die meisten wanderten nach Israel und Frankreich aus. Seit dem Sturz des Ben-Ali-Regimes Ende 2011 ist die Bevölkerungszahl nun aber stabil. Wegen Djerba, sagt der Jude und Vorstand des tunesischen Sportverbands, Jean Pierre Liscia, werden die Juden nie ganz aus Tunesien verschwinden. Die Insel sei ihr Sehnsuchtsort, eine jüdische Bastion und der Ort, wo alles begann.

Djerba: Ein jüdischer Wallfahrtsort in Tunesien

Auf Djerba nämlich bauten die ersten Juden Nordafrikas auf einen mitgebrachten Stein des zerstörten Tempels Salomons eine der weltweit ältesten Synagogen außerhalb Israels. Benannt nach der Heiligen La Ghriba, „der Wundertätigen“, wurde die Synagoge heute zum Bezugspunkt aller der Juden, die das Land nach 1946 verlassen haben. Jedes Jahr zur Zeit des Lag-Ba-Omer-Festes pilgern Tausende von ihnen aus der ganzen Welt zur gemeinsamen Wallfahrt hierher, zu Ehren der Schutzpatronin und im Gedenken an den Todestag des Rabbi Shimon Bar Yohai. Voller Freude und Solidarität mit der auf Djerba verbliebenen jüdischen Bevölkerung feiern die Besucher und zeigen, wie sehr sie sich immer noch mit ihrer alten Heimat identifizieren.



René Trabelsi und seine Frau in der Ghriba-Synagoge auf Djerba

Im Gegensatz zu Europa konnten die Juden in Tunesien schon immer jeden Beruf frei ausüben. Besonders handwerkliche Tätigkeiten waren und sind bis heute beliebt. Früher waren viele von ihnen als Tischler und Schneider tätig. Die Kunst des Wollfärbens wurde von Juden entwickelt. Heute ist die typische Beschäftigung die Herstellung, Reparatur und der Verkauf von Gold- und Silberschmiedearbeiten. Die Rue de Bizerte inmitten der Inselhauptstadt Houmt Souk war vor 50 Jahren voll mit jüdischen Schneidereien. Wirtschaftlicher Rückgang, Emigration und Globalisierung ließen sie verschwinden. Heute sind dort noch drei Geschäfte in jüdischer Hand, allesamt Schmuckgeschäfte.

Simon Bittan betreibt seines schon seit 1970 und hat es im Laufe der Zeit in ein kleines Judaica-Museum verwandelt. In vollgestopften Vitrinen zeigt er stolz einen alten Chanukka-Leuchter und erklärt, dass früher auf Djerba die Fassungen mit Öl gefüllt und mit Dochten versehen wurden, weil es keine Kerzen gab. Die Decke seines Geschäfts ist ein farbenfrohes Kunstwerk, ein Raster aus unzähligen Symbolen der orientalisches-jüdischen Kultur. Zum Schluss lässt er es sich nicht nehmen, seinen selbstgebrannten Boukha anzubieten, den er unter dem Ladentisch verkauft, abgefüllt in 1,5-Liter-Plastikflaschen, und wesentlich stärker als der handelsübliche Bokobsa-Schnaps.

Die Israelis schickten Flugzeuge während des Umsturzes von 2011

So wie auch seine zwei anderen Kollegen in der Rue de Bizerte liebt er seine Heimat Djerba und ist zufrieden mit seinem Leben, obwohl sie in letzter Zeit hin und wieder Neid seitens der

islamischen Bevölkerung spüren. Die Wirtschaft in Tunesien laufe nicht gut. Die Inflation ist seit 2016 um über 3 auf 7 Prozent gestiegen. So wie die gesamte verbliebene jüdische Gemeinde wollen sie jedoch nicht weggehen, und setzen alles daran, eine weitere Ausdünnung der Juden durch Wegzug nach Israel zu vermeiden. Während des Umsturzes im Jahr 2011, sagt Simon, hatte Israel drei Flugzeuge geschickt, um Juden auf Djerba zur Emigration zu bewegen, aber niemand sei auf das Angebot eingegangen, sodass die Flugzeuge leer wieder zurückkehrten. Frankreich ist auch keine Option mehr, denn das Leben dort sei zu stressig und viel gefährlicher als daheim. In Tunesien haben alle Juden Arbeit, sind selbständig. Das hilft, um die Jugend im Land zu halten. Neben den handwerklichen Arbeiten versorgen sie die gesamte Bevölkerung mit traditionellen Lebensmitteln. Viele besitzen Metzgereien oder Restaurants, und sind wichtige Arbeitgeber für die islamischen Landsleute.

Ähnlich spricht auch Yosi Foued, ein anderer Schmuckhändler in der Rue de Bizerte. Er habe einige Zeit in Frankreich gelebt und sei zurückgekehrt, weil das Leben auf Djerba geruhsamer sei. Es gibt weniger Bürokratie, man habe sich gut mit den Behörden arrangiert. Außerdem habe er hier seinen langjährigen muslimischen Freund Adel. Seit über 10 Jahren arbeiten sie zusammen, seien hier bekannt als Vorbild für den Frieden zwischen den Religionen.

Im jüdischen Viertel Hara Kebira, etwa anderthalb Kilometer südöstlich der Altstadt von Houmt Souk, findet man Verbundenheit zwischen Juden und Moslems sogar über Generationen hinweg. Wie schon früher die Großväter, so leben und arbeiten heute deren

Enkel in Freundschaft zusammen.

21 Synagogen auf einer Insel und ein besonderes „Ur-Judentum“

In Hara Kebira befinden sich auf knapp einem Quadratkilometer 17 der 21 Synagogen, die es auf Djerba gibt, dazu noch zwei Thoraschulen und zwei allgemeine Schulen. Schon ab dem Alter von drei Jahren wachsen die jüdischen Kinder mit der hebräischen Sprache auf. Das Abitur wird von eigens aus Israel angereisten Lehrern abgenommen und ermöglicht nach dem Abschluss die sofortige Aufnahme eines Studiums in Israel. Eine weitere Vorreiterstellung in der Welt hat im Übrigen die besonders ursprüngliche Ausprägung des Judentums auf Djerba, so wie sie in Israel heute nicht mehr zu finden ist. Deshalb sind Lehrer aus Hara Kebira weltweit gern gesehene Gastdozenten in der jüdischen Diaspora.

Seit den Umstürzen in der arabischen Welt 2011 hat sich, wie zuerst in Marokko, bald auch in Tunesien der liberale Islam durchgesetzt, hin zu einem Klima von Frieden und Toleranz zwischen den Religionen. Den Juden stehen seitdem alle politischen Ämter offen. Öffentlich unterscheidet man nicht zwischen Juden und Moslems. René Trabelsi ist nicht der einzige Jude, der in der tunesischen Politik mitmischte. Man glaubt es kaum, doch in der Stadt Monastir ist ein Jude, Simon Salameh, Vorsitzender der islamisch geprägten Ennahda-Partei. Parteisprecher und Parlamentsmitglied Imad al Khmairy bekräftigt, dass seine Partei offen sein will für alle Vertreter der tunesischen Gesellschaft, dass die Mitwirkung von Juden in der Politik ein Zeichen für Toleranz und Koexistenz aller setzt und Menschen unabhängig von ihrer Religion in der Verwaltung des Landes mitwirken können.